



# BAYERISCHE GemeindeZeitung

KOMMUNALPOLITIK | WIRTSCHAFT | RECHT | TECHNIK | PRAXIS



V. l.: Dr. Günther Denzler, Vizepräsident des Bayerischen Bezirkstages; Dr. Jakob Kreidl, Präsident Bayerischer Landkreistag; Dr. Markus Söder, Minister des Bayerischen Staatsministeriums der Finanzen, für Landesentwicklung und Heimat; Dr. Ulrich Maly, Vorsitzender des Bayerischen Städtetags; Dr. Uwe Brandl, Präsident des Bayerischen Gemeindetags; Peter Winter Ausschussvorsitzender für Staatshaushalt und Finanzfragen im Bayerischen Landtag.

## Kommunaler Finanzausgleich:

# Rekordmarke übertroffen

Zufriedenheit bei der KPV Bayern und den Kommunalen Spitzenverbänden – „Solides Ergebnis“

„Das Ergebnis kann sich sehen lassen“, urteilte KPV-Landesvorsitzender Stefan Rößle nach Verhandlungen über den Kommunalen Finanzausgleich. Und auch die Kommunalen Spitzenverbände zeigten sich weitgehend zufrieden. Fakt ist: Das Gesamtvolumen des FAG wird im kommenden Jahr erstmals über 8 Milliarden Euro liegen. Insgesamt steigen die Finanzausgleichsleistungen von 7.825,3 Milliarden Euro auf 8.040,7 Milliarden Euro um 215,4 Milliarden Euro an.

Nach den abschließenden Verhandlungen des Nachtragshaushalts 2014 durch den Ministerrat und den Bayerischen Landtag wurden folgende Verhandlungsergebnisse erzielt:

### Allgemeiner Steuerverbund/Schlüsselzuweisungen

Entscheidend für den Finanzausgleich 2014 ist die Entwicklung des allgemeinen Steuerverbunds. Die steigenden Steuereinnahmen sorgen für einen Aufwuchs bei den Schlüsselzuweisungen um 85 Millionen Euro auf 2,97 Milliarden Euro. Dies stärkt die kommunalen Verwaltungshaushalte und erhöht die Investitionsfähigkeit der Kommunen. Bei der Verteilung der Gemeindegemeinschaftszuweisungen sollen die Einwohner mit Nebenwohnsitz 2014 nochmals wie bisher eingerechnet werden, obwohl diese Zahlen durch den Zensus nicht erneuert wurden.

rechnet werden, obwohl diese Zahlen durch den Zensus nicht erneuert wurden.

### Kraftfahrzeugsteuerersatzverbund

Der Kommunalanteil am Kraftfahrzeugsteuerersatzverbund

### Bayerischer Bezirkstag wählt neuen Präsidenten:

# Großer Vertrauensbeweis für Josef Mederer

Bei seiner Vollversammlung in Ingolstadt hat der Bayerische Bezirkstag Josef Mederer zu seinem neuen Präsidenten gewählt.

Der oberbayerische Bezirkstagspräsident hatte keinen Gegenkandidaten. Er erhielt 57 von 58 abgegebenen Stimmen und tritt die Nachfolge von Manfred Hölzlein an. Zum ersten Vizepräsidenten wurde erneut Günther Denzler, Bezirkstagspräsident von Oberfranken, bestimmt. Auch der Zweite Vize-

bund wird von 51 % auf 52,5 % angehoben (+23 Millionen Euro) und wird damit 2014 bei 299 Millionen Euro liegen. Damit kommt der Finanzminister einer zentralen Forderung der KPV und der kommunalen Spitzenverbände entgegen. Der Zuwachs ermöglicht es, die Pauschalen für den Straßenunterhalt und die Zuweisungen für den Winterdienst um rund 10 % anzuheben.

### Hochbauförderung

Die Zuweisungen nach Art. 10 FAG für Schulen und Kindertageseinrichtungen werden 2014 um 17 Millionen Euro auf 392,6 Millionen Euro (+4,5 %) erhöht.

## CSU-Kommunalkongress in Hohenkammer:

# Mit Rückenwind in den Kommunalwahlkampf

Rund um das Thema moderner Wahlkampf drehte sich der zweite Kommunalkongress der CSU mit Bezirks- und Kreisvorsitzendenkonferenz der KPV in diesem Jahr. Nachdem der erste Kommunalkongress im März in Nürnberg ein voller Erfolg war, wurde den über 200 anwesenden Kandidatinnen und Kandidaten auf Schloss Hohenkammer (Landkreis Freising) erneut Gelegenheit geboten, sich aus erster Hand darüber zu informieren, wie sie ihren Wahlkampf richtig planen und umsetzen, optimal agieren und sie ihre Wähler zielgenau erreichen.

„Am 16. März 2014 entscheiden unsere Bürgerinnen und Bürger, wem sie die Zukunft ihrer Heimat anvertrauen. Dank einer unglaublichen Teamleistung unserer CSU bei den Landtags-, Bezirkstags- und Bundestagswahlen können wir jetzt mit enormem Rückenwind in den Kommunalwahlkampf 2014 starten.“

Überall in Bayern laufen derzeit die Vorbereitungen für einen erfolgreichen Wahlkampf und dabei möchten wir unsere Kandidatinnen und Kandidaten bestmöglich unterstützen“, unterstrich KPV-Landesvorsitzender Stefan Rößle. Die CSU habe ein umfangreiches, mittlerweile ab-

(Fortsetzung auf Seite 4)



Deutlich über 200 engagierte Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitiker waren zum CSU-Kommunalkongress nach Schloss Hohenkammer gekommen. Im Bild vorn: Landrat Jakob Kreidl, Präsident des Bayerischen Landkreistags und Landrat Stefan Rößle, Vorsitzender der Kommunalpolitischen Vereinigung.

Foto: DK

Der Fördersatz für Kommunen mit durchschnittlicher Finanzlage wird um 5 % angehoben und beträgt bei Schulen und Kitas

künftig 40 %. Der damit verbundene Mittelmehrbedarf in den kommenden Jahren wird vom Freistaat Bayern durch Bereitstellung entsprechender Mittel abgedeckt.

### Zuweisungen zu den Kosten für die Schülerbeförderung

Der Freistaat hebt die Mittel zu Gunsten der Schülerbeförderung gemäß Art. 10 a FAG von 305 Millionen Euro auf 312 Millionen Euro (+ 7 Millionen Euro bzw. 2,3 %) an, um die vom Freistaat zugesagte Erstattungsquote von 60 % halten zu können.

### Bedarfszuweisungen und Stabilisierungshilfen

Der Ansatz, der erst im Jahr 2013 auf 100 Millionen Euro vervierfacht worden ist, wird auf

(Fortsetzung auf Seite 4)



Der Bürgermeister möchte die religiöse Basis der Gesellschaft erhalten. Christliche Traditionen können seiner Ansicht nach zwar durch Glaubensstraditionen zugewanderter Mitbürger vielfältig ergänzt werden, jedoch sollte niemand versuchen, diese Werte zu verdrängen. Das gebietet der Respekt. Seite 15

Wer mit bayerischer Kommunalpolitik und mit Wirtschafts- und Umweltfragen zu tun hat, braucht die Bayerische Gemeindezeitung als umfassende Informationsquelle für Kommunalpolitiker



Erwin Dotzel, Bezirkstagspräsident von Unterfranken, Dr. Olaf Heinrich, Bezirkstagspräsident von Niederbayern, Norbert Hartl, Zweiter Vizepräsident des Bayerischen Bezirkstags und stellvertretender Bezirkstagspräsident der Oberpfalz, Dr. Günther Denzler, Erster Vizepräsident des Bayerischen Bezirkstags und Bezirkstagspräsident von Oberfranken, Josef Mederer, Präsident des Bayerischen Bezirkstags und Bezirkstagspräsident von Oberbayern, Franz Löffler, Bezirkstagspräsident der Oberpfalz, Jürgen Reichert, Bezirkstagspräsident von Schwaben und Richard Bartsch, Bezirkstagspräsident von Mittelfranken (v. l.). Foto: Englmaier

## Sie lesen in dieser Ausgabe

Bayern ist das Land der soliden Finanzen	Seite 2
Jahrespressekonferenz des Hauses der Bayerischen Geschichte	3
<b>GZ-Kolumne:</b>	
In Memoriam Otto Ammon	3
Zertifizierter Kurort: Lohnt sich das für eine Gemeinde?	3
Bürgerkulturpreis des Bayerischen Landtags	4
<b>GZ-Fachthemen:</b>	
Kommunale Finanzthemen	5 - 9
EDV · IT	10/11
Kommunale Bauarbeiten	12/13
Aus den bayerischen Kommunen	14 - 16

Ministerrat beschließt Leitlinien für den 2. Nachtragshaushalt 2014

## „Bayern ist das Land der soliden Finanzen“

**Söder: Haushalt ohne neue Schulden und die konsequente Schuldentilgung sind Markenzeichen / Steuerschätzung eröffnet nur begrenzte Spielräume für zusätzliche Ausgaben / Disziplin ist die Leitlinie dieses Nachtrags**

Leitlinien für den 2. Nachtragshaushalt 2014 beschloss der Ministerrat auf Vorschlag von Finanzminister Dr. Markus Söder. „Der Freistaat Bayern hat mit dem Doppelhaushalt 2013/2014 und dem Bildungsfinanzierungsgesetz eine solide Basis für die Jahre 2013 und 2014 geschaffen. Im Jahr 2014 wird mit einem Ausgabevolumen von 48,4 Milliarden Euro ein Rekordniveau erreicht. Mehr als ein Drittel des gesamten Haushalts fließt in die Bildung“, so Söder.

Im Doppelhaushalt 2013/2014 sind dies insgesamt fast 34 Milliarden Euro. Investitionsausgaben in Höhe von 5,74 Milliarden Euro in 2014 unterstützen die weitere wirtschaftliche Entwicklung in Bayern. Mit einer Investitionsquote von 11,8 Prozent liegt der Freistaat weiterhin an der Spitze der westdeutschen Flächenländer.

„Mit dem 2. Nachtragshaushalt wollen wir die Weichen so stellen, dass die Stabilität der Finanzlage im Freistaat gesichert, Spielräume für flexible Antworten auf unerwartete Entwicklungen geschaffen und kraftvolle Impulse gesetzt werden können“, so der Finanzminister weiter.

### Verschuldungsverbot

Söder: „Bayern ist das Land der soliden Finanzen. Der Haus-

halt ohne neue Schulden und die konsequente Schuldentilgung sind Markenzeichen des bayerischen Staatshaushalts. Das Verschuldungsverbot hat durch den Volksentscheid vom 15. September 2013 mittlerweile sogar Verfassungsrang. Diese solide Haushaltspolitik wird die Staatsregierung fortsetzen.“ Die Steuerschätzung von November 2013 geht von Mehreinnahmen von insgesamt 1,05 Milliarden Euro für 2013 und 2014 aus. Söder machte deutlich, dass die Aufstellung des 2. Nachtragshaushalts geprägt sein müsse von absoluter Ausgaben- und Verschuldungsdisziplin.

### Leitlinien

Die Leitlinien bei der Aufstellung des 2. Nachtragshaushalts für das Jahr 2014 werden vor diesem Hintergrund sein: Bayern

wird auch künftig ohne neue Schulden auskommen; der Abbau der Staatsverschuldung ist konsequent fortzuführen; Ziel bleibt, die Personalausgabenquote stabil zu halten und die Investitionsquote auf hohem Niveau fortzuführen. Söder versicherte: „Wir sorgen mit einer hohen Haushaltssicherungsrücklage für die Zukunft vor.“

### Eckpunkte

Für den 2. Nachtragshaushalt 2014 gelten folgende Eckpunkte:

- Im Hinblick auf die Steigerungen der Staatsausgaben in den letzten Jahren und zur Verminderung von Vorbelastungen für den Doppelhaushalt 2015/2016 muss die Aufstellung des 2. Nachtragshaushalts 2014 von einer absoluten Ausgaben- und Verschuldungsdisziplin geprägt sein.
- Alle Ressorts werden beauftragt, im Rahmen der anstehenden Haushaltsverhandlungen zusammen mit dem Staatsministerium der Finanzen für Landesentwicklung und Heimat ihre Anmeldungen einschließlich der

Anforderungen im Personalbereich zum 2. Nachtragshaushalt 2014 an die finanzwirtschaftlichen Gegebenheiten anzupassen.

- Der kommunale Finanzausgleich wird entsprechend dem Ergebnis der Verhandlungen mit den Kommunalen Spitzenverbänden im Jahr 2014 mit insgesamt 8 Milliarden Euro ausgestattet.

Für die unabwiesbaren Mehrbedarfe zur Nachfinanzierung der Tarif- und Besoldungsrunde 2013/2014 werden 160 Millionen Euro vorgesehen.

- Die Staatsregierung begrüßt, dass der Bund die Länder beim Ausbau der Kinderbetreuung weiter unterstützen will. Die im Koalitionsvertrag in Aussicht gestellten Bundesmittel werden den Kommunen zusätzlich vollständig zur Verfügung gestellt. Im Übrigen erfolgt eine Förderung des Freistaats im Rahmen des FAG.

Das Staatsministerium der Finanzen, für Landesentwicklung und Heimat wird beauftragt, auf dieser Basis den Regierungsentwurf des 2. Nachtragshaushalts 2014 zu erstellen und dem Ministerrat zur endgültigen Beschlussfassung vorzulegen.

- Stellenabbau gemäß Art. 6b Haushaltsgesetz 2013/2014:

Der Ministerrat bekräftigt, dass der gesetzlich festgelegte Stellenabbau fortgesetzt und vollzogen wird und in der Summe in den Jahren 2013/2014 950 Stellen abgebaut werden. Dies ist ein spürbarer Beitrag, die Personalausgabenquote stabil zu halten. □

## MdL Imhof wird Patienten- und Pflegebeauftragter

Der Ministerrat hat beschlossen, dass der Landtagsabgeordnete Hermann Imhof neuer Patienten- und Pflegebeauftragter der Bayerischen Staatsregierung werden soll.

„Gesundheit und Pflege sind zentrale Herausforderungen der Zukunft, die die Menschen unmittelbar betreffen und berühren“, betonte die Bayerische Gesundheits- und Pflegeministerin Melanie Huml. „Patienten, Pflegebedürftige und pflegende Angehörige stehen im Mittelpunkt der bayerischen Gesundheits- und Pflegepolitik. Der Patienten- und Pflegebeauftragte soll für diese Menschen ein wirksames Sprachrohr für ihre Interessen sein.“

Aufgabe des neuen Beauftragten ist die Stärkung der Patientenrechte sowie der Rechte der Pflegebedürftigen und der Pflegenden beispielsweise durch die Begleitung von Gesetzgebungsverfahren oder die Wahrnehmung ihrer Belange gegenüber den Verbänden und Organisationen. Darüber hinaus steht der Beauftragte als vertraulicher Ansprechpartner auf Landesebene für alle bayerischen Bürger zur Verfügung, an den sie sich mit Fragen, Anliegen und Beschwerden wenden können, beispielsweise bei Leistungen der Kranken- und Pflegeversicherung oder bei Pflegegeldern. Huml: „Bayern hat als eines der ersten Bundesländer den Themen Gesundheit und Pflege ein eigenständiges Ministerium gewidmet. Der Patienten- und Pflegebeauftragte ist ein weiterer Beleg für die hohe Bedeutung der Menschlichkeit in der Medizin in Bayern.“

In der vergangenen Legislaturperiode wurden die Ämter der Patientenbeauftragten des Bayerischen Gesundheitsministeriums und des Pflegebeauftragten des Bayerischen Sozialministeriums auf Beamtenebene eingerichtet. Mehrere Tausend Menschen pro Jahr wandten sich mit Eingaben an die beiden Beauftragten. Zur formalen Berufung des Patienten- und Pflegebeauftragten wird die Gesundheitsministerin dem Ministerrat nun zeitnah einen Entwurf einer Bekanntmachung der Staatsregierung über die Stellung des Patienten- und Pflegebeauftragten zur Beschlussfassung vorlegen. Bayern gehört damit zu den wenigen Ländern, die ein solches Amt auf die Ebene der Staatsregierung haben. □

sorgten die steigenden Steuereinnahmen für einen Aufwuchs bei den Schlüsselzuweisungen. Ein Lichtblick sei u. a. die Anhebung beim KFZ-Steuerersatzverbund um 1,5 Prozent auf 52,5 Prozent (23 Mio. Euro), der zu einer Anhebung bei den Straßenunterhaltungspauschalen führt.

### Verwaltungshaushalte gestärkt

Auch Gemeindetagspräsident Dr. Uwe Brandl äußerte sich zufrieden über die Ergebnisse der Verhandlungen über den kommunalen Finanzausgleich: „Dank der guten finanziellen Entwicklung im Freistaat konnten die für die kreisangehörigen Gemeinden, Märkte und Städte so wichtigen Schlüsselzuweisungen gesteigert werden. Dies stärkt die Verwaltungshaushalte der Gemeinden. Allerdings bedauern wir, dass den Kommunen kein höherer Anteil an der Verbundquote eingeräumt worden ist.“

Brandl wertete auch die Anhebung der Investitionspauschalen als Erfolg. „Dabei stärkt der Aufwuchs der Mindestinvestitionspauschale die kommunale Investitionskraft der kleinen Gemeinden.“ Wichtig sei auch, dass der Ansatz für Bedarfszuweisungen und Stabilisierungshilfen auf dem hohen Niveau von 100 Mio. Euro weitergeführt wird.

Brandl zufolge „ist es insgesamt gelungen, das bereits erfreuliche Ergebnis des Jahres 2013 nochmals zu übertreffen“. Die reinen Landesleistungen betrugen erstmals 7,5 Mrd. Euro. „Sollte sich die Zusage des Finanzministers, die auf Bayern entfallenden Bundesmittel für die Eingliederungshilfe vollständig an die zuständigen kommunalen Ebenen durchzureichen, erfüllen, müsste dies ab 2015 zu einer spürbaren Entlastung der Haushalte von Landkreisen und Bezirken führen. Die bayerischen Gemeinden und Städte erwarten dann deutlich sinkende Umlagen. Ebenso bauen wir auf die Zusage im Koalitionsvertrag, die auf Bayern entfallenden Mittel für die Krippenförderung vollständig an die Kommunen durchzureichen.“

### Dauerhafte Verbesserung

Von einem „guten Ergebnis“ sprach der Präsident des Bayerischen Landkreistags, Jakob

Kreidl. „Es ist ein weiterer wichtiger Schritt zur dauerhaften Verbesserung der kommunalen Finanzausstattung.“ Die Verhandlungen zum kommunalen Finanzausgleich 2014 hätten in einem Spannungsverhältnis zwischen der weiteren Konsolidierung der Staatsfinanzen einerseits und einer Verbesserung der kommunalen Finanzen vor dem Hintergrund stark steigender Sozialausgaben stattgefunden. Der Anstieg der Schlüsselzuweisungen der Landkreise um 30 Mio. Euro auf 1.072 Mio. Euro (+ 2,9 %) stärke in gleicher Weise wie der Anstieg der Umlagekraft die Verwaltungshaushalte und damit den Handlungsspielraum der Landkreise.

Für den Bau und die Ausstattung der Krankenhäuser stünden 2014 wieder 500 Mio. Euro zur Verfügung. Neu sei die Abschaffung der örtlichen Beteiligung ab 1. Januar 2014. Diese betrug bisher 10 % der förderfähigen Kosten. Viele Bauteile eines Krankenhauses sind von der Förderung ausgenommen (z. B. Krankenhausküchen, Krankenhauspapiermülltonnen) oder werden nur teilweise gefördert (Baunebenkosten, Außenanlagen). Deshalb wurde vom Bayerischen Landkreistag die Abschaffung der örtlichen Beteiligung gefordert. Präsident Kreidl: „Die Abschaffung der örtlichen Beteiligung entlastet vor allem die Landkreise und kreisfreien Städte, die in ihre Kliniken investieren!“

### Durchreichegarantie für Bundes-Milliarde

Sehr zufrieden äußerte sich der Erste Vizepräsident des Bayerischen Bezirktags, des Bezirktagspräsidenten von Oberfranken, Dr. Günther Denzler. Besonders hob er die vom Finanzminister gegebene „Durchreichegarantie“ hervor. Danach wird der Freistaat Bayern den auf ihn entfallenden Teil der „Bundes-Milliarde“, wie sie der Koalitionsvertrag ab dem Jahre 2015 vorsieht, in voller Höhe – das sind 150 Mio. Euro – an die bayerischen Bezirke als Leistungsträger der Eingliederungshilfe durchreichen. „Angesichts der stetig steigenden Kosten der Eingliederungshilfe ist dies ein sehr erfreuliches Ergebnis, nicht nur für die Bezirke, sondern vor allem auch für die betroffenen Menschen“, stellte Denzler fest. **DK**

## Rekordmarke über ...

(Fortsetzung von Seite 1)

diesem hohen Niveau weitergeführt. Gerade den strukturschwachen Regionen kann damit auch 2014 wirksam geholfen werden. Die Vorgaben zur Verwendung werden flexibilisiert: Künftig kann ein begrenzter Anteil der gewährten Stabilisierungshilfen zur notwendigen Verbesserung und dem Erhalt der kommunalen Grundausstattung eingesetzt werden.

### Investitionspauschale

Die Investitionspauschale steigt um 50 Millionen Euro auf 365 Millionen Euro an. 25 Millionen Euro davon dienen zur weiteren Erhöhung der Mindestinvestitionspauschale für kleine Gemeinden. Die übrige Anhebung von 25 Millionen Euro wird auch bei den Landkreisen - je nach Entwicklung der Umlagekraft - zu einer Erhöhung um rund 10 % führen.

### Krankenhausfinanzierung/ Krankenhausumlage 2014

Für den Bau und die Ausstattung der Krankenhäuser stehen auch 2014 wieder 500 Millionen Euro zur Verfügung. Gleichzeitig wird die örtliche Beteiligung ab dem 01.01.2014 in Höhe von 10 % der förderfähigen Kosten abgeschafft. Damit wird für mehr Gerechtigkeit zwischen Kommunen, die ihre Krankenhäuser selbst betreiben, und Kommunen, die ihre Krankenhäuser nach einer Privatisierung oder aufgrund einer Kooperation nicht mehr bzw. nicht mehr in vollem Umfang selbst betreiben, gesorgt. Außerdem bedeutet es einen Beitrag zur Verwaltungsvereinfachung bei Staat und Kommunen.

### Zuweisungen an die Bezirke/ Sozialhilfeeausgleich

Die Zuweisungen an die Bezirke steigen um 5 Millionen Euro auf 648 Millionen Euro. Dies wird durch eine Rückgabe von Mitteln aus dem Belastungsausgleich Hartz IV auf die Bezirke finanziert. Zugleich erfahren die Bezirke eine Entlastung durch die ab 2014 vollständige Über-

nahme der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung durch den Bund in Höhe von geschätzt 65 Millionen Euro in 2014. Zusammen mit dem Anstieg der Umlagekraft ergibt dies eine gute Basis für die Senkung der Bezirksumlagesätze.

### Entlastung für Kommunen

Darüber hinaus wurden folgende Vereinbarungen getroffen: Vor Inkrafttreten eines Bundes- teilhabegesetzes sollen die Kommunen ab 2015 bundesweit jährlich mit 1 Milliarde Euro vom Bund entlastet werden. Der Freistaat Bayern wird den auf ihn entfallenden Teil der Entlastung vollständig an die zuständigen kommunalen Ebenen, insbesondere die Bezirke weitergeben. Ebenso werden die im Koalitionsvertrag zugesagten auf Bayern entfallenden Mittel des Bundes zur Krippenförderung vollständig an die Kommunen weitergereicht.

### KPV-Forderungen erfüllt

Wie KPV-Vorsitzender Rößle darlegte, erfülle das Verhandlungsergebnis einen Großteil der KPV-Forderungen. Die Bayerische Staatsregierung nehme den neuen Verfassungsgrundsatz „angemessene Finanzausstattung für Kommunen“ sehr ernst und Sorge dafür, dass die Kommunen positiv in die Zukunft sehen können.

### Solides Ergebnis

Der Vorsitzende des Bayerischen Städtetags, Nürnbergs Oberbürgermeister Dr. Ulrich Maly, sprach in einer ersten Stellungnahme von einem „soliden Ergebnis“. „Der kommunale Finanzausgleich ist kein vorweihnachtlicher Gnadentakt, sondern es geht um die existenziellen Bedürfnisse der bayerischen Bevölkerung. Den Kommunen steht über den Finanzausgleich ein Anteil aus gemeinsamen Steuerquellen von Bund und Land zu.“ „Leider ist es zu keiner neuerlichen Erhöhung des Anteils der Kommunen am allgemeinen Steuerverbund von 12,75 gekommen“, fuhr Maly fort. Allerdings

### Wir gratulieren

#### ZUM 65. GEBURTSTAG

Bürgermeister Josef Radler  
97516 Oberschwarzbach  
am 19.12.

Bürgermeister Richard Krebs  
97836 Bischbrunn  
am 20.12.

Landrat Gebhard Kaiser  
87518 Sonthofen  
am 21.12.

Bürgermeister Rainer Richter  
85110 Kipfenberg  
am 24.12.

Bürgermeister  
Manfred Schafnitzel  
86679 Ellgau  
am 24.12.

Bürgermeister Stefan Schalk  
84562 Mettenheim  
am 26.12.

Bürgermeister Rupert Oberhuber  
83549 Eiselring  
am 30.12.

Bürgermeister Franz Schwarz  
94501 Aldersbach  
am 31.12.

Bürgermeister Josef Berlinger  
93453 BNeukirchen b. Hl. Blut  
am 31.12.

Bürgermeister Johann Kornprobst  
86567 Hilgertshausen  
am 2.1.

#### ZUM 60. GEBURTSTAG

Bürgermeister Johann Settele  
86574 Petersdorf  
am 20.12.

Bürgermeister  
Roland Biesenberger  
89290 Buch  
am 22.12.

Bürgermeister Georg Eder  
84567 Perach  
am 22.12.

Oberbürgermeister  
Norbert Kastner  
96450 Coburg  
am 23.12.

Bürgermeister Christian Mrosek  
96257 Redwitz a. d. R.  
am 25.12.

Bürgermeister Bruno Altrichter  
97616 Bad Neustadt a. d. Saale  
am 28.12.

Bürgermeister Herbert Jäger  
90587 Obermichelbach  
am 2.1.

Bürgermeister Alois Sauer  
63849 Leidersbach  
am 5.1.

Bürgermeister Elmar Schöninger  
86695 Nordendorf  
am 10.1.

Bürgermeisterin  
Cornelia Vogelfänger  
85669 Pastetten  
am 12.1.

#### ZUM 55. GEBURTSTAG

Bürgermeister  
Jürgen Zinnert  
95460 Bad Berneck  
am 20.12.

Bürgermeister Max Bindl  
95692 Konnersreuth  
am 28.12.

Bürgermeister  
Johann Obermüchener  
83677 Greiling  
am 13.1.

Bürgermeister Günter Stich  
92685 Floß  
am 15.1.

#### ZUM 50. GEBURTSTAG

Bürgermeister Roland Krieger  
87772 Pfaffenhausen  
am 22.12.

Bürgermeister Manfred Brummer  
86695 Allmannshofen  
am 28.12.

Bürgermeister German Fries  
87776 Sontheim  
am 13.1.

#### ZUM 45. GEBURTSTAG

Bürgermeister Franz Martin  
87651 Bidingen  
am 23.12.

#### ZUM 40. GEBURTSTAG

Bürgermeister Helmut Bauz  
91186 Büchenbach  
am 19.12.

Bürgermeister Georg Leis  
82390 Eberfing  
am 9.1.

Bürgermeisterin Josefa Schmid  
94262 Kollnburg  
am 12.1.

#### ZUM 35. GEBURTSTAG

Landrat Florian Töpfer  
97404 Schweinfurt  
am 8.1.

### Hinweis in eigener Sache:

Trotz aller Bemühungen sind unsere Daten nicht vollständig. Wir bitten deshalb um rechtzeitige Bekanntgabe der bevorstehenden runden Geburtstage.

Jahrespressekonferenz des Hauses der Bayerischen Geschichte:

## Attraktive Schauplätze

Anlässlich der Jahrespressekonferenz des Hauses der Bayerischen Geschichte (HdBG) mit Sitz in Augsburg präsentierte Direktor Dr. Richard Loibl im Münchner Presseclub das Konzept der Bayerischen Landesausstellung 2014 „Ludwig der Bayer. Wir sind Kaiser!“ und berichtete über den aktuellen Stand zum Museum der Bayerischen Geschichte. Außerdem zog er Bilanz über die Bayerische Landesausstellung 2013 „Main und Meer“ und stellte einen neuen Band der „Edition Bayern“ vor.

Wie Loibl berichtete, veranstalten das Haus der Bayerischen Geschichte und die Stadt Regensburg in Zusammenarbeit mit der Diözese Regensburg vom 16. Mai bis 2. November 2014 die Bayerische Landesausstellung unter dem Titel „Ludwig der Bayer. Wir sind Kaiser!“. Anlass für die große Retrospektive sind das 700-jährige Jubiläum der Königswahl Ludwigs des Bayern im Jahr 1314 und der Blick auf eine Zeit, in der viele grundlegende Neuerungen in politischer, wirtschaftlicher und kultureller Hinsicht das überkommene Weltbild in Frage stellten.

### Ehrentitel „der Bayer“

Kaiser Ludwig IV., genannt „der Bayer“ (1294/1314-1347), war der erste Wittelsbacher auf dem Kaiserthron und führte als letzter deutscher Herrscher des Mittelalters eine jahrzehntelange Auseinandersetzung mit dem Papsttum in Avignon. Der ursprünglich abwertend gemeinte Beinamen „der Bayer“ wurde schließlich zum Ehrentitel für einen Förderer des Handels und der Städte, der das bayerische Herzogtum stärkte und zukunftsweisende Reformen im Reich anstieß.

### Handelsmetropole Regensburg

Der Ort der Landesausstellung könnte nicht besser gewählt sein, um diese Epoche erlebbar zu machen, machte Loibl deutlich. Ludwig der Bayer nutzte nach Kräften die Möglichkeiten der Handelsmetropole Regensburg, in der er sich im Lauf seiner langen Herrschaft knapp 40 Mal aufgehalten hatte. In jenen Jahren entstand hier der Chor der Bischofskathedrale mit seinen berühmten Glasfenstern.

### Dom im Zentrum

Der Regensburger Dom steht im Zentrum einer multimedialen Schau zur Geschichte der Stadt und Ludwig des Bayern. Die historischen Orte, wie die ehemalige Herzogskapelle und spätere Dompfarrkirche St. Ulrich, der bisher nur für Führungen zugängliche Domkreuzgang sowie die Minoritenkirche garantieren den Besucherinnen und Besuchern der Landesausstellung ein authentisches Erlebnis und bieten die einzigartige Möglichkeit, die Räumlichkeiten dank spektakulärer Ausstellungsarchitektur aus ganz neuen Perspektiven zu erleben.

### Modernste Museumstechnik

Mit Hilfe von kostbaren Originalobjekten, aufwändigen Rekonstruktionen und mit modernster Museumstechnik können die Besucher der Ausstellung vielfältige Einblicke in die Herrschaft des bayerischen Herzogs, deutschen Königs und römischen Kaisers Ludwig gewinnen und erleben die wechselhafte Geschichte der Zeit zwischen 1300 und 1350, als Bayern zum Mittelpunkt in Europa wurde.

Nach Loibls Worten legt das HdBG mit dem Titel „Rebellen. Visionäre. Demokraten. Über Widerständigkeit in Bayern“ den nunmehr 16. Band der „Edition Bayern“ vor. Die Heftreihe erscheint inzwischen im vierten Jahr und erfreut sich großer Be-

liebtheit. Die Regionhefte der „Edition Bayern“ porträtieren verschiedene bayerische Regionen mit ihren Eigenheiten und Charakteristiken, vom Werdenfeller Land bis zum Untermain, vom Unterallgäu bis zum Chiemgau. Die Sonderhefte dieser Reihe beschäftigen sich mit Themen der bayerischen Geschichte, die besondere Aufmerksamkeit verdienen.

### Spatenstich für neues Museum

Direktor Loibl kündigte zudem an, dass für das in Regensburg geplante Museum der Bayerischen Geschichte Anfang 2015 der Spatenstich erfolgen soll. Die Eröffnung ist für 2018 geplant. Dann jährt sich die Verabschiedung der Bayerischen Verfassung zum 200. Mal. „In theatralischer Weise“ sollen die vergangenen 200 Jahre in dem Haus lebendig werden. Ziel sei, die Geschichte aus der Sicht der Bevölkerung zu erzählen. Bezug genommen werde etwa auf den Kulturraum Bayern. Das Haus der Bayerischen Geschichte bitet die Bevölkerung um Mithilfe für die Ausstattung des Museums.

### „Main und Meer“ schloss seine Pforten

Mitte Oktober 2013 schloss die Bayerische Landesausstellung „Main und Meer“ ihre Pfor-

ten in der Kunsthalle Schweinfurt. „Main und Meer“ war eine mehrfache Premiere: Zum ersten Mal stand ein Fluss im Fokus einer Landesausstellung. Und zum ersten Mal wurden in einer Bayerischen Landesausstellung kulturhistorische und naturwissenschaftliche Inhalte miteinander verknüpft.

Wie Direktor Loibl erläuterte, haben über 91.000 Besucher die Ausstellung während der fünfmonatigen Laufzeit besucht und „Main und Meer“ damit zur erfolgreichsten Ausstellung in Schweinfurt gemacht.

### Tatkräftige Partner, umfangreiches Begleitprogramm

Viele tatkräftige Partner hätten zum Gelingen der Ausstellung beigetragen, ohne deren Unterstützung ein so großes Projekt nicht zu stemmen gewesen wäre, stellte Loibl fest. Die Stadt Schweinfurt bot mit der Kunsthalle den perfekten Standort für das Thema „Main und Meer“ und unterstützte die Landesausstellung mit Werbung und einem umfangreichen Begleitprogramm. Das Bayerische Staatsministerium für Umwelt und Gesundheit unterstützte die Ausstellung und brachte die naturwissenschaftliche Seite mit ein.

Die Bayernwerk AG die Sparkasse Schweinfurt, der Bezirk Unterfranken und die Wasser- und Schifffahrtsverwaltung des Bundes förderten das Ausstellungsprojekt finanziell oder auf andere Weise. Die Bayerische Sparkassenstiftung ermöglichte schließlich eine Premiere der virtuellen Art: Zum ersten Mal wurde für eine Bayerische Landesausstellung eine App entwickelt. **DK**

## Ein zertifizierter Kurort werden – lohnt sich das für eine Gemeinde?

Von Karl Staedele

**Die Praxis zeigt: Die Zertifizierung als „Bad“ ist aufwendig und für die Kurgäste Qualitätsgarantie für ein optimales Gesundheitsangebot und viele Extraleistungen – aber auch die Kommune und die Bürger profitieren davon.**

Gesundheitsurlaub ist der neue Trend der Zeit. Doch nicht in jedem Angebot, das mit Gesundheitsurlaub wirbt, ist auch Gesundheitsurlaub drin. Der beste Garant, im Urlaub ein Maximum an Gesundheit und Behandlungsqualität zu schöpfen: das Prädikat Bad, das in Deutschland nur 300 Urlauborte tragen dürfen. Europas übernachtungsstärkster Kurort Bad Füssing hat jetzt in einer eindrucksvollen Darstellung aufgezeigt, warum ein „Bad“ für Gäste und Urlauber immer die Garantie für Gesundheitsurlaub erster Klasse bildet – und in welchem Maß die Zertifizierung sich für eine Gemeinde lohnt.

### Schwieriger als jede TÜV-Zertifizierung

Die Dokumentation macht deutlich: den Namenszusatz „Bad“ zu erwerben ist schwieriger als jede TÜV-Zertifizierung. Es kostet Millionen und dauert Jahre. Was ein Gesundheitsziel alles auszeichnet und haben muss, um anerkannt zu werden:

- Natürliches ortsgebundenes Heilmittel oder Heilverfahren, zum Beispiel Thermalwasser
- Bestehen strenger Heilmittel-Analysen (Anerkennung als Heilquelle, nachweisbare Wirkung, regelmäßige Qualitätskontrollen)
- Ein eigenes Kurmittelhaus und die Anerkennung durch die Krankenkassen
- Gesamtcharakter eines Kur-

orts, inkl. Kurpark, kulturelles Angebot, keine Lärmbelastung, umfangreiche Sportanlagen, Bau und Betrieb eines „Haus des Gastes“, Kurärzte

- Organisierte Veranstaltungen zur Freizeitgestaltung,
- Barrierefreiheit
- Vorbildliches Straßen-, Fußweg- und Radwegenetz.

### Der Preis ist hoch, aber der Aufwand lohnt sich

Der Preis für all das ist hoch: Der Verwaltungshaushalt einer

## In Memoriam Otto Ammon

### Liebe Leserinnen und Leser,

viele von Ihnen werden sich noch erinnern: An dieser Stelle schrieb lange Zeit der ehemalige Landesvorsitzende der Kommunalpolitischen Vereinigung, Forchheims Landrat Otto Ammon, die GZ-Kolumne. Jetzt trauern wir um ihn. Am 28. November verstarb der äußerst beliebte CSU-Kommunalpolitiker kurz vor seinem 86. Geburtstag an den Folgen eines Sturzes.

Ammon gehörte zum kommunalpolitischen Urgestein in Bayern. Trotz seines hohen Ansehens ging es für ihn immer nur „um die Sache“. Sein Verhandlungsgeschick kam ihm als bayerischer KP-Vorsitzender sehr zugute. Dieses



Tourismuszentrale Fränkische Schweiz in Ebermannstadt einrichtete. Unter dem Partnerschaftsvertrag mit Biscarrosse von 1975 steht sein Name.

Über eine lange Zeit hat Ammon den Landkreis geprägt. Die Gebietsreform war für die Menschen in der Fränkischen Schweiz nicht einfach zu verkraften. Der Landkreis Forchheim wurde zwar größer, dafür musste bewältigt werden, dass Ebermannstadt seinen Kreisstadt-Status verlor.

Dass die Zusammenführung früher eigenständiger Kleingemeinden zu Großgemeinden oder Verwaltungsgemeinschaften so gut gelang, ist der starken Führungspersönlichkeit Otto Ammon zu danken.

Nach seinem Ausscheiden aus dem Landratsamt blieb er Altlandrat in diversen Ehrenämtern aktiv: Lange Jahre war er beispielsweise Vorsitzender der Fördergesellschaft Klinik Fränkische Schweiz in Ebermannstadt.

Seine geliebte Frau Lotte verlor Otto Ammon im Jahr 2004 nach 58 Ehejahren. Tochter Elisabeth zog daraufhin mit ihrer Familie zurück ins Elternhaus. Drei Generationen lebten fortan zusammen. „Das ist ideal“, befand der Verstorbene seinerzeit, „wenn alle willens sind, Kompromisse zu schließen. Bei uns ist das der Fall, und dafür bin ich dankbar.“ An seinem Hobby, dem Brennen edelster Schnäpse aus handverlesenen heimischen Früchten, hatte Ammon auch noch große Freude, als er die Firma mit der dazu gehörenden Gastronomie längst an seinen Enkel übergeben hatte.

„Fröhlich sein, Gutes tun, und die Spatzen pfeifen lassen.“ Diesen Leitspruch Don Boscos hatte sich der Verstorbene schon in jungen Jahren zu eigen gemacht. Betrachten wir diese herzerwärmende Lebensweisheit als Otto Ammons Vermächtnis – gerade jetzt in der Weihnachtszeit!

Unser Dank gilt einem der ganz Großen in der bayerischen Kommunalpolitik. Wir werden sein Andenken immer in hohen Ehren halten.

Anne-Marie von Hassel  
GZ-Verlegerin

### Fröhlich sein, Gutes tun und die Spatzen pfeifen lassen

Amt übte er mit hoher Kompetenz, Zähigkeit und Klugheit aus. Es gab den einen oder anderen Finanzminister, der zu bereuen hatte, dass er meinte, bei den FAG-Verhandlungen die kommunale Seite nicht ganz so ernst nehmen zu müssen.

Obwohl Ammon immer wieder gebeten worden war, in die „große Politik“ einzusteigen, blieb er – bescheiden, wie es seinem Naturell entsprach – seiner Heimat treu. Die Kommunalpolitik hatte er von der Pike auf gelernt: Erst als Gemeindevorstand seiner damals noch selbstständigen Heimatgemeinde Reuth. 1954 wurde er dort Bürgermeister – damals der jüngste im ganzen Freistaat. In seiner zapackenden Art tat er alles, um die Not der Bevölkerung nach den Wirren des Krieges zu lindern.

Zehn Jahre später wurde er zum Landrat gewählt. Dieses Amt hatte er 32 Jahre inne. Mit unermüdlichem Einsatz prägte der Verstorbene den Landkreis Forchheim.

„König Otto“, wie ihn viele Mitmenschen in seiner fränkischen Heimat liebevoll nannten, hat tiefe Spuren hinterlassen – weit über die Grenzen seines Landkreises hinaus und auch außerhalb der Politik. Er war es, der 1974 die

bei den Tagesgästen jährlich rund 290 Millionen Euro Umsatz erwirtschaftet – von denen rund 150 Millionen im Ort „hängenbleiben“.

Davon schöpfen das Gastgewerbe rund 180 Millionen Euro, der Einzelhandel 36 Millionen Euro und der Dienstleistungssektor im Ort 74 Millionen ab. Die 150 Millionen Euro Zufluss durch den Kurtourismus sichert in Bad Füssing zumindest rechnerisch den Lebensunterhalt von 7.220 Personen, was praktisch der Gesamtbevölkerung im Ort entspricht. Dem Fiskus fließen aus dem Kurbetrieb in Bad Füssing zum Beispiel in Form von Mehrwertsteuer und Einkommensteuer jedes Jahr rund 31 Millionen Euro zu.

Welche wirtschaftliche Bedeutung der Kurtourismus dabei für den lokalen Handel und das Handwerk haben kann, macht auch die „Frühstücksstatistik“ deutlich. So werden zur Bewir-

tung der Gäste in Bad Füssing bei 2,6 Millionen Übernachtungen pro Jahr von Urlaubern im Laufe von zwölf Monaten alleine für das Frühstück 5,2 Millionen Brötchen gebacken und 130 Tonnen Wurst sowie 26 Tonnen Butter gebraucht.

### Wichtiger Wirtschaftsfaktor

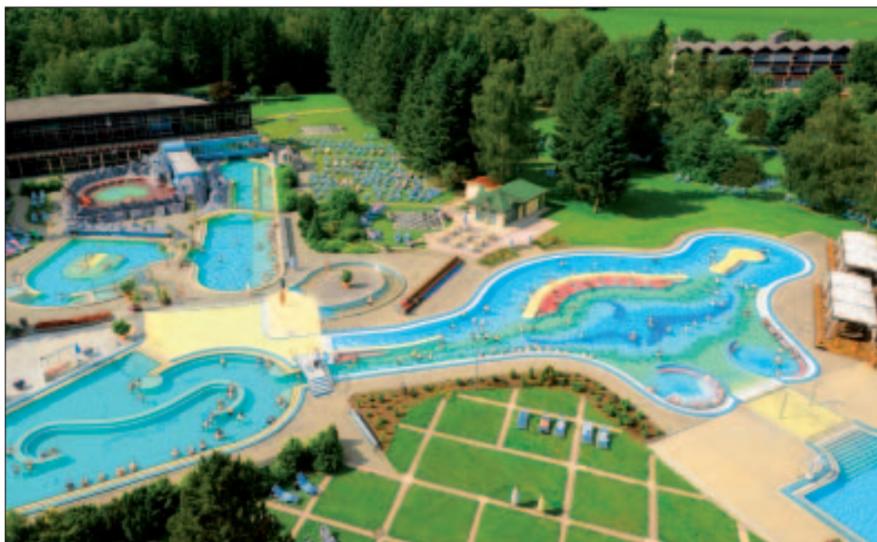
Bayerns Kurorte haben im vergangenen Jahr rund 22,4 Millionen Übernachtungen gezählt, bei insgesamt 65,3 Millionen Aufenthaltstagen. Das sind 27 Prozent aller 2012 gezählten Gästeübernachtungen im Freistaat. Hinter München und Nürnberg liegt Bad Füssing mit 2,37 Millionen Übernachtungen in Betrieben des Gastgewerbes an dritter Stelle vor Oberstorf und Bad Kissingen.

Übernachtungsgäste in Hotels, Gaststätten und Pensionen gaben dabei täglich 113,10 EUR pro Kopf aus. Hinzu kommen noch die rund 36 Mio Tagesausflügler die pro Tag im Schnitt 26,00 Euro in den Kurorten lassen. Das generiert 3,7 Milliarden Euro Umsatz aus Übernachtungen und Tagesausgaben.

### Von 10 Gästebetten leben sechs Menschen

Das Durchschnittseinkommen eines Einwohners, in einem Heilbad (Kinder, Rentner und Arbeitslose eingeschlossen) liegt bei 23.327 Euro im Jahr. Von 10 Gästebetten leben dabei im Durchschnitt sechs Menschen.

Nach den Umsatzeinbrüchen der letzten Jahrzehnte um bis zu 25 Prozent, gingen in Bayerns Kurorten nahezu 20 Prozent der ursprünglich 150.000 Arbeitsplätze verloren. Noch immer aber wird der Lebensunterhalt von 82.100 Menschen in Bayern durch den Tourismus in den Kurorten gesichert. □



Der Gesamtcharakter eines Kurortes stellt eine wichtige Einflussgröße auf der Beliebtheitskala der Kurgäste dar. Unser Bild zeigt das Johannesbad in Bad Füssing. □

Bürgerkulturpreis des Bayerischen Landtags:

## Jugendlicher Erfindergeist

**Bereits zum 14. Mal wurde der Bürgerkulturpreis des Bayerischen Landtags im Maximilianeum verliehen. Unter dem Leitthema „Unsere (Um)Welt von morgen – Junge Köpfe zeigen, wie’s geht“ präsentierten Kinder und Jugendliche ihre ideenreichen Projekte. Landtagspräsidentin Barbara Stamm, die gemeinsam mit Moderator Professor Wolfgang M. Heckl, Generaldirektor des Deutschen Museums, die Auszeichnung vornahm, betonte: „Jede und jeder kann etwas bewirken. Das Leben und die Zukunft sind nicht selbstverständlich. Sie liegen in unserer Verantwortung!“**

Die Jury unter Vorsitz von Landtagspräsidentin Stamm erkannte dem Projekt „Plant for the Planet“ von Felix Finkbeiner aus Tutzing in Oberbayern den 1. Platz zu. Seine 2007 entstandene Initiative gründet auf der Vision, Kinder könnten in jedem Land der Erde eine Million Bäume pflanzen und damit einen CO<sub>2</sub>-Ausgleich schaffen. Das Fernziel lautet: Tausend Milliarden neuer Bäume bis 2020. „Plant for the Planet“ ist schon jetzt zu einer weltweiten Bewegung geworden. Derzeit verfolgen rund 100.000 Kinder auf der ganzen Welt das gemeinsame Ziel.

### Junior Ranger

Die Arbeit der Junior Ranger im Nationalpark Bayerischer Wald belohnte der Bayerische Landtag mit einem 2. Preis. Kinder und Jugendliche lassen sich seit 1998 vier Tage lang zu Waldführern ausbilden, bringen mit einer Fülle von Aktionen Gleichaltrigen die Natur nahe, arbeiten mit nationalen und internationalen Gruppen zusammen. Sie sind Pioniere in ganz Bayern. Über 2.200 Buben und Mädchen aus den 5. Klassen aller Schularten haben bisher an dem Programm teilgenommen und damit Pionierarbeit geleistet. Die Idee, die aus

Amerika kam, ist inzwischen in allen bayerischen Schutzgebieten verankert.

Damit der Kontakt untereinander nicht abreißt, gibt es seit 2004 einen gemeinnützigen Verein mit inzwischen 400 Mitgliedern. Ortsgruppen sind entstanden, die immer wieder Veranstaltungen ausrichten. Im Juli 2013 fand im Nationalpark Bayerischer Wald das Europarc Wildniscamp statt; daran nahmen 50 Junior Ranger aus 14 europäischen Schutzzonen und elf Ländern teil.

### Sozialer Erfahrungsraum

Ebenfalls Träger eines 2. Preises ist das Traumtheater „In deiner Hand“ in Neuburg an der Donau, das sich um Kinder und Jugendliche aus schwierigen sozialen Verhältnissen, teilweise auch mit Migrationshintergrund, kümmert. In gemeinsamen Theater-, Musik- und Tanzprojekten erleben sie Gemeinschaft, bringen ihre Kreativität ein und erwerben dabei interkulturelle Kompetenz.

Hinter dem Traumtheater „In deiner Hand“ steht seit zehn Jahren das „Traumhaus“, das sich als „sozialer Erfahrungsraum“ versteht und Kinder und Jugendliche auf ihrem oft schwierigen Weg ins Erwachsenwerden begleitet.

Deutschkurse finden statt, Qualifizierungsmaßnahmen verbessern die Chancen auf dem Ausbildungsmarkt, Barrieren werden abgebaut, die Kinder und Jugendlichen übernehmen Verantwortung und bringen sich ein. Innerhalb von zehn Jahren hat das Traumhaus 400 Jugendlichen geholfen, einen Schulabschluss zu erreichen und eine Berufsausbildung erfolgreich abzuschließen.

### Bachpatenschaften

Mit dritten Preisen zeichnete der Landtag zwei Bachpatenschaften aus: die Schülerinnen und Schüler der Emerenz-Meier-Mittelschule Waldkirchen im Landkreis Freyung-Grafenau und die Deutsche Pfadfinderschaft St. Georg in Untergriesbach, Landkreis Passau. Bei beiden Preissträgern beeindruckte die Jury vor allem die vertragliche Bindung. Die Schüler der Emerenz-Meier-Mittelschule in Waldkirchen haben sich der Stadt gegenüber verpflichtet, sich um den Pollmannsdorfer Bach zu kümmern und Verantwortung für das Gewässer zu übernehmen. Die Deutsche Pfadfindergesellschaft Sankt Georg in Untergriesbach wiederum ermöglicht am Beispiel des Griesbaches Einblick in die komplexen ökologischen Zusammenhänge der Tier- und Pflanzenwelt in und um das Gewässer.

Sonderpreise erhielten die Schülerfirma Fresh & Fruits des Gymnasiums Veitshöchheim in Unterfranken und der Förderverein für offene Jugendarbeit Zwiesel e.V. Die Schülerfirma Fresh & Fruits des Gymnasiums Veitshöchheim legt den Schwerpunkt

auf gesunde Ernährung, bietet dreimal pro Woche frisch zubereitete Speisen aus regionalen Produkten an. Ein eigener Kräuter- und Gemüsegarten ist geplant nach dem Motto: selber pflanzen und ernten.

Ein großes Anliegen des Fördervereins für offene Jugendarbeit Zwiesel e.V. ist die Zusammenarbeit zwischen Kindern und Jugendlichen im Nationalpark Bayerischer Wald und im Paria Nationalpark in Venezuela.

### Förderpreise

Mit Förderpreisen bedacht wurde schließlich der Erfindergeist von drei Jugendlichen aus Oberfranken: Frank Wittmann und Matthias Herzog aus Marktgraitz arbeiten an einer „intelligenten Straße“. Das Gewicht der Fahrzeuge, die über sie fahren, soll durch Rückkopplung mit einem Gleichstromgenerator so genutzt werden, dass klimaneutral Energie entsteht, zum Beispiel für die Straßenbeleuchtung. „Load to go“ heißt das Projekt der 13-jährigen Pia Wittmann. Sie entwickelt ein System, bei dem unter anderem ein Handy-Akku beim Rollschuhlaufen aufgeladen wird. **DK**

### Paragrafenbremse

Der Ministerrat hat den Vorschlag von Staatsministerin Christine Haderthauer für das Konzept einer „Paragrafenbremse“ gebilligt. Ministerpräsident Seehofer hatte in seiner Regierungserklärung angekündigt, dass es in dieser Legislaturperiode grundsätzlich keine neuen Gesetze und Verwaltungsvorschriften geben soll.

Die Paragrafenbremse gilt für alle von der Staatsregierung verantworteten Gesetzesentwürfe, Rechtsverordnungen und Verwaltungsvorschriften. Bis auf wenige Ausnahmen, wie redaktionelle Änderungen oder Anpassungen an veränderte Rechtsprechung unterliegt künftig jede Änderung des Landesrechts der Paragrafenbremse:

Voraussetzung für eine Neuerung wird künftig sein, dass zugleich eine andere gleichwertige Vorschrift aufgehoben wird („one in, one out“) und nachgewiesen ist, dass das Regelungsziel nicht anderweitig, also ohne Rechtsvorschrift erreicht werden kann. □

netzwerke in allen Teilen Deutschlands. Die durch den Einsatz DVB-T2 künftig frei werdenden Frequenzen wollen wir im Einvernehmen mit den Bundesländern vorrangig für die Breitbandversorgung im ländlichen Raum bereitstellen.“

### Investitionssicherheit für Netzbetreiber

Regionen, die nicht mindestens eine Daten-Geschwindigkeit von 2 Mbit/s haben, sollen so schnell wie möglich erschlossen werden. Bis zum Jahr 2018 soll es in Deutschland eine flächendeckende Grundversorgung mit mindestens 50 Mbit/s geben. „Um mehr Investitionssicherheit für Netzbetreiber im ländlichen Raum zu schaffen, werden wir die rechtlichen Rahmenbedingungen für längerfristige Verträge der Netzbetreiber mit den Netznutzern zu Ausbau und Finanzierung der Breitbandinfrastruktur prüfen und gegebenenfalls Vertragslaufzeiten von drei bis vier Jahren im ländlichen Raum ermöglichen.“

Für die Städtebauförderung werden insgesamt 600 Millionen Euro zusätzlich zur Verfügung gestellt, um auf 700 Millionen Euro pro Jahr zu kommen. Für die Gewerbesteuer wiederum soll auf Basis des geltenden

## Großer Vertrauensbeweis ...

(Fortsetzung von Seite 1)

Von 2000 bis 2008 war er Vizepräsident, seit 2008 fungiert er als Bezirksratspräsident. Außerdem ist er Mitglied des Kreistags Dachau. 18 Jahre lang leitete Mederer als hauptamtlicher Bürgermeister die Geschicke der Gemeinde Schwabhausen (Landkreis Dachau). 2011 trat er nicht mehr zu Wahl an, um sich ganz auf den Bezirkstag konzentrieren zu können.

### Verstärkte Außenwirkung

„Der Bezirkstag bekommt ein neues Gesicht – mit einem neuen Logo und neuem Erscheinungsbild, aber auch mit einem neuen Präsidenten“, führte der neue Bezirkstagschef in seiner Antrittsrede aus. Sein Ziel ist es, „dass sich der Bezirkstag stärker zu politischen und gesellschaftlichen Themen äußert und er im Quartett der bayerischen Kommunalen Spitzenverbände hörbarer und sichtbarer wird“. Es gelte, sich erkennbarer nach außen zu positionieren.

Wie Mederer weiter ausführte, sei ihm das Selbstverständnis als Mitglied der Kommunalen Spitzenverbände sehr wichtig. „Hier möchte ich einen noch engeren Schulterschluss üben und auch zu den überörtlichen Sozialhilfeträgern und den Höheren Kommunalverbänden will ich den Austausch intensivieren.“

### Mehr Transparenz

Neben einer verstärkten Außenwirkung des Bayerischen Bezirkstags gehe es ihm darum, intern möglichst viele Entscheidungen auf den Kreis aller Bezirkstagspräsidenten zu erweitern. „Das stärkt die Bezirke und schafft ein Mehr an Transparenz untereinander“, hob Mederer hervor.

Mit Nachdruck sprach sich der neue Präsident für ein Bundesleistungsgesetz aus: „Damit rückt unsere stetige Forderung nach Beteiligung des Bundes an den Kosten der Eingliederungshilfe zumindest in Sichtweite.“ Mederer sicherte den Delegierten zu, „nicht lockerzulassen, bis dieses Thema nicht nur als vage Absichtserklärung in einem Vertrag steht, sondern in konkrete Gesetzestexte gegossen ist“, denn schließlich bedeute das Bundesleistungsgesetz nicht nur eine finanzielle Entlastung der Kommunen, sondern „das Herausohlen

der Menschen mit Behinderungen aus der Sozialhilfe“.

Mit Blick auf die Inklusion bekannte sich der Bezirkstagschef klar zum Erhalt der Förderschulen. Nur in einem geordneten nebeneinander von Regel- und Förderschulen könne man dem Wunsch und Wahlrecht der Eltern gleichermaßen gerecht werden.

### Hilfe zur Pflege

Als zweites „Herzansliegen“ neben der Eingliederungshilfe nannte Mederer die Hilfe zur Pflege. Hier dürfe es kein „Weiter so!“ geben. Mederer: „Wir wissen alle, dass es immer mehr alte und damit auch immer mehr pflegebedürftige Menschen geben wird und können die Augen davor nicht verschließen. Es geht um die Qualität der Pflege, die ganz eindeutig von der Attraktivität des Berufsbildes abhängt, also von angemessener Bezahlung und besseren Pflegeschlüsseln. Das müssen und das können wir uns auch leisten! In diesem Punkt haben wir auch die Bevölkerung und sicherlich auch unsere Umlagezahler hinter uns.“

### Gratulation des Innenministers

Glückwünsche zur Wahl übermittelte u. a. Bayerns Innenminister Joachim Herrmann: „Seit über zwei Jahrzehnten engagieren Sie sich in vorbildlicher Weise auf allen drei Ebenen der kommunalen Selbstverwaltung. Ich freue mich auf einen verlässlichen und fairen Partner für die Bayerische Staatsregierung!“, schrieb der Kommunalminister.

Nach Herrmanns Überzeugung kommt Josef Mederer bei der neuen Aufgabe insbesondere seine fünfjährige Erfahrung als Chef des Bezirkes Oberbayern mit einem Milliardenhaushalt zugute. Mederer habe es hervorragend verstanden, im oberbayerischen Bezirkstag auch ohne eigene Mehrheit Entscheidungen im Konsens zu erzielen. Dazu benötige man großes Verhandlungsgeschick, Zähigkeit und Durchhaltevermögen. Diese Eigenschaften seien gerade bei den schwierigen Verhandlungen zum Kommunalen Finanzausgleich besonders gefordert. Herrmann: „Für Ihre verantwortungsvolle neue Aufgabe wünsche ich Ihnen alles Gute, viel Erfolg und Gottes Segen.“ **DK**

## Mit Rückenwind ...

(Fortsetzung von Seite 1)

geschlossenes Schulungsprogramm durchgeführt, das ein ausgesprochen positives Feedback erfahren habe.

Oberster Maßstab für einen guten Wahlkampf werde auch in Zukunft die Präsenz vor Ort und die persönliche Ansprache der Wähler durch die Bewerber sein. Dies werde von Kandidaten für kommunalpolitische Mandate nach wie vor erwartet, denn die Kommunalwahl sei in erster Linie eine Persönlichkeitswahl, fuhr Rößle fort. Darüber hinaus zeichne sich ein moderner Wahlkampf durch den Einsatz neuer Medien, durch neue Veranstaltungsformen und Werbemittel sowie durch eine emotionale Zielgruppenansprache und einen professionellen Wahlkampfauftritt aus.

### Positionen der KPV im Koalitionsvertrag

„Die CSU ist die kommunalfreundliche Partei“, betonte der KPV-Vorsitzende und wies darauf hin, dass der Koalitionsvertrag zwischen CDU/CSU und SPD insbesondere auch Positionen der KPV beinhalte.

So sollen die Kommunen weiter entlastet werden. Im Jahr 2014 erfolge die letzte Stufe der Übernahme der Grundsicherung im Alter durch den Bund und damit eine Entlastung der Kommunen in Höhe von 1,1 Milliarden Euro. Darüber hinaus sollen die Kommunen im Rahmen der Verabschiedung des Bundesteilhabegesetzes im Umfang von fünf Milliarden jährlich von der Eingliederungshilfe entlastet werden. „Bereits vor der Verabschiedung des Bundesteilhabegesetzes werden wir mit einer jährlichen Entlastung der Kommunen in Höhe von einer Milliarde Euro pro Jahr beginnen“, heißt

es dazu im Koalitionsvertrag. Nicht nur in Ballungsräumen, sondern auch in ländlichen Regionen müsse die wohnortnahe Krankenhausversorgung der Bevölkerung gewährleistet sein. Hierzu soll sichergestellt werden, dass auch Krankenhäuser in strukturschwachen Regionen ihren Versorgungsauftrag wahrnehmen können. Die Einführung des Systems diagnosebezogener Fallgruppen (DRG-System) als leistungsorientiertes Entgeltsystem sei richtig gewesen.

### Mehr Engagement für Pflegebedürftige

Besser anerkannt werden soll die Pflegebedürftigkeit, um die Situation der Pflegebedürftigen, von Angehörigen und Menschen, die in der Pflege arbeiten, zu verbessern. Dazu will die Koalition den neuen Pflegebedürftigkeitsbegriff auf der Grundlage der Empfehlungen des Expertenbeirates in dieser Legislaturperiode so schnell wie möglich einführen. Insbesondere Menschen mit Demenzerkrankungen sollen damit bessere und passgenauere Leistungen erhalten.

Eine „Allianz für Menschen mit Demenz“ soll Betroffene unterstützen und das Verständnis und die Sensibilität für Demenzerkrankungen fördern. Dafür sollen bereits vorhandene Initiativen auf lokaler Ebene zusammengeführt, gebündelt und gemeinsam weiterentwickelt werden. Die Pflegearbeit der Angehörigen und Familien, engagierter Bürger und von Ehrenamtlichen sei durch qualifizierte Dienste und Einrichtungen professionell zu begleiten und zu ergänzen. Um die ambulante Pflege zu stärken, ist geplant, Leistungen im ambulanten und stationären Bereich weiter einander anzugleichen.

In einer Bund-Länder-Arbeitsgruppe unter Leitung des Bundesministeriums für Gesundheit soll geklärt werden, wie die Rolle der Kommunen bei der Pflege noch weiter gestärkt und ausgebaut werden kann. Insbesondere sei zu erörtern, wie die Steuerungs- und Planungskompetenz für die regionale Pflegestruktur gestärkt werden kann. Im Zusammenwirken mit städteplanerischen Instrumenten sollen Sozialräume so entwickelt werden, dass pflegebedürftige Menschen so lange wie möglich in ihrem gewohnten Umfeld verbleiben können. Außerdem ist angeht, Kommunen stärker in die Strukturen der Pflege verantwortlich einzubinden.

### Flächendeckender Breitbandausbau

Für ein modernes Industrieland ist der flächendeckende Breitbandausbau eine Schlüsselaufgabe. Deshalb werde die Breitbandstrategie weiterentwickelt. Es gelte, die digitale Spaltung zwischen den urbanen Ballungszentren und ländlichen Räumen zu überwinden. Dazu sollen die Kommunen im Sinne einer kommunikativen Daseinsvorsorge in ländlichen Räumen beim Breitbandausbau unterstützt werden.

„Wir werden Investitionshemmnisse und Wirtschaftlichkeitslücken in den infrastruktur-schwächeren Regionen abbauen und setzen dabei verstärkt auf Synergieeffekte und zusätzliche Investitionsanreize für Telekommunikationsunternehmen“, heißt es im Koalitionsvertrag. „Beim Ausbau des schnellen Internets werden wir Technologieoffenheit sicherstellen. Dazu gehört auch eine bedarfsgerechte Bereitstellung von Funkfrequenzen für drahtlose Kommunikations-

Rechts für die kommenden Jahre Planungssicherheit bestehen.“

### Mandat der Bevölkerung

„Der Koalitionsvertrag ist ein Spiegel des Wahlergebnisses. Er trägt die dominierende Handschrift der Unionsparteien, insbesondere der CSU. Der Koalitionsvertrag enthält eine Reihe von Maßnahmen, die die Kommunen entlasten werden. Der klare Wahlsieg der CSU ist das eindeutige Mandat der Bevölkerung für eine bürgerliche Politik, die sich an den Grundsätzen finanzielle Solidarität, Arbeit für alle und soziale Sicherheit orientiert“, machte CSU-Generalsekretär Alexander Dobrindt deutlich.

2014 werde ebenso wie 2013 ein arbeitsreiches Jahr. Im Mittelpunkt stünden die Kommunal- und Europawahlen. Dobrindt: „Wir wollen die Interessen der Bürger wieder mit einem starken Mandat in den Gemeinden, Städten und Kreisen in ganz Bayern vertreten. Wir gehen gut vorbereitet in den Wahlkampf.“

### Sorge um Verlust der gesellschaftlichen Mitte

Apropos starkes Mandat: Zunehmende Schwierigkeiten bei der Suche nach qualifiziertem Personal bereiten dem ehemali-

gen Freisinger Bundestagsabgeordneten Franz Obermeier große Sorge. Im Rahmen der Bezirks- und Kreisvorsitzendenkonferenz der KPV berichtete er, dass in seinem Kreisverband zahlreiche Kommunalpolitiker nicht mehr kandidierten. Vermehrte Kritiksucht und Steitereien hätten ihren Beitrag dazu geleistet. Beunruhigend sei, dass die gesellschaftliche Mitte peu à peu verlorengehe.

### Beispiele und Anregungen

Anregungen für den Kommunalwahlkampf wurden von den zahlreichen Kongressteilnehmern im Anschluss dankbar und interessiert in Anspruch genommen. Workshops und Vorträge zu den Themen „Sicheres Auftreten in der Öffentlichkeit“, „Das Wahlkampf-ABC: Grundlagen eines erfolgreichen Wahlkampfes“, „Richtige Zielgruppenansprache: Der direkte Weg zum Wähler“, „Wahlkampf 2.0: Neue Medien gezielt nutzen“ und „Den Wähler begeistern: Wirkungsvolle Öffentlichkeitsarbeit und modernes Veranstaltungsmanagement“ standen ebenso auf der Tagesordnung wie ein während der gesamten Veranstaltung durchgeführtes Photoshooting, das das umfangreiche Programm abrundete. **DK**



Eine der Dachanlagen der Energievision eG.

Energievision eG Schrobenhausen:

## Klarer Auftrag

Die neu gegründete Energievision eG ist auf den ersten Blick eine klassische Energiegenossenschaft: Sie betreibt zwei Photovoltaikanlagen in Ingolstadt und Donauwörth, eine weitere ist in Planung, ein vierter Standort in Aussicht. Und sie hat sich einem klaren Auftrag verschrieben: Dem verantwortlichen Umgang mit unserer Natur. Eine der Dachanlagen der Energievision eG.

„Wir verstehen uns als kirchennah und haben das auch explizit in unserer Satzung festgehalten“, erklärt der Vorstandsvorsitzende Thomas Wienhardt, der im Hauptberuf Referent für Gemeindeentwicklung im Bistum Augsburg ist. „Als Christen geht es uns um einen verantwortlichen Umgang mit der Schöpfung.“ Mit anderen Worten: Natur und Umwelt sollen nicht ausgebeutet werden, sondern schonend genutzt und bewahrt.

Mit ihrem Engagement in erneuerbare Energien will die Genossenschaft dafür sorgen, dass die verheerenden Auswirkungen des Ölkonsums auf Entwicklungsländer zurückgehen und dort ein menschenwürdiges Leben möglich ist. Bei der Mitgliederwerbung spricht die Energievision deshalb gezielt Menschen, Ver-

bände oder Stiftungen aus dem kirchlichen Bereich an. Und bei der Suche nach Standorten für Photovoltaikanlagen ging man zunächst auf die Pfarreien zu. Eine weitere Besonderheit: Mindestens ein Viertel der Erträge soll für karitative oder kirchliche Zwecke gespendet werden. „Damit wollen wir deutlich machen, dass es der Genossenschaft nicht vordergründig um Rendite geht, sondern auch um das Engagement für die Gesellschaft“, so Wienhardt.

Noch konzentriert sich die Energievision mit ihrem Engagement auf die Region, doch das wird vermutlich nicht mehr lange so bleiben. Denn ihr Motto, Verantwortung für die Schöpfung zu übernehmen, statt Gewinn um jeden Preis zu erwirtschaften, findet nicht nur im Landkreis Neuburg-Schrobenhausen Anklang. □

EU-Bankenabgabe:

## Götzl fordert Freigrenze für Regionalbanken

Anlässlich des Treffens der EU-Finanzminister warnt Stephan Götzl, Präsident des Genossenschaftsverbands Bayern (GVB), vor einem zentralen europäischen Fonds zur Abwicklung von Krisenbanken. Die Mitgliedsstaaten beabsichtigen, diesen im Rahmen des europäischen Abwicklungsmechanismus SRM (Single Resolution Mechanism) einzuführen. Dieses Vorhaben treibt einen Keil zwischen Verantwortung und Haftung für die Geschäftstätigkeit von Banken.

„Wenn die Zeche für Fehlentwicklungen und Missmanagement auf nationaler Ebene künftig die gesamte europäische Kreditwirtschaft zahlen muss, dann kann dies ungesundes Risikoverhalten auf Einzelbankebene provozieren“, macht Götzl deutlich. Zudem führe die geplante Einsetzung der EU-Kommission als oberste Entscheidungsinstanz bei einer Abwicklung zur übermäßigen Machtkonzentration bei der Behörde ohne ausreichende demokratische Legitimation.

### „Too-big-to-fail“-Problem europäisch lösen

Gleichwohl müsse das „Too-big-to-fail“-Problem der Bankriesen europäisch gelöst werden, um Steuerzahler künftig zu schonen. Einen Teil der Lösung könne ein europäischer Rettungstopf für internationale tätige Großbanken darstellen. Dass Volksbanken und Raiffeisenbanken sowie Sparkassen einbezogen werden, sei aber abzulehnen, da sie sich mit ihren bewährten Sicherungsrichtungen selbstverantwortlich vor Schieflagen schützen.

Götzl: „Ich bin dagegen, dass unsere Mitgliedsbanken zur Finanzierung des zentralen Abwicklungstopfes herangezogen werden. Sie sollten erst gar nicht unter den gesetzlichen Anwendungsbereich des SRM fallen.“ Es sei deshalb klug, eine Freigrenze zu definieren, wie sie vergleichbar bei der deutschen Bankenabgabe festgeschrieben ist. Kleine und mittlere regional tätige Geldhäuser, deren Bilanzsumme unterhalb eines Schwellenwerts liege, müssen dann nicht in den europäischen Topf einzahlen.

### Konsequentes Handeln

„Die EZB nimmt alle Banken mit einer Bilanzsumme über 30 Milliarden Euro unter ihre Fittiche“, macht Götzl deutlich. Dieses Kriterium muss auch bei der Bankenabwicklung gelten.“ Deshalb sei es nur konsequent, wenn kleine und mittlere Regionalbanken mit einer Bilanzsumme unter 30 Milliarden Euro vom SRM ausgenommen werden und keine Beiträge zum EU-Abwicklungsfonds für Großbanken zahlen müssen. □

## Freude im Sonderpädagogischen Förderzentrum

Raiffeisenbank Sulzbach-Rosenberg eG überreicht Spende

Für eine erfolgreiche Kooperation des Sonderpädagogischen Förderzentrums mit der Städtischen Sing- und Musikschule stehen weiterhin Mittel zur Verfügung. Vertreter der Raiffeisenbank Sulzbach-Rosenberg eG überreichten eine Spende von 2.000 Euro, die gemeinsam mit der Raiffeisen/Schulze-Delitzsch Stiftung Bayerische Genossenschaften finanziert wurde. Die Kinder hießen die Sponsoren mit einstudierten Liedern gekonnt willkommen. Vorstandsvorsitzender Hans Renner und Regionaldirektor Franz Penker übergaben an Rektor Axel Malich und den Leiter der Sing- und Musikschule, Steffen Weber, einen gemeinsamen Scheck. Beide bedankten sich für die großzügige Unterstützung. □

GVB-Präsident Götzl:

## Kritik am Koalitionsvertrag

Für Stephan Götzl, Präsident des Genossenschaftsverbands Bayern (GVB), ist der Koalitionsvertrag von CDU, CSU und SPD kein Meisterwerk: „Da haben sich drei Parteien im Minimalkonsens vereint. Das allein bringt unser Land noch nicht weiter.“

Der Präsident der bayerischen Genossenschaften kritisiert insbesondere, dass der Vertrag mit Blick auf Belange der mittelständischen Wirtschaft wenig gehaltvoll sei. Er hätte sich ein kraftvolleres Plädoyer zugunsten des Mittelstands erwartet. Insbesondere angesichts vielfältiger Versuche aus Europa, die Leistungskraft der deutschen Wirtschaft regulatorisch zu drosseln.

„Auch zu finanzwirtschaftlichen Themen hätte ich mir mehr gewünscht als die altbekannten Forderungen zur Bankenregulierung“, erklärt er. „Zudem wäre es klug gewesen, wenn die Koalitionsparteien sich für eine Regulierungspause ausgesprochen hätten. Denn vor allem die europäische Regulierungswut belastet beson-

ders die für die Mittelstandsfinanzierung wichtigen Regionalbanken“, hält Götzl fest und fügt hinzu: „Angesichts der permanenten Angriffe der EU-Kommission auf deutsche Banken ist mir auch das Bekenntnis zum dreigliedrigen deutschen Bankensystem im Koalitionsvertrag zu zurückhaltend.“

Götzl verbindet seine Kritik allerdings auch mit einer Hoffnung: „Die Vertreter von CDU, CSU und SPD haben vier Jahre Zeit zu beweisen, dass sie mehr können und wollen, als sie im Koalitionsvertrag dokumentiert haben.“ Insofern sei der papiergewordene Koalitionsvertrag das eine, die Fähigkeit zur politischen Gestaltung während der Legislaturperiode das andere. □

## 10 Fakten über die einzigartige Kraft der Genossenschaft:

1. Jeder fünfte Deutsche ist Mitglied bei den Volksbanken Raiffeisenbanken.
2. Die Volksbanken Raiffeisenbanken sind „mitgliederverpflichtet“, denn die Förderung ihrer Mitglieder steht im Zentrum ihrer Interessen.
3. Die Volksbanken Raiffeisenbanken gehören Ihren Mitgliedern. Wir als Bank sind unseren Mitgliedern verpflichtet.
4. Die Volksbanken Raiffeisenbanken sind mit über 1.100 Banken und mehr als 13.200 Bankstellen in Deutschland zu Hause.
5. Die Volksbanken Raiffeisenbanken sind demokratisch, denn wo es langgeht, entscheiden ihre Mitglieder.
6. Die Volksbanken Raiffeisenbanken haben allein im Jahr 2012 rund 140 Mio. Euro für soziale und gemeinnützige Zwecke gespendet.
7. Die Volksbanken Raiffeisenbanken zahlten 2012 in Deutschland knapp 2,1 Mrd. Euro Steuern.
8. Die Volksbanken Raiffeisenbanken fördern den Nachwuchs und bilden jährlich 4.000 junge Menschen aus.
9. Die Volksbanken Raiffeisenbanken haben noch nie auch nur einen Euro Staatshilfe benötigt.
10. Die Volksbanken Raiffeisenbanken haben über 30 Mio. zufriedene Kunden in Deutschland.

Jeder Mensch hat etwas, das ihn antreibt.

Wir machen den Weg frei.

Wie Sie von der Kraft der Genossenschaft profitieren können und wie sich unsere 160.000 Mitarbeiter täglich dafür einsetzen, Ihre Ziele zu verwirklichen, erfahren Sie auf [vr.de/was-wir-anders-machen](http://vr.de/was-wir-anders-machen)

Volksbanken  
Raiffeisenbanken



Wir machen den Weg frei. Gemeinsam mit den Spezialisten der Genossenschaftlichen FinanzGruppe Volksbanken Raiffeisenbanken: DZ BANK, WGZ BANK, Bausparkasse Schwäbisch Hall, DG Hyp, DZ PRIVATBANK, easyCredit, Münchener Hyp, R+V Versicherung, Union Investment, VR LEASING, WL Bank.

Jetzt von unserer  
einzigartigen  
genossenschaftlichen  
Beratung  
profitieren!

## MünchenerHyp hält erfolgreich Kurs

Die Münchener Hypothekbank eG hat auch zum Ende des dritten Quartals 2013 ihre Ertragslage deutlich verbessert. Der Zinsüberschuss stieg gegenüber den ersten neun Monaten des Vorjahres um 13 Prozent auf 106,0 Mio. Euro. Der Zins- und Provisionsüberschuss erhöhte sich im gleichen Zeitraum um 17 Prozent auf 68,6 Mio. Euro. „Die positive Entwicklung der Erträge hat sich in diesem Jahr verstetigt. Durch das gute Neugeschäft der vergangenen Jahre sind wir zuversichtlich, die Ertragsituation weiter verbessern zu können“, sagte Dr. Louis Hagen, Vorstandssprecher der MünchenerHyp.

Das Neugeschäft bewegt sich auf dem hohen Niveau der Vorjahre. Bis Ende September 2013 sagte die Bank Hypothekendarlehen in einem Volumen von über 2,6 Mrd. Euro zu. Das Neugeschäft in der Wohnimmobilienfinanzierung war mit 2,1 Mrd. Euro leicht rückläufig, während gewerbliche Immobilienfinanzierungen um rund 70 Mio. Euro auf 544 Mio. Euro zunahm. Das Kreditgeschäft mit Staaten und Banken betrieb die MünchenerHyp weiterhin sehr zurückhaltend, es belief sich zum 30. September 2013 auf 283 Mio. Euro.

Auf der Refinanzierungsseite die MünchenerHyp im dritten Quartal erneut eine Benchmark-Emission: einen Öffentlichen Pfandbrief über

625 Mio. Euro mit einer Laufzeit von fünf Jahren und einem Spread von fünf Basispunkten unter Swap-Mitte. Aufgrund der großen Nachfrage der Investoren stockte die Bank zudem einen Hypothekendarlehen über 500 Mio. Euro mit einer Laufzeit von 15 Jahren zu verbesserten Konditionen um 250 Mio. Euro auf.

### Best Global Issuer

Für ihre erfolgreichen Pfandbriefemissionen erhielt die MünchenerHyp im September im Rahmen der renommierten „The Cover Awards“ die Auszeichnungen als „Best Global Issuer“ und „Best Euro Issuer“ von Covered Bonds. „Wir freuen uns sehr über diese Aus-

zeichnungen, weil sie uns zeigen, dass wir im Markt als sehr solides und stabiles Kreditinstitut wahrgenommen werden und die Investoren unsere Emissionspolitik honorieren“, erklärte Dr. Louis Hagen.

Die Bilanzsumme belief sich zum Ende des dritten Quartals auf 35,6 Mrd. Euro, das ist rund 1 Mrd. Euro weniger als zum Jahresende 2012. Die Bestände an Hypothekendarlehen konnte die Bank im gleichen Zeitraum um rund 400 Mio. Euro ausweiten. Sie erreichen jetzt ein Volumen von 21,4 Mrd. Euro. Demgegenüber gingen die Bestände im Kreditge-

### Winterdienst:

## Ein Nebeneinkommen mit Tücken

Der Winterdienst lohnt sich häufig für Landwirte – aber nur bei passendem Versicherungsschutz

Im Winter lasten immer mehr Landwirte ihre Maschinen aus, indem sie für Kommunen oder private Unternehmen den Winterdienst übernehmen. Durch diese Tätigkeit können sie sich einen guten Nebenverdienst sichern. Dabei ist es aber wichtig, auf eine umfassende Absicherung zu achten – sonst wird das Zubrot schnell zum Verlustgeschäft.

Eine der wichtigsten Versicherungen für Landwirte ist die Betriebshaftpflicht, die Schadenersatzansprüche geschädigter Personen absichert. Auch für den Winterdienst spielt dieser Schutz eine entscheidende Rolle.

Markus Bergaentzle, Abteilungsleiter Kundengruppenmanagement Landwirtschaft bei der Versicherungskammer Bayern: „Landwirte, die eigenverantwortlich oder als Subunternehmer den Winterdienst ausüben, haften persönlich mit ihrem gesamten Vermögen für Personen- und Sachschäden. Denn die Verkehrssicherungspflicht obliegt in vollem Umfang dem Landwirt. Gefährlich wird es für den Landwirt also, wenn er seine Räumspflicht nicht oder nur unvollständig erfüllen kann, beispielsweise wegen Krankheit oder Unfall. Schadenersatzforderungen von gestürzten und verletzten Personen sind häufig die Folge – und diese bergen natürlich ein hohes finanzielles Risiko.“

Bei der Versicherungskammer Bayern können sich Landwirte im Rahmen der Betriebshaftpflicht auch für den Winterdienst absichern. Da es sich dabei aber nicht um eine typische landwirtschaftliche Tätigkeit handelt, muss dieser unbedingt gemeldet werden. Landwirtschaftsexperte Bergaentzle empfiehlt außerdem, im Rahmen des Winterdienstes eine

stollen bestehen. Die Straßenbauverwaltung plante, die Arbeiten für beide Stollen gemeinsam auszuschreiben. Sie wollte zunächst mit dem Bau des Rettungsstollens beginnen. Vier Monate später sollten bereits die Bauarbeiten für den Hauptstollen starten.

Der Bundesrechnungshof prüfte mit Unterstützung des Prüfungsamtes des Bundes Stuttgart das Bauvorhaben. Er stellte fest, dass der Straßenbauverwaltung die geologischen und hydrologischen Verhältnisse wegen des unzugänglichen Gebirges nicht für die gesamte Tunnelstrecke bekannt waren. Der Bundesrechnungshof hielt es für wahrscheinlich, dass geologische Störzonen, Lockergesteinsschichten oder Grundwasser die Bauarbeiten behindern und die Tunnelbauer gefährden. Diese Umstände hätte die Stra-

schäft mit Staaten und Banken plangemäß weiter zurück.

Die Risikosituation in der Immobilienfinanzierung bleibt sehr zufriedenstellend. Das Betriebsergebnis nach Risikovor-sorge erhöhte sich um 8,1 Mio. Euro auf 14,7 Mio. Euro. Der zeitanteilige Jahresüberschuss stieg – nach Abzug der Steuer – um 3,6 Mio. Euro auf 9,4 Mio. Euro. Die Kapitalausstattung der MünchenerHyp verbesserte sich weiter.

Die Kernkapitalquote belief sich zum Ende des dritten Quartals auf 10,4 Prozent und die Gesamtkapitalquote auf 15,1 Prozent. „Wir sind mit unserem aktuellen Zwischenergebnis für 2013 sehr zufrieden und erwarten, dass wir diese erfolgreiche Entwicklung auch in den noch verbleibenden Monaten des Jahres fortsetzen können“, resümiert Dr. Louis Hagen. □



Von links: Dr. Thies Claussen, Prof. Mikhail Kopejkin, Natalia Larionova und Sergej Krjukow.

## Russischer Bär trifft Bayerischen Löwen

Förderbanken aus Russland profitieren von der LfA Förderbank Bayern in der Mittelstandsfinanzierung

Ein hochrangige russische Delegation besuchte die LfA Förderbank Bayern, um die Praxis der Mittelstandsförderung in Bayern kennen zu lernen. Während die russischen Partner intensiv am Aufbau und der Förderung einer mittelständischen Wirtschaftsstruktur arbeiten, wies die LfA auf jahrzehntelange Erfahrungen und Erfolge der Bayerischen Staatsregierung in der Mittelstandsförderung hin.

Im Mittelpunkt des Erfahrungsaustausches standen Fragen der Unternehmensfinanzierung in den Bereichen Gründung, Wachstum, Innovation, Umweltschutz, Stabilisierung, aber auch die Infrastrukturförderung. Intensiv diskutiert wurden auch die Maßnahmen der bayerischen Förderbank bei der Energiewende oder im Bereich Umweltschutz.

### Schutz vor Kreditklemme

Die russischen Gäste zeigten sich besonders beeindruckt, dass in der Wirtschafts- und Finanzkrise 2009/2010 durch den Bayerischen Mittelstandsschirm und die dort enthaltenen Risikoübernahmen von Bund, Land und LfA über 4.400 kleine und mittlere bayerische Unternehmen vor einer Kreditklemme geschützt wurden.

Angeführt wurde die Bankdele-

gation vom Vorstandsvorsitzenden der russischen Bank für die Förderung kleiner und mittlerer Unternehmen, Sergej Krjukow, dem stellvertretenden Vorstandsvorsitzenden der russischen Bank für Entwicklung und Außenwirtschaftstätigkeit, Prof. Mikhail Kopejkin und der Direktorin des russischen Ministeriums für Wirtschaftliche Entwicklung Natalia Larionova.

Auf bayerischer Seite informierte der stellvertretende Vorstandsvorsitzende der LfA Förderbank Bayern, Thies Claussen, die russischen Partner über das Geschäftsmodell der seit 1951 aktiven Spezialbank des Freistaates Bayern zur Wirtschaftsförderung. Kopejkin äußerte abschließend den Wunsch, über ein gemeinsames Memorandum die Zusammenarbeit mit der bayerischen Förderbank in den nächsten Jahren zu vertiefen. □

### Steuervergünstigung für Brandunterstützungsvereine:

## Bayerisches Modell jetzt bundesweit gültig

Die von Bayern initiierten steuerlichen Erleichterungen für Brandunterstützungsvereine bleiben erhalten. „Ein besonderer Erfolg des entschlossenen Einsatzes Bayerns: Die Fortführung der Vergünstigungen für Brandunterstützungsvereine bei Versicherung- und Feuerschutzsteuer wird sogar künftig gesetzlich bundesweit umgesetzt. Sie nutzt etwa 100 Brandunterstützungsvereinen im ländlichen Raum, wenn sie im Schadensfall eine Geldumlage erheben“, teilte Finanzminister Dr. Markus Söder mit.

Brandunterstützungsvereine haben nach den Worten von Söder in Bayern eine lange Tradition. Sie sind ein Musterbeispiel für solidarische Selbsthilfeeinrichtungen im ländlichen Raum. Das findet auch im Steuerrecht eine Anerkennung. In der Vergangenheit wurden den Brandunterstützungsvereinen aufgrund einer (auf das Jahr 1959 zurückgehenden) bayerischen Verwaltungsregelung im Billigkeitswege steuerliche Erleichterungen gewährt, wenn sie im Schadensfall für eines der Mitglieder eine Umlage zur Unterstützung erhoben haben.

### Lange Tradition

Versicherung- und Feuerschutzsteuer wurde danach nur erhoben, soweit der Gesamtbeitrag der für den einzelnen Schadensfall erhobenen Geldumlagen den Betrag von 5.500 Euro überstiegen (Freibetrag). Mit dem Übergang der Verwal-

tungskompetenz von Versicherungs- und Feuerschutzsteuer zum 1. Juli 2010 auf den Bund konnte die bis dahin bestehende bayerische Billigkeitsregelung nicht mehr angewandt werden.

### Ein guter Tag

„Bayern hat sich deshalb beim Bund nachdrücklich für die Beibehaltung der steuerlichen Vergünstigungen für die Brandunterstützungsvereine eingesetzt“, betonte Söder. Aus Gründen der Rechtssicherheit wurde nun eine entsprechende gesetzliche Regelung zugunsten der Brandunterstützungsvereine mit Wirkung ab 1. Juli 2010 getroffen. Durch diese Freibetragsregelung von 5.500 Euro bei der Versicherungs- und Feuerschutzsteuer werde den berechtigten Belangen der Vereine in bisherigem Umfang entsprochen. Söder: „Das ist ein guter Tag für diese Vereine.“ □

### Jahresbericht 2013 des Bundesrechnungshofs:

## Lärmschutzwand und Kramertunnel

### Brennpunkte in Bayern

Der Präsident des Bundesrechnungshofes, Dieter Engels, hat den Jahresbericht 2013 seiner Behörde in Berlin vorgestellt. „Die Erfahrungen aus der Staatsschuldenkrise im Euroraum verdeutlichen, dass eine solide und nachhaltige Finanzpolitik unabdingbar ist“, hob Engels hervor. Als wesentlichen Baustein hierfür nannte er die neue grundgesetzliche Schuldenbremse.

Die neue Schuldenregel verpflichtet den Bund ab dem Jahr 2016 zu strukturell ausgeglichenen Haushalten, die im Wesentlichen ohne neue Schulden auskommen müssen. Der Finanzplan der alten Bundesregierung, der den Zeitraum bis 2017 umfasst, sah ab dem Jahr 2015 Haushalte ohne neue Schulden vor. Da die sich abzeichnende Koalition an diesem Ziel offenbar festhalten will, könnten die Vorgaben der neuen Schuldenregel erfüllt werden.

Allerdings setzt dies nach Auffassung des Bundesrechnungshofes eine Reihe von Prämissen voraus, nämlich dass die Zinsausgaben weiterhin auf niedrigem Niveau verharren, die Steuereinnahmen entsprechend den aktuellen Schätzungen weiter wachsen und die Ausgaben für den Arbeitsmarkt und die Gesundheit stabil bleiben. Zudem dürfe die europäische Staatsschulden- und Bankenkrise nicht zu weiteren Belastungen des Bundeshaushalts führen. Und: Die von der Koalition in Aussicht gestellten Mehrausgaben müssten dauerhaft gegenfinanziert werden.

Der Bundesrechnungshof sieht trotz der sehr guten Ausgangslage und trotz der optimistischen Prognosen durchaus Risiken. Die aktuell guten Zeiten sollten daher zur Vorsorge für schlechtere genutzt werden – auch deshalb, weil schon heute ein gigantischer Schuldenberg von 1,3 Billionen Euro auf dem Bund lastet. Er empfiehlt daher, keine neuen Schulden mehr anzuhäufen und zumindest mittelfristig damit zu beginnen, den Schuldenberg abzubauen. Dazu müssten alle Möglichkeiten zur Entlastung der öffentlichen Haushalte genutzt werden. Die Prüfungsergebnisse des Bundesrechnungshofes

können dazu beitragen, wie zwei Beispiele aus Bayern zeigen.

Beispiel 1: In der bayerischen Gemeinde Diedorf plant das Straßenbauamt für 900.000 Euro eine Lärmschutzwand für die Anwohner einer neu zu bauenden Bundesstraße. Die Lärmschutzwand würde die Anwohner vor Straßenlärm schützen, nicht jedoch vor dem viel stärkeren Schienenlärm einer angrenzenden Bahnstrecke.

Das Straßenbauamt versuchte vergeblich, gemeinsam mit der bundeseigenen Deutschen Bahn AG ein Lärmschutzkonzept zu entwickeln, das die Anwohner ausreichend vor Schienenlärm schützt. Das Bahnunternehmen sah Lärmschutzinvestitionen an anderen Standorten als vorrangig an.

Der Bundesrechnungshof hat das Bundesverkehrsministerium darauf hingewiesen, dass die geplante Lärmschutzwand unwirtschaftlich ist. Den erheblichen Kosten steht kein angemessener Nutzen gegenüber. Er erwartet, dass die Lärmschutzwand dort errichtet wird, wo sie den größtmöglichen Nutzen für die Anwohner hat und sie vor Straßen- und Schienenlärm schützt. Das Bundesverkehrsministerium sollte bei der Deutschen Bahn AG darauf hinwirken, dass die Lärmschutzwand zwischen der Bahnstrecke und den Wohnhäusern gebaut wird.

Beispiel 2: Die Straßenbauverwaltung des Freistaates Bayern plant im Auftrag des Bundesverkehrsministeriums die Ortsumgehung Garmisch-Partenkirchen. Sie wird westlich des Ortes durch einen 3,6 km langen Tunnel unter dem Kramertunnel entlang geführt. Der Kramertunnel soll aus einem einröhriigen Hauptstollen und einem befahrbaren Rettungs-

## Anforderungen an Kämmerer steigen

S-Finanzgruppe bietet Finanzierungslösungen für Kommunen

Viele Kommunen haben heute stark zu kämpfen. Sei es aufgrund von Abwanderung, Standortnachteilen oder finanziellen Belastungen insbesondere im sozialen Bereich. Hinzu kommen aktuelle investive Herausforderungen wie Energiewende, Breitbandausbau, Konversionsflächen oder Health Care-Einrichtungen. Die kommunale Politik steht daher zum Teil vor erheblichen Problemen, denn ihr Handlungsspielraum wird trotz -zumindest im Durchschnitt- steigender Einnahmen angesichts steigender Ausgaben weiter eingengt.

Darüber hinaus führt die Verschärfung der bankenaufsichtsrechtlichen Rahmenbedingungen, die Basel III-Regelungen, zu einem Rückzug mancher Kommunalkreditanbieter und damit zu einer Verteuerung der Kredite für Kommunen. Die Anforderungen der Politik an die Kämmerer wachsen, ebenso wie die Erwartungen der Bürgerinnen und Bürger an die Politik.

### Großer Finanzierungsbedarf

7 Bezirke, 71 Landkreise, 2056 Städte, Gemeinden, Märkte und 1433 Zweckverbände gibt es in Bayern. Hinzu kommen Anstalten des öffentlichen Rechts, mehrheitlich kommunale Unternehmen in privater Rechtsform. Nahezu überall liegt Finanzierungsbedarf vor; Straßen, Ampelanlagen oder Busse gehören genauso dazu wie kommunale Kliniken, Kindergärten und Schulen sowie der Ausbau der Energie- und Telekommunikationsinfrastruktur.

Für die BayernLB als öffentlich-rechtliches Kreditinstitut ist die Versorgung von Kommunen und kommunalen Unternehmen mit individuellen Finanzierungs- und Anlagelösungen eine zentrale Aufgabe; die Landesbank arbeitet dabei intensiv mit den bayerischen Sparkassen als Hausbanken der Kommunen zusammen.

Die bayerischen Sparkassen unterstützen Städte und Gemeinden aktiv bei der Standortentwicklung und bringen als umfassende Finanzdienstleister ihre Kompetenzen bei der wertorientierten Betreuung kommunaler Projekte ein. Wertorientierte Betreuung - das

bedeutet für die Hausbank und den Finanzierer der Kommunen seit langem weit mehr als nur Kommunalkreditgeschäft. Es bedeutet das Rundumangebot einer modernen komplementären Finanzierungs- und Dienstleistungspalette, stabil und verlässlich, und damit eine immer bedeutungsvollere Funktion der S-Finanzgruppe, bestehend aus BayernLB, BayernLabo, BayernGrund und insbesondere den bayerischen Sparkassen als Informationsplattformen und Netzwerkknoten für ihre Kommunalkunden und die heimische Wirtschaft.

### Kommunalkredite

Die BayernLabo als Kommunal- und Förderbank des Freistaats Bayern bietet in diesem Zusammenhang kommunale Förderkredite und Kommunalkredite für bayerische Kommunen an und vergibt pro Jahr Kredite in einem Volumen zwischen 700 und 800 Mio. Euro im Kommunalkreditgeschäft sowie rund 580 Mio. Euro Kredite an den Freistaat Bayern. Die kommunalen Förderprogramme der BayernLabo decken dabei Themen wie Daseinsvorsorge, Infrastruktur und Bildungseinrichtungen (Investkredit Kommunal Bayern), energetische Gebäudesanierung (Energiekredit Kommunal Bayern) sowie den Barriereabbau im öffentlichen Raum (Inklusionskredit Kommunal Bayern) ab.

Im Verbund kann die S-Finanzgruppe die Kommunen mit passenden Finanzierungsinstrumenten unterstützen. Die Leistungsfähigkeit des Verbundes wurde dabei mehrfach nachgewiesen. Beispiele sind neben den kommunalen



Intensive Fachgespräche auf der Kommunale in Nürnberg am Gemeinschaftsstand von BayernLB und Sparkassenverband Bayern sowie am Stand der BayernLabo.

Gemeinschaftsanleihe in Höhe von 100 Mio. Euro für die Städte Nürnberg und Würzburg im Mai 2013 auch die zahlreichen regionalen Geothermieprojekte in Oberbayern, die mit den örtlichen Sparkassen dargestellt wurden (Geothermie Unterhaching GmbH, AFK Geothermie GmbH und der GTU Geothermie Unterschleißheim AG).

### ÖPP-Projekte

Auch Immobiliendienstleistungen wie Beratung, Gebäudemanagement, Immobilienbewertung, sowie Flächen- und Standortentwicklung sind gefragt. Hierzu gehören beispielsweise Schulen. Jüngstes Beispiel ist eine Finanzierung des Förderzentrums Paul-Moor-Schule in Nürnberg im Rahmen einer Öffentlichen-Privaten Partnerschaft (ÖPP) für die Stadt Nürnberg. Die BayernLB begleitet seit 15 Jahren ÖPP-Projekte in Bayern und Deutschland und kooperiert dabei häufig mit den regionalen Sparkassen. Unterstützt und finanziert werden auf diese Weise neben Schulen auch Krankenhäuser, Pflegeheime, Verwaltungsgebäude oder Universitätseinrichtungen (HEWAG-Seniorenstiftung, PuVital Seniorenzentrum).

Oft nachgefragt ist die Analyse von Kreditportfolien mit Vorschlägen zur Risiko- und Zinsoptimierung; zahlreiche Kämmerer nutzen die Ergebnisse der „kommunalen Verschuldungsdiagnose“ und leiten entsprechende Maß-

Lernort Schullandheim:

## Start von „MINTENSIV“ für Realschulen

Im Rahmen der Initiative MINT<sup>21</sup> an Bayerischen Realschulen ist im Schuljahr 2013/14 das ESF-Projekt „MINTENSIV“ an insgesamt acht Schullandheim-Standorten in Nord- und Südbayern an den Start gegangen. Im Vordergrund steht das eigenständige Forschen und Experimentieren der Schülerinnen und Schüler.

Im Schullandheim Schauerhaus in Oberaudorf präsentierten die Realschüler ihre Robotikarbeiten, führten den Umgang mit Navigationsgeräten vor und zeigten ihre Programmierungen für die Legobausätze an modernsten Laptops. Neugierde und Begeisterung der Jugendlichen waren grenzenlos. Konrad Schmid, Realschüler in Vaterstetten brachte es auf den Punkt: „Beim Programmieren und Zusammenbauen der Techniksätze vergessen wir die Zeit. Wir könnten uns stundenlang damit beschäftigen.“

### Orientierung in einer komplexen Welt

Dr. Ingo Krüger, Geschäftsführender Vorstand der Bayerischen Sparkassenstiftung und bedeutender Förderer und Unterstützer von „MINTENSIV“, über-

raschte die Realschülerinnen und Realschüler als gelernter Biologe mit großem Fachwissen in den Naturwissenschaften und in der modernen Hirnforschung: „Neugierde und Entdeckerdrang helfen uns un-

sich ändernde Herausforderungen zu reagieren und unsere Welt zu verstehen. Ich kann mir für Bayerns Zukunft als High-tech-Standort nichts Wichtigeres vorstellen als möglichst viele junge Forscher, die Spaß am Nachfragen haben.“

Dem Bayerischen Staatsministerium für Bildung und Kultus, Wissenschaft und Kunst ist die naturwissenschaftliche Förderung aller Schülerinnen und Schüler ein großes Anliegen. Ministerialrat Rüdiger Wieber unterstrich die Bedeutung: „Mit dem Projekt „MINTENSIV“ ist eine weitere Maßnahme zur MINT-Bildung im Rahmen der Initiative MINT<sup>21</sup> großartig gelungen. Das Staatsministerium für Bildung und Kultus, Wissenschaft und Kunst setzt durch seine Mitwirkung an „MINTENSIV“ die nachhaltige Verankerung der MINT-Förderung im Realschulbereich konsequent fort.“

Ingrid Ritt, Vorsitzende der Realschulleitern in Bayern ist sich sicher: „Mit diesen Wochenkursen und den jeweiligen Themenschwerpunkten (Chemie, Energie, Mobilität, Navigation, Robotik, Technik, Wasser) zur intensiven MINT-Bildung unserer Schülerinnen und Schüler sind wir auf dem richtigen Weg. Die Rückmeldungen aus den Aufhalten bestätigen das eindeutig!“

### Jahresausblick 2014 der BayernLB:

## Konjunktur- und Finanzmarkt-Perspektiven

Wie die BayernLB in ihren „Konjunktur- und Finanzmarkt-Perspektiven“ darlegt, sollte sich die derzeit moderate Konjunkturbelebung sowohl in den aufstrebenden als auch in den Fortgeschrittenen Ländern fortsetzen. Für den Euro-Raum erwartet der Finanzdienstleister zum ersten Mal seit 2011 einen Zuwachs des Bruttoinlandsprodukts von knapp 1 %. „Auch wenn 2014 die Konsolidierungsmaßnahmen in den Peripherieländern und deren Bremswirkung auf die Konjunktur geringer ausfallen werden als in den Vorjahren, und die EZB durch ihr OMT-Programm die Krise deutlich entschärft hat, ist die Schulden- und Bankenkrise im Euro-Raum bei Weitem nicht gelöst“, teilt die BayernLB mit.

Im Jahr 2014 stünden mit dem Auslaufen der Hilfsprogramme in vier Ländern, der anstehenden Bilanzprüfung und dem Stresstest für Banken, ausstehender Entscheidungen zur Bankenunion und zur Finanztransaktionssteuer und dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts zum OMT wichtige Ereignisse an, die (zumindest kurzfristig) die Kapitalmärkte wieder in Krisenstimmung versetzen könnten. Hinzu komme, dass es durch die im Mai anstehenden Wahlen zum Europäischen Parlament zu weiteren Verzögerungen bei wichtigen Reformvorhaben auf europäischer Ebene kommen könnte.

„In den USA wird uns in den kommenden Monaten der politische Streit um die Haushaltspolitik und die Schuldenobergrenze wieder heimsuchen. Wir gehen davon aus, dass es erneut zähe Verhandlungen geben wird, es jedoch im Gegen-

satz zum Oktober nicht zu einem Government Shutdown kommen wird. Vielmehr werden sich die Parteien im Vorfeld der im Herbst 2014 anstehenden Kongresswahlen eher gewillt zeigen, Kompromisse auf Zeit einzugehen, die jedoch das Schuldenproblem der öffentlichen Hand in den USA nicht lösen. Wir erwarten, dass nach Beendigung des Haushaltsstreits, gestützt von soliden Konjunktur- und Arbeitsmarktdaten, die Fed unter Führung von Janet Yellen im März mit dem Tapering beginnen wird“, erklärt die BayernLB.

Während die Fed 2014 langsam den Fuß vom Gas nimmt, werde in Japan die Zentralbank BoJ ihr Asset-Kaufprogramm fortführen. Im Umfeld niedriger Wachstums- und Inflationsraten werde die EZB wohl den Hauptfinanzierungssatz auf 0,1 % senken, und mit neuen Langfristendern ihre Bi-

lanzsumme wieder ausweiten. „Sollte die Inflation unerwartet noch weiter zurückgehen und/oder die Krise erneut ausbrechen, könnte die EZB sogar den Einlagenzins unter Null senken. Das heißt, dass trotz des Tapering-Beginns der Fed im Jahr 2014 die großen Zentralbanken ihre ultralockere Geldpolitik fortsetzen.“

Was bedeutet dies für die Finanzmärkte? Die BayernLB erwartet, dass sich die liquiditätsgetriebene Rallye risikoreicherer Assetklassen im Jahr 2014 fortsetzt. Daher seien selbst im Euro-Raum, trotz der ungelösten Schulden- und Bankenkrise, die Ertragsaussichten für risikoreichere Anlagen am günstigsten. Doch auch in diesem extrem unterstützenden Liquiditätsumfeld könnten die politischen und konjunkturellen Stolpersteine zumindest kurzfristig zu (ausgeprägten) Kurskorrekturen führen. Zudem steige mit weiteren liquiditätsgetriebenen Kursgewinnen die Gefahr, dass schon die Erwartungen des Endes der ultralockeren Geldpolitik zu gravierenden Marktverwerfungen führen können. Auch für die Devisenmärkte sind die Zentralbankentscheidungen von großer Bedeutung und können kurzfristig zu starken Schwankungen führen. □



Zeit für Emotionen, für viele Wünsche und neue Pläne.



Bezaubernde Weihnachtswelt, Kerzenschein und Tannenduft, Gaumenfreuden und manch schöne Überraschung. Was Sie sich auch persönlich für die Advents- und Weihnachtszeit erhoffen: Wir wünschen Ihnen für diese besinnlichen Tage viel Freude! Und wenn Sie für die Zeit danach schon neue Ideen und Pläne haben, beraten wir Sie gerne. **Wenn's um Geld geht – Sparkasse.**

Landkreis Freyung-Grafenau:

## Zielgerichtete Wirtschaftsförderung

Ideen brauchen ein konstruktives Umfeld - „Netzwerkknoten“ Sparkasse

Im Landkreis Freyung-Grafenau sind die Weichen in Richtung Zukunft gestellt. Dafür zeichnen eine hoch motivierte und einsatzbereite Bevölkerung, qualifizierte Fach- und Führungskräfte sowie eine zielgerichtete Wirtschaftsförderung und ein aktives Regionalmanagement als wichtige Standortfaktoren verantwortlich.

Das war freilich nicht immer so: „Wenn man bedenkt, dass wir vor nicht einmal 30 Jahren noch Winterarbeitslosigkeiten von über 30 Prozent hatten und die gesamte Region stark von den Außenberufen abhängig war, ist es ein zu beobachtender, großer Fortschritt, dass sich die Region zu einer Technologieregion entwickelt“, betont Ralph Heinrich, zuständig für Wirtschaftsförderung, Tourismus und Regionalentwicklung am Landratsamt Freyung-Grafenau.

Industrie- und Großhandelsunternehmen sowie Tourismusbetriebe investierten in den vergangenen zehn Jahren insgesamt rund 300 Millionen Euro in die Wirtschaftsförderung. Insgesamt wurden rund 800 Arbeitsplätze neu geschaffen und über 7.000 gesichert. „Ohne dieses Förderprogramm stünde die Region nicht da, wo sie heute ist“, stellt Heinrich fest.

Förderberatungen, Netzwerktage, Betriebsbesuche, die Aktivitäten des Regionalmanagements und nicht zuletzt die Ansiedlung der drei Technologie Campi in Freyung, Spiegelau und Grafenau haben zu positiven Auswirkungen geführt. Für Heinrich eine klare Bestätigung, „dass die Region sich auf sich selbst heraus entwickelt und nicht auf fremde Hilfe wartet“.

Unübersehbar ist, wie hervorragend sich gerade die Kreisstadt Freyung nach der Ansiedlung des Technologie Campus entwickelt hat. Diese neue Außenstelle der

FH Deggendorf hatte den Effekt, dass dort Arbeitsplätze für Jungakademiker entstanden. Viele Unternehmen profitierten davon, „und vor allem hat dies einen großen Schub in der Eigenwahrnehmung der Stadt bewirkt“, konstatiert Bürgermeister Dr. Olaf Heinrich. Heute kann das Stadtoberhaupt auf 4.800 sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze bei einer Einwohnerzahl von 7.000 verweisen. Das ist der höchste Anteil an Arbeitsplätzen in der Stadtgeschichte. Zudem verzeichnet Freyung nach 15 Jahren das zweite Jahr in Folge Zuzüge und damit einen Nettowanderungsgewinn.

### Bildung und Wirtschaft

Für Wirtschaftsförderer Ralph Heinrich stellt die Verzahnung von Bildung und Wirtschaft eine der zentralen Herausforderungen dar. Schul- und Studienabgänger müssen verstärkt vor Ort gehalten werden. Besonderes Augenmerk gelte den Abwanderern – jener Zielgruppe also, die aus der Region stammt, momentan woanders studiert oder arbeitet und sich grundsätzlich vorstellen kann, wieder nach Hause zurückzukehren.

Dieses Bestreben wird umso nachvollziehbarer, betrachtet man sich den Ingenieuranteil an Gesamtbeschäftigten. Während dieser laut Regionalranking der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft und der Institute der Deutschen Wirtschaft Köln Consult

GmbH deutschlandweit bei 2,2 % liegt, sind es im Landkreis Freyung-Grafenau nur 0,7 %. Weitaus positiver stellt sich die Situation bei den Ausbildungsplätzen dar: Hier liegt der Landkreis auf Platz 25 von 96 betrachteten Gebieten innerhalb Bayerns und übertrifft zudem deutlich den bundesweiten Schnitt.

Verbesserungswürdig ist dagegen der Anteil jener Kinder unter sechs Jahren, die in KiTas betreut werden. Während dies bundesweit für 54,3 % gilt, sind es in Freyung-Grafenau nur 46,5 %. Dies bedeutet Rang 352 im Bundesvergleich und Platz 78 von 96 betrachteten Gebieten innerhalb Bayerns. Auch die Kaufkraft je Einwohner lässt zu wünschen übrig: Der bundesweite Mittelwert liegt bei 18.541 Euro, jener in Freyung-Grafenau bei 16.161 Euro. Der Landkreis bildet damit das Schlusslicht in den analysierten Regionen Bayerns.

### Innovationen begleiten

Innovationskräfte unterstützen und den Wachstumsmotor der Region stärken: Beides hat sich die Sparkasse Freyung-Grafenau auf ihre Fahnen geschrieben. Vor dem Hintergrund, dass die gemeindliche Steuerkraft im Vergleich zum Bund derzeit bei nur 63 Prozent liegt und der Ingenieuranteil sehr gering ist, sind Taten gefragt. Wie SPK-Vorstandsmitglied Stefan Prober erläutert, „hat das Begleiten von Innovationen sehr viel damit zu tun, Ideen zu akzeptieren“.

Aus eigener Erfahrung weiß er, dass es sich lohnt, „auch außergewöhnliche Ideen kritisch anzuhören und diese - wenn möglich - zu unterstützen“. Als Beispiel führt er den weltweit größten Baumwipfelpfad in Neuschönau an. 2009 eröffnet, habe diese Idee inzwischen Früchte getragen: 1,3 Mio. Besucher im Nationalpark Bayerischer Wald hätten allein das Baum-Ei besucht, das mit seinen 44 Metern im wahrsten Sinne des Wortes den Höhepunkt des Pfads bildet. Erst als verrückte Idee bezeichnet, handle es sich hier mittlerweile um ein deutschlandweites Erfolgsmodell. Sehr gut angenommen werde auch der Naturhochseilpark Schönberg, einer der

größten seiner Art in Deutschland, gelegen am Gipfel des 700 Meter hohen Kadernbergs. Insgesamt nimmt der Landkreis beim Gästeranking Platz 7 von 96 betrachteten Gebieten im Freistaat ein.

„Aus Sicht des Kreditgebers sind Leuchtturmprojekte zu fördern“, erklärt Prober. Die Strahlkraft einiger Projekte habe inzwischen mehrere Investoren bewogen, ebenso Geld in die Hand zu nehmen. Für die Sparkasse sei dies die beste Werbung.

Innovativen Charakter für die Region besäßen freilich auch die Energiesanierung des eigenen Sparkassengebäudes sowie die Unterstützung spezieller Projekte wie die Elektromobilität im Bayerischen Wald. Sponsoren seien hier die Bayerwald Sparkassen.

### Bürgerstiftung gegründet

Prober zufolge stellt die Sparkasse „eine Art Netzwerkknoten“ dar. Beispiel: Um Kapital in der Region zu halten und somit auch kommunale Aufgaben unterstützen zu können, wurde im Landkreis eine Bürgerstiftung gegründet. „Damit rannten wir bei den Kommunen offene Türen ein“, so der Vorstand: „Von 25 Landkreis-Kommunen konnten wir 16 dafür begeistern, eine eigene Stiftung ins Leben zu rufen.“ Jede Kommune wurde dabei mit 5.000 Euro Starthilfe gefördert.

Ideen brauchen Platz und ein konstruktives Umfeld. In beträchtlicher Höhe wurden Investitionen angestoßen und mit erheblichen Zuschüssen unterstützt. Damit konnte der Boden bereitet werden für zahlreiche Unternehmen wie die seit zehn Jahren in Freyung ansässige Thomas-Krenn.AG.

### Partner auf Augenhöhe

Von Anfang an hat Geschäftsführer Christoph Maier, stets aufmerksam begleitet von der örtlichen Sparkasse als Partner auf Augenhöhe, alle Weichen gestellt, um deutlich zu wachsen. Das Augenmerk des international agierenden Unternehmens mit mehr als 100 Mitarbeitern liegt auf der Servertechnologie. Konkret werden individuell konfigurierte Server über einen Online-Shop verkauft. Dabei lautet das Motto „Speed is (y)our success“ und das Erfolgsrezept heißt Geschwindigkeit. Innerhalb von 24 Stunden werden die angeforderten Server assembliert und europaweit ausgeliefert. Das Ergebnis: Der Name Thomas Krenn hat sich als ein Synonym für hochwertige Server und erstklassigen Service in ganz Europa durchgesetzt. DK

## Bayerische Sparkassenstiftung fördert Landesausstellung 2014

Mit 100.000 Euro fördern die Sparkasse Regensburg und die oberpfälzischen Sparkassen gemeinsam mit der Bayerischen Sparkassenstiftung neuartige Vermittlungsformen für kulturelle Inhalte. Mit dreidimensionalen Projektionen, die ohne Spezialbrille räumlich sichtbar sind, wird das interessierte Publikum anlässlich der Landesausstellung 2014 mit dem ersten Wittelsbacher auf dem Kaiserthron bekannt gemacht. Dieses System wird später Bestandteil des Museums der bayerischen Geschichte werden.

Geld ist zwar eine notwendige, keinesfalls aber eine hinreichende Bedingung für den Projekterfolg. Gerade deshalb engagiert sich die Bayerische Sparkassenstiftung weit über die Ausreichung von Projektmitteln hinaus für die Vorhaben ihrer Förderpartner. Dieses weitere reichende Engagement betrachtet sie als wesentlich für die Zukunft, den Zusammenhalt und die Lebensqualität in der Gesellschaft. Neben dem Fördern gehören deshalb das Vernetzen und Gestalten zu den wichtigen Aufgaben der Stiftung. Ihre Förderschwerpunkte finden sich in den Bereichen Umweltbildung, Telemedizin und innovative Museumspädagogik.

Zu den prominentesten Projekten des Jahres 2013 gehörte zweifellos die Bayerische Lan-

desausstellung „Main und Meer“. Nicht immer wartet die Bayerische Sparkassenstiftung darauf, dass ihr ein interessantes Projekt vorgestellt wird. Immer wieder unterbreitet sie kompetenten Förderpartnern eigene Vorschläge. Ein Beispiel hierfür ist die Smartphone-Applikation Mainlimes Mobil, die bei Aktivierung vor Ort auf die Reste der Bodendenkmäler des römischen Grenzwalls entlang des Mains hinweist und Informationen dazu liefert.

Diese innovative Form der Besucherführung erregte nicht nur großes Aufsehen auf der UNESCO Konferenz in Edinburgh 2011, sondern ist zugleich Grundlage für eine Weiterentwicklung, an der sich mittelfränkische Sparkassen finanziell beteiligt haben. □



Richard Fank, Vorstandsvorsitzender der Kreissparkasse Augsburg (links), gemeinsam mit Vorstand Georg Schneider von der VR-Bank Handels- und Gewerbebank.

Aystetten:

## Finanzdienstleister betreiben gemeinsame Geschäftsstelle

Augsburg/Aystetten – Die Kreissparkasse Augsburg und die VR-Bank Handels- und Gewerbebank weiten ihre Kooperation aus. Seit Ende November betreiben sie in Aystetten erstmals gemeinsam eine Geschäftsstelle. Ihre Zusammenarbeit beginnt die beiden regionalen Finanzdienstleister vor einem Jahr mit einer gemeinsamen Selbstbedienungsstelle in Westheim.

In Aystetten ist die Kreissparkasse in die bestehenden Geschäftsräume der VR-Bank Handels- und Gewerbebank in der Hauptstraße 41b umgezogen. Montags und freitags werden dort die Kunden der VR-Bank Handels- und Gewerbebank bedient, dienstags und donnerstags die Kunden der Kreissparkasse. Darüber hinaus stehen ein gemeinsamer Geldautomat zur kostenlosen Nutzung für Kunden beider Institute, sowie zwei Kontoauszugsdrucker zur Selbstbedienung zur Verfügung.

„Eine solche Kooperation unter Wettbewerbern wird bei Nachbarsparkassen bereits seit Jahren umgesetzt. Sie ermöglicht es uns, weiterhin vor Ort bei unseren Kunden zu bleiben, obwohl sich die Kundenströme verändern“, so Richard Fank, Vorstandsvorsitzender der Kreissparkasse. So verbinden viele Aystetter ihre Bankgeschäfte mit Besorgungen

im nahe gelegenen Schmutterpark in Neusäß, wo das Finanzinstitut eine Geschäftsstelle betreibt, die auch samstags gut ausgelastet ist.

„Die gemeinsame Nutzung der Geschäftsstelle funktioniert, bezogen auf das Farbenspiel und die Anwesenheit anderer Personen, wie die getrennten Spieltage der Münchner Fußballvereine in der Allianz-Arena“, zieht Vorstand Georg Schneider von der VR-Bank Handels- und Gewerbebank Parallelen zum gemeinsamen Auftritt und trägt die Veränderungsgedanken seines Vorstandskollegen von der Kreissparkasse mit. Auch die Aystetter Kunden der VR-Bank können Bankgeschäfte an allen Wochentagen in den nahe gelegenen Geschäftsstellen Neusäß und Täferting erledigen und selbstverständlich Termine auch außerhalb der Öffnungszeiten mit ihren Beratern vereinbaren. □

BayernLB:

## Dr. Riegler wird neuer Vorstandsvorsitzender

Der Aufsichtsrat der BayernLB hat in seiner jüngsten Sitzung Dr. Johannes-Jörg Riegler (49) mit Wirkung zum 1. April 2014 zum Vorstandsvorsitzenden der Bank berufen. Der derzeitige stellvertretende Vorstandsvorsitzende der NordLB folgt auf Gerd Häusler (62), der den Aufsichtsrat darüber informiert hat, sein Amt nach vier Jahren zum 31. März 2014 niederzulegen.

Des Weiteren hat der Aufsichtsrat Dr. Markus Wiegelmann (44) zum 1. Januar 2014 als Vorstand der BayernLB bestellt. Er soll die Aufgaben als Chief Financial Officer von Stephan Winkelmeier übernehmen, der ebenfalls zum 31. März 2014 aus der Bank ausscheiden wird. Stephan Winkelmeier wird noch gemeinsam mit Gerd Häusler den Jahresabschluss 2013 auf der Bilanzpressekonferenz am 26. März 2014 vorlegen.

Dr. Markus Söder, Bayerischer Finanzminister: „Dr. Johannes-Jörg Riegler gilt nicht nur als absoluter Experte für die Steuerung und das Risikomanagement einer Bank, sondern hat auch lange Jahre mit den Sparkassen erfolgreich zusammengearbeitet. Er hat langjährige Erfahrungen im Landesbankensektor und er hat bayerische Wurzeln - das empfiehlt ihn als idealen Nachfolger auf der Position des Vorstandsvorsitzenden. Gerd Häusler gilt der Dank der Bayerischen Staatsregierung: Ihm ist es erfolgreich gelungen, die Bank neu auszurichten, zu sanieren und nachhaltig zu stabilisieren.“

Dr. Riegler gehört seit 2005 dem Vorstand der NordLB an und ist dort seit Anfang 2013 stellvertretender Vorstandsvorsitzender. Er ist Chief Risk Officer der NordLB und für das Relationship Management im Sparkassenverbund-

geschäft verantwortlich. Der gebürtige Unterfranke arbeitete nach dem Studium der Rechtswissenschaften zunächst in Kanzleien in Deutschland und den USA. 1993



Dr. Johannes-Jörg Riegler. □

startete Dr. Riegler seine Karriere bei der Deutschen Bank, wo er in unterschiedlichen Funktionen zehn Jahre tätig war; zuletzt als Global Head des Telecom Portfolios. Berufsbegleitend absolvierte er seine juristische Dissertation, den Master of Business Administration sowie den Lehrgang zum Fachanwalt für Insolvenzrecht. 2003 wechselte Riegler als Chief Risk Officer zur Westfalenbank (HVB-Gruppe), bei der er ein Jahr später in den Vorstand berufen wurde. □



## Theo Zellner neuer Präsident des BRK

Rund 400 Delegierte wählten auf der 36. Landesversammlung des Bayerischen Roten Kreuzes in Altötting in geheimer Wahl den 64-jährigen Theo Zellner, Vorsitzender des Kreisverbandes Cham, mit überwältigender Mehrheit an die Spitze von Bayerns größter Hilfsorganisation. Zellner, der noch bis Ende April Präsident des Sparkassenverbandes Bayern ist, übernimmt das Amt von Christa Prinzessin von Thurn und Taxis, die nach zehn Jahren als Präsidentin des BRK nicht mehr zur Verfügung stand.

Auch 150 Jahre nach seiner Gründung ist das Ehrenamt im Bayerischen Roten Kreuz (BRK) eine der wichtigsten Grundlagen für die Arbeit des Verbandes. Hier sieht Zellner auch eine der größten Herausforderungen: „In den nächsten Jahrzehnten wird es darauf ankommen, dem demografischen Wandel zu begegnen und die junge Generation für ein bürgerschaftliches Engagement zu gewinnen.“ Als Wohlfahrtsverband ist das BRK Träger von 117 Seniorenheimen mit rund 12.000 Pflegeplätzen. Daher wird künftig die Pflegedürftigkeit immer mehr alter Menschen im Fokus stehen. Zellner: „Wir sehen, dass wir auf einen Pflegenotstand zusteuern, wenn es nicht gelingt, die notwendigen Pflegekräfte zu bekommen. Daher fordern wir eine Aufwertung der Pflegeberufe. Zugleich müssen die Arbeits- und Rahmenbedingungen für die Pflege verbessert werden.“

Als „weiteres drängendes Problem“ nannte Zellner die Aushöhlung des vom BRK verkörperten komplexen Hilfeleistungssystems mit seinen vielen ehrenamtlichen Kräften. Als ehemaliger Chamer Landrat verfolgt er hierzu die Entwicklungen mit großer Sorge. □

Kreissparkasse München Starnberg Ebersberg:

## Spenden für regionale Einrichtungen

Die Kreissparkasse München Starnberg Ebersberg hat 50.000 Euro an regionale Einrichtungen gespendet, die sich für die Förderung körperlich und geistig benachteiligter Menschen engagieren. Ein Teil der Spendensumme steht zur Verfügung, weil das Institut in diesem Jahr erneut auf Weihnachtskarten an seine Kunden verzichtet. Vorstandsvorsitzender Josef Bittscheidt empfing Vertreter der zehn Einrichtungen aus den Landkreisen München, Starnberg und Ebersberg sowie als Ehrengast Regionalbischöfin Susanne Breit-Keßler in der Münchner Hauptstelle.

„Nicht nur zur Weihnachtszeit, sondern das ganze Jahr über setzen Sie sich mit Ihrer wichtigen Arbeit dafür ein, dass andere Menschen weniger gehindert und behindert werden an der Teilnahme am Leben“, wandte sich Bittscheidt an die Gäste. Unter ihnen auch Vertreter der Lebenshilfen in München, Starnberg und Ebersberg, die Menschen mit geistiger Behinderung und ihren Familien bei der gleichberechtigten Teilhabe am gesellschaftlichen Leben unterstützen sowie mehrerer Werkstätten und Förderzentren, die Menschen mit Behinderung beschäftigen und ihnen vielseitige Entwicklungsmöglichkeiten bieten.

### Dem Gemeinwohl verpflichtet

Gleichzeitig gab der Vorstands-

Finanzminister Söder und Wirtschaftsministerin Aigner:

## Rund 420 Mio. Euro für mittelständische Unternehmen und Kommunen

Zinsverbilligte Darlehen in Höhe von rund 420 Millionen Euro für Mittelstand und Kommunen stehen bereit. Finanzminister Dr. Markus Söder und Wirtschaftsministerin Ilse Aigner haben die Gelder insbesondere für die Energie- und Breitbandförderung zur Verfügung gestellt. „Mit dem deutlich aufgestockten Infrakredit Breitband bieten wir eine wirkungsvolle Ergänzung zur staatlichen Zuschussförderung für den Ausbau von Hochgeschwindigkeitsnetzen“, so Staatsminister Söder.

Staatsministerin Aigner: „Mit den Krediten der LfA Förderbank Bayern schieben wir wichtige Investitionen an. So wurde etwa das Finanzierungsangebot für bayerische Unternehmen und Kommunen von uns deutlich verbessert. Dabei liegt uns besonders die Förderung Erneuerbarer Energien am Herzen. Mit dem verbesserten Finanzierungsangebot setzen wir Impulse, in mehr Energieeffizienz und den Einsatz Erneuerbarer Energien zu investieren.“

### Bestehende Programme sichern

Die notwendigen Mittel für die zinsverbilligten Darlehen werden aus der Gewinnabführung der LfA Förderbank Bayern bereitgestellt. Die rund 420 Millionen Euro zinsverbilligten Darlehen sichern die Fortführung bestehender Programme zur Kapitalversorgung des Mittelstandes, zur Förderung von Innovationen und des Breitbandausbaus sowie zur Verbesserung der Energieeffizienz.

### Breitbandförderung

Für die Bereiche Energie- und Breitbandförderung stehen dabei deutlich erhöhte Kontingente zur Verfügung. Die zinsverbilligten Darlehen werden insbesondere in folgenden Bereichen eingesetzt:

- 68 Millionen Euro für das Darlehensprogramm für Kommunen zur Förderung des Ausbaus der Breitbandinfrastruktur. Dieses wird zur Ergänzung des staatlichen Zuschussprogramms angeboten.
- 27 Millionen Euro zur Verstärkung der regionalen Förderprogramme für die gewerbliche Wirtschaft. Dabei werden insbesondere Investitionen geför-

vorsitzende zu: „Das Image der Kreditinstitute ist derzeit nicht das allerbeste. Deshalb freue ich mich, dass ich eine Sparkasse leiten darf, die dem Gemeinwohl verpflichtet ist. Unsere Gewinne dürfen – neben der Aufstockung unseres Eigenkapitals – ausschließlich für gemeinnützige Zwecke verwendet werden. So geben wir vieles an die Region zurück.“

### Inklusion Behinderter

Auch wenn das Engagement einzelner hoch ist: Dass die Gesellschaft bei der Inklusion Behinderter noch vor vielen ungelösten Fragen steht, verdeutlichte die Regionalbischöfin mit sehr persönlichen Worten: „Zwar sagt heute niemand mehr ‚Krüppel‘ oder ‚Invalide‘, aber Men-

schen mit Behinderungen werden oft nur auf ihre Schwächen reduziert. Männer, Frauen, Kinder sollen heute jung, schön, fit und erfolgreich sein. 90 Prozent aller Paare, die wissen, dass sie ein behindertes Kind erwarten, lassen abtreiben. Das tut weh!“

### Normal ist, verschieden zu sein

Es sei Zeit, sich von der Vorstellung eines „Defektes“ zu verabschieden, denn erst dies verursache soziale Behinderung. „Normal ist, dass wir verschieden sind. Jeder Mensch besitzt eine andere angeborene genetische Normalität, die ihm individuelle Möglichkeiten eröffnet“, legte Breit-Keßler, die 2005 in Anerkennung ihres sozialen und diakonischen Engagements das Bundesverdienstkreuz erhielt, dar.

### Individuelle Gaben einbringen

Inklusion bedeute, dass alle Menschen ihre individuellen Gaben einbringen dürften. „Wir müssen dafür aber die Rahmenbedingungen schaffen: Menschen mit Einschränkungen sind anders und ungewohnt. Wir müssen die Gesellschaft an sie herantführen“, appellierte die Regionalbischöfin. Man müsse auch die Architektur, die Technologie und vieles weitere ändern, damit ein echtes Miteinander möglich sei. Und auch die Angehörigen selbst bräuchten Beistand und die Möglichkeit, einmal Raum für sich selbst zu haben.

### Gemeinschaftliche Teilhabe

Die Botschaft der Regionalbischöfin: „Eine wahre Persönlichkeit erlangen auch wir erst dann, wenn wir uns selbst überschreiten und alle Menschen mit ihren Besonderheiten gemeinschaftlich teilhaben lassen. Dann profitieren auch wir von den besonderen Gaben, der Spontaneität und Herzenswärme, die diese Menschen zu geben haben.“ □



Freuen sich über die Spende der Kreissparkasse: Vertreter der zehn Einrichtungen aus den Landkreisen München, Starnberg und Ebersberg mit Josef Bittscheidt (links vom Spendenscheck) und Regionalbischöfin Susanne Breit-Keßler (rechts daneben). □

## Die Brüder Grimm zu Besuch bei der Stadtparkasse Augsburg

„Schneewittchen“, „Dornröschen“, „Der gestiefelte Kater“ oder „Aschenputtel“ heißen nur einige der Klassiker, mit denen die Brüder Jacob und Wilhelm Grimm Weltruhm erlangten. Vor rund 200 Jahren erschien ihre Sammlung der „Kinder- und Hausmärchen“; sie stellt bis heute die Märchensammlung der Weltliteratur dar.

Gerade an langen Winterabenden ziehen Märchen und Geschichten zum Winter und zu Weihnachten als Gute-Nacht-Geschichten in die Kinderzimmer ein. Da lag es nahe, die traditionelle Weihnachtsausstellung der Stadtparkasse Augsburg in diesem Jahr den Brüdern Grimm zu widmen.

### Erinnerung an Kindheitstage

Zur Eröffnung der Ausstellung „Wo das Wünschen noch geholfen hat... - 200 Jahre Kinder- und Hausmärchen der Brüder Grimm“ durfte Vorstandsvorsitzender Rolf Sattelmeyer zahlreiche Gäste empfangen, die sich auf einen Abend freuten, der einen in die Kindheit zurückträumen ließ.

Begrüßt wurden die Gäste mit weihnachtlichen Klängen von dem Drehorgelduo Erna und Bertl Balogh. Nach der Begrüßung durch Rolf Sattelmeyer begeister-

te Dr. Bernhard Lauer, Leiter des Brüder Grimm Museums Kassel und Autor zahlreicher Publikationen, die Zuhörer mit einem profunden und mitreißenden Vortrag über die berühmten Brüder.

### Große Geistespersönlichkeiten

Weniger bekannt als die Märchensammler Grimm sind Jacob und Wilhelm nämlich als Sprach- und Literaturwissenschaftler. Beide zählten zu den großen Geistespersönlichkeiten der deutschen und europäischen Kulturgeschichte. Auch auf den Gebieten der Rechts-, Geschichts- und Mythentkunde waren die Brüder Experten. Als politisch handelnde Gelehrte haben sie überdies einen wichtigen Beitrag zur Herausbildung eines deutschen Nationalbewusstseins im 19. Jahrhundert geleistet.

Die Ausstellung der Brüder Grimm-Gesellschaft in der Stadt-

sparkasse beleuchtet anhand von zahlreichen historischen Dokumenten und anschaulichen Bildmaterialien das Leben und Wirken der Märchensammler und Sprachforscher. Im Mittelpunkt stehen die Kinder- und Hausmärchen, deren Überlieferungs- und Wirkungsgeschichte breit dargestellt werden. Spezielle Rauminstallationen zu den Märchen „Schneewittchen“, „Dornröschen“ und „Aschenputtel“ ermöglichen den Besuchern eine lebendige Erfahrung mit der phantastischen Märchenwelt der Brüder Grimm.

Was am Rande der Ausstellung noch herauskam und bis dato kaum bekannt war: Einer der Brüder, Jacob, hielt sich sogar einmal in Augsburg auf: er übernachtete im Juli 1815 zusammen mit dem kurhessischen Gesandten Graf Keller auf der Rückreise vom Wiener Kongress, an dem er in der Funktion eines Legationssekretärs teilnahm, im Hotel Drei Mohren.

Zu sehen sind Dornröschen, Aschenputtel und Co. während der Öffnungszeiten der Stadtparkasse Augsburg in der Kundenhalle noch bis 3. Januar 2014. □

## Netze für neue Energien.

Der Anteil der regenerativ erzeugten Energie im Netz des Bayernwerks liegt bei nahezu 50 Prozent. Bis heute haben wir über 230.000 Photovoltaikanlagen in unser Netz integriert. Damit betreiben wir eines der ökologischsten Netze in Deutschland.

www.bayernwerk.de

bayernwerk



Innenminister Herrmann:

## Maßnahmenkonzept für mehr Datenschutz

Das Bayerische Kabinett hat das Thema Datensicherheit in Anwesenheit des Bayerischen Landesbeauftragten für den Datenschutz Dr. Thomas Petri intensiv erörtert. Innenminister Joachim Herrmann legte hierzu ein 13 Punkte umfassendes 'Maßnahmenkonzept für Freiheit, Verantwortung und Vertrauen in einer vernetzten Welt' vor.

Kernelemente sind ein internationaler Datenschutzkodex der Nachrichtendienste, eine zügige Umsetzung der EU-Datenschutzreform und Datenschutz in internationalen Vereinbarungen, eine sichere IT-Infrastruktur sowie Aufklärung und Datenschutzbildung. „Unser Ziel ist ein sicheres Internet und eine sichere globale Kommunikation“, so Herrmann. „Die digitale Entwicklung muss von einem nachhaltigen Sicherheitskonzept für mehr Datenschutz flankiert werden. Denn die Bürgerinnen und Bürger müssen auch in einer vernetzten Welt auf den Schutz ihrer Daten vertrauen können.“

Zur Verwirklichung dieses Ziels sei ein umfassender Ansatz notwendig, der Maßnahmen auf internationaler, europäischer und nationaler Ebene umfasst. Herrmann: „Bayern ist keine isolierte Insel in der globalen Telekommunikation und im Worldwideweb. Für den Schutz bayerischer Bürgerinnen und Bürger müssen wir deshalb konsequent unsere Mitwirkungsmöglichkeiten auf internationaler, europäischer und nationaler Ebene nutzen, um Schutzstandards für Bürger und Unternehmen mitzugestalten.“

Auf internationaler Ebene müsse nach einer gründlichen Aufklärung und Analyse der bisherigen Überwachungsmaßnahmen ein internationaler Datenschutzkodex der Nachrichtendienste vereinbart werden. Der Innenminister: „Eckpunkt eines solchen Kodex muss zunächst der Verzicht auf das Ausspionieren befreundeter Staaten und auf Wirtschaftsspionage sein. Auch darf es keine anlasslose und allumfassende Überwachung durch die Nachrichtendienste geben. Der Schutz des Kernbereichs der privaten Lebensgestaltung muss

in jedem Fall sichergestellt sein.“

Auf EU-Ebene mahnte Innenminister Herrmann eine europäische Gesamtstrategie an. Die Vorschläge zur EU-Datenschutzreform sollten dabei um eine Sicherheitsstrategie zum Schutz der europäischen Telekommunikationsnetze und ein 'Datenschutz-Junktim' bei internationalen E-Kooperationen ergänzt werden. Bei der EU-Datenschutzreform sei darauf zu achten, dass das hohe nationale Datenschutzniveau nicht ausgehöhlt wird. Die Europäische Union müsse daneben Vereinbarungen mit Drittstaaten dazu nutzen, den Datenschutz im internationalen Verkehr weiter auszubauen.

### Internationale Ebene

„Jegliche künftige Kooperation mit Drittstaaten muss auch einen ausreichenden Datenschutz verankern. Dies gilt vor allem, wenn eine Freihandelszone angestrebt wird“, so der Innenminister. Auch in bestehenden Abkommen wie zum Beispiel dem sogenannten SWIFT-Abkommen oder dem Abkommen über den Austausch von Fluggastdaten müsse der Datenschutz überprüft, fortentwickelt und gegebenenfalls nachgebessert werden.

Auf nationaler Ebene sei es schließlich erforderlich, die von Bund und Ländern entwickelten Cybersicherheitsstrategien fortzuentwickeln. Die wesentlichen Inhalte der bayerischen Cybersicherheitsstrategie müssen auch bundesweit aufgegriffen werden. Wie in Bayern mit dem Cyber-Allianz-Zentrum beim Landesamt für Verfassungsschutz sollen transparente Strukturen mit klarem Auftrag geschaffen werden, die Bürger und Unternehmen schnell zu kompe-

tenen Ansprechpartnern führen. Gemeinsam mit der Wirtschaft und der bayerischen Wissenschaft sollen Kompetenzen und Erfahrungen bei der Bekämpfung von Cybergefahren gebündelt werden. Herrmann: „Die Errichtung und Förderung eines Leuchtturms für IT-Sicherheit bei der Fraunhofer-Einrichtung für angewandte und integrierte Sicherheit spielt für die Cybersicherheit in Bayern eine herausragende Rolle.“

Ein weiterer Schwerpunkt müsse vor allem auf sichere IT-Infrastrukturen gelegt werden, damit Staat und Kommunen ebenso wie Unternehmen und Bürger das Netz gefahrlos nutzen können. Innenminister Herrmann: „IT-Sicherheit muss so selbstverständlich werden wie der Anschnallgurt im Auto. Staat und Unternehmen müssen bei der Entwicklung und Aufklärungsarbeit zusammenwirken und mit Orientierungshilfen wie zum Beispiel Zertifizierungen sichere IT-Produkte fördern.“



Regel Besucherandrang in der begleitenden Konferenz. □

### Communication World in München:

## Marktposition als wichtiger Branchentreffpunkt bestätigt

Bestnoten für Open Conference  
70 Prozent Entscheidungsträger unter den Besuchern

Mit 1.600 Teilnehmern an Messe, Konferenz und Rahmenprogramm sowie 84 Ausstellern ist die Communication World 2013 zu Ende gegangen. Über 60 Sprecher und Referenten präsentierten Trends und Neuheiten der mobilen IT in der begleitenden Konferenz. Das Konzept der Open Conference bewerteten 96 Prozent der Besucher mit „ausgezeichnet bis gut“. Damit behauptet die Communication World ihre Marktposition und bestätigt gleichzeitig die wachsende Bedeutung des Themas „Mobility“ – quer durch alle Branchen.

In ihrem dritten Jahr hat sich die Communication World auf dem Markt der mobilen IT etabliert, wie Catharina van Delden, CEO innosabi und Präsidiumsmitglied BITKOM, erläutert: „Die Communication World ist ein wichtiger Pfeiler zum Austausch innerhalb der Branche. Sie stellt Themen über die aktuell intensiv diskutiert wird, wie Mobile Security, Enterprise Mobility und Mobile Business, in den Mittelpunkt.“

### Optimale Plattform

Dr. Reinhard Pfeiffer, Geschäftsführer Messe München International, betonte den hohen Stellenwert mobiler Technologien: „Dem Großteil der Unternehmen wird bewusst, dass sie sich der mobilen Entwicklung nicht mehr entziehen können und dürfen. Sowohl diesen Firmen als auch Anbietern mobiler Anwendungen und Lösungen bietet die Communication World die optimale Plattform, um sich zu informieren und auszutauschen.“

Neben den Leitthemen Mobile Technology, Mobile Enterprise und Mobile Business legte die Communication World 2013 einen Schwerpunkt auf die Bereiche

Bei der IT-Sicherheit komme dem Staat eine Vorbildrolle zu. Daher müssten die Netze von Bund, Ländern und Kommunen ebenso wie die genutzten Kommunikationsmittel fortlaufend an den Stand der Technik angepasst und in sensiblen Bereichen besonders sichere Kommunikationstechnologien eingesetzt werden. Herrmann: „Die Sicherheit muss zudem künftig ein maßgebliches Kriterium bei der Vergabeentscheidung für IT-Produkte sein.“

Schließlich müsse ein Schwerpunkt auch bei der Aufklärung und der Datenschutzbildung gesetzt werden. Der Zugang zu den bereits bestehenden Aufklärungsangeboten müsse durch eine gemeinsame Datenschutz-Plattform von Bund und Ländern erleichtert werden. Die Förderung der Medienkompetenz von Kindern und Jugendlichen sei dabei von besonderer Bedeutung.

Dazu sollen Angebote wie etwa das Netzwerk der Medienpädagogischen Informations-technischen Beratungslehrkräfte (MiB), der 'Medienführerschein Bayern', das Referentennetzwerk der Stiftung Medienpädagogik sowie das Projekt 'Prävention im Team' (PIT) stärker auf das Thema (Selbst-)Datenschutz ausgerichtet werden. □



Landrat Roland Schwing (sitzend) hat das Geodateninformationssystem für den Landkreis Miltenberg freigeschaltet. Die Vorbereiten dazu hatten Stefan Walter (stehend links, E-Government-Verantwortlicher am Landratsamt) und Wolfgang Reindl (Leiter des Vermessungsamts Aschaffenburg) geleistet. □

### Landratsamt Miltenberg:

## Digitale Bauleitpläne erleichtern Behörden die Arbeit

Mit einem Mausklick hat Landrat Roland Schwing im Miltenberger Landratsamt die Bauleitpläne aus dem Landkreis Miltenberg für das Projekt „Bauleitplanung Bayern“ der Bayerischen Vermessungsverwaltung freigegeben.

Die Internetseite der Vermessungsverwaltung bietet Bürgern und Kommunen ab sofort die Möglichkeit, per Internet unter [www.bauleitplanung.bayern.de](http://www.bauleitplanung.bayern.de) auf die digitalisierten Bauleitpläne zuzugreifen. Langfristig plant der Landkreis auf der Ebene von Fachdaten ein gemeinsames Geodateninformationssystem (GIS) mit den Kommunen aufzubauen. Zudem sollen weitere digitale Karten für Bürger und Wirtschaft über das Internet bereitgestellt werden.

### Wichtiges Geodatenystem

Mit dem Informationssystem, das auf Vorarbeiten des Arbeitskreises Kommunales Behördennetz im Landkreis Miltenberg basiert, soll die Zusammenarbeit zwischen Landkreis, Gemeinden und Vermessungsverwaltung im Bereich der Geodaten verbessert werden. Dass dieses Geodaten-system für sie wichtig ist und die Arbeit erleichtert, haben die Gemeinden schnell erkannt – schließlich spielt bei bis zu 80 Prozent aller kommunalen Verwaltungshandlungen der geographische Raumbezug eine entscheidende Rolle. Deshalb ist es umso wichtiger, dass aktuelles und vollständiges Kartenmaterial vorliegt.

Da auch das Landratsamt regelmäßig Fachdaten von den Gemeinden benötigt und umgekehrt die Gemeinden über die Landkreisverwaltung überregionale Fachdaten bekommen, ist ein Geodateninformationssystem für alle Seiten von Vorteil.

Mittlerweile, erklärte Projektleiter Stefan Walter (Landratsamt), seien die Bebauungspläne nahezu aller Kommunen innerhalb des Kommunalen Behördennetzes digitalisiert. Die Stadt Klingenberg und die Gemeinde Eichenbühl, deren Daten noch in Teilbereichen fehlen, haben die Digitalisierung bereits zugesagt, so dass Anfang 2014 alle Bebauungspläne bereitstehen werden. Als nächster Schritt werde die Digitalisierung der Flächennutzungspläne und der Satzungen aus dem Baubereich folgen.

Unterstützt wird das Vorhaben vom Vermessungsamt in Aschaffenburg, dessen Leiter Wolfgang Reindl die Wichtigkeit des Projekts darlegte. Die bayerische Ver-

messungsverwaltung habe bereits 2009 den Auftrag bekommen, die Bauleitplanung im Internet voranzutreiben. Ziel sei es, alle rechtskräftigen Bauleitpläne in standardisierter Form den Gemeinden, Behörden und Bürgern im Internet bereit zu stellen. Dass der Landkreis Miltenberg in seinem Gebiet die Koordinierung übernehme, freute Reindl, der darauf hinwies, dass die Bereitstellung der digitalen Daten auf freiwilliger Basis geschehe.

Reindl zeigte an einem Beispiel, welche Möglichkeiten ein GIS bietet. Einen richtigen Mehrwert werde es geben, wenn das System mit weiteren Daten verknüpft wird – etwa mit der Darstellung von Gewerbegebieten, Breitbandausbau und allgemeiner Infrastruktur. Mit mehreren Mausklicks führte Reindl vor, wie einfach man in einen Plan die Umgebungsbebauung in 3-D-Form, denkmalgeschützte Bereiche, Naturschutzgebiete und Überschwemmungsgebiete einblenden kann.

### Datenpflege

„In maximal zehn Minuten können Sie einschätzen, ob ein Gebiet als Baugebiet geeignet ist oder nicht“, versicherte der Leiter des Vermessungsamts den zahlreichen Bürgermeistern und Verwaltungsmitarbeitern, die in das Landratsamt gekommen waren. „Die Bauleitplanung kann aber nur der Anfang sein“, zeigte er sich überzeugt. Zudem wies Reindl darauf hin, dass die EU verlange, ihr in den nächsten Jahren Schritt für Schritt alle digitalisierten Daten zu übermitteln.

„Die Daten müssen allerdings nicht nur gemeldet, sondern auch gepflegt und aktualisiert werden“, stellte Landrat Roland Schwing klar. Stefan Walter ergänzte, dass sogar Gemeinden, die sich nicht am Kommunalen Behördennetz beteiligen, ihre Daten übermitteln hätten. „Das zeigt, dass wir am richtigen Thema dran sind“, meinte der E-Government-Verantwortliche des Landratsamts. In einem nächsten Schritt solle man mittels einer Studie überprüfen, welche Form der Zusammenarbeit optimal für den Landkreis sei, riet Walter. □

## 450 Jahre Vermessung in Bayern

Mit seiner „Großen Karte von Baiern“ machte Philipp Apian 1563 das Herzogtum Bayern zum bestvermessenen Land der damals bekannten Welt. Bayern war Vorreiter der europäischen Kartographie.

„Auch für einen modernen Staat sind Karten heute eine wichtige, nicht mehr wegzudenkende Grundlage. Sie helfen in Notfällen den Unglücksort schnell zu finden, sind wichtige Grundlage bei Planungen und geben Rechtssicherheit bei Eigentumsverhältnissen an Grundstücken und Gebäuden“, stellte Finanzstaatssekretär Johannes Hintersberger bei der Eröffnung der Ausstellung „Die Vermessung Bayerns - 450 Jahre Philipp Apians Große Karte“ in der Bayerischen Staatsbibliothek in München fest. Die Ausstellung kann noch bis 16. Februar 2014 bei freiem Eintritt besucht werden.

„Apians Karte ist nicht nur ein kulturhistorisches Gut und ein Meisterstück der Kartografie, sondern auch ein Kunstwerk, dessen genaueres Studieren Freude bereitet“, so Hintersberger. Sie gilt als Wegweiser für die moderne Kartographie und kann so als Grundstein für die spätere Bayerische Vermessungsverwaltung bezeichnet werden. Diese gilt heute als High-Tech-Verwaltung.

Seit mehr als 50 Jahren arbeiten die Vermesser mit digitalen Daten und sind Experten im Umgang mit enormen digitalen Datenmengen. Dies zeigt sich auch beim Online-Angebot der Vermessungsverwal-

tung. Der BayernAtlas etwa stellt die über 70.000 Quadratkilometer Bayerns in vier Dimensionen - also in Raum und Zeit (historische Karten) kostenfrei im Internet dar: rund 1000 Landkarten mit 500.000 Kilometern an Straßen und Wegen, fünf Millionen Megabyte an Luftbildern, 25.000 Karten aus zwei Jahrhunderten und alle acht Millionen Gebäude Bayerns in 3D sowie mehr als 100 frei zugängliche Karten von Fachbehörden. Auch Apians „Große Karte von Baiern“ wurde pünktlich zum Beginn der Ausstellung in den BayernAtlas integriert.

Die IT-Kompetenz der Vermessungsverwaltung werde, so Hintersberger, in Zukunft noch stärker gefragt sein bei der Digitalisierung und beim Breitbandausbau - der Erschließung Bayerns mit schnellem Internet. Neben dem Breitbandausbau habe der Staat auch das Ziel, transparent zu sein und eigene Daten für den Bürger über Internet zugänglich zu machen. Selbstverständlich unter Beachtung des Datenschutzes. Viele Informationen, die bayerischen Behörden vorliegen, entfalten ihre Aussagekraft erst in Verbindung mit einer Karte, zum Beispiel die Abgrenzung von Naturschutzgebieten. □

Mobile Learning und Mobile Education, Mobile Government sowie Intelligent Urbanization.

### Intelligent Urbanization

In der Mobile Education Area zeigten Unternehmen wie 73Networks, CoTec, oder Schwarz Computersysteme mobile Anwendungen für den Schulunterricht sowie die berufliche Weiterbildung. Einen umfangreichen Überblick zum Themenbereich Intelligent Urbanization bot die „Digital City“ des internationalen Distributors Ingram Micro. Dort präsentierten unter anderem Hewlett Packard, Intel, Microsoft und Nokia neben Angeboten zu Mobile Education und Learning auch Services und Lösungen aus den Bereichen Mobility, Healthcare, Cloud sowie Unified Communications.

### Hervorragende Bewertung

82 Prozent der Besucher bewerteten die Veranstaltung mit „ausgezeichnet bis gut“, so das Ergebnis der Umfrage des unabhängigen GMM Gelzhus Marktforschungsinstituts. Gleichzeitig verfügten 70 Prozent der Besucher über Entscheidungskompe-

tenzen innerhalb ihrer Unternehmen. Das Hauptinteresse lag auf Applikationen, mobilen Endgeräten und Mobile Enterprise.

Hierzu fanden Besucher Vorträge und Diskussionsrunden in der begleitenden Konferenz, die in diesem Jahr erstmals vollständig in die Ausstellung integriert war. Zu den Fokusthemen zählten Mobile Technology, Business Ap-

plications, Mobile Strategien sowie Mobile Projekte und Mobile Government.

Insgesamt fanden an beiden Tagen über 60 Vorträge und Diskussionsrunden statt. Darüber hinaus rundeten Workshops zum Ausbau des Breitbandnetzes sowie Mobile Government und Mobiles Lernen das Rahmenprogramm ab. □

eGovernment MONITOR 2013:

## Steigende Ansprüche an Online-Services der Verwaltung

In Deutschland nutzen 2013 lediglich 36 Prozent der Onliner ab 18 Jahren E-Government-Dienste. Wie aus dem eGovernment MONITOR 2013 hervorgeht, sind dies gegenüber dem Vorjahr 2012 neun Prozentpunkte weniger. Nur 17 Prozent der Nutzer sind aktuell „äußerst zufrieden“ mit dem Online-Angebot ihrer Stadt – ein deutlicher Rückgang um 15 Prozentpunkte. Eine Ausnahme bildet die elektronische Steuererklärung (ELSTER): Sie erfährt im Gegensatz zum allgemeinen Trend ein leichtes Plus von zwei Prozentpunkten auf 35 Prozent.

Der eGovernment MONITOR 2013 untersucht im vierten Jahr in Folge die Nutzung und die Akzeptanz elektronischer Bürgerdienste im internationalen Vergleich. Für Deutschland zeigt er – verglichen mit den Vorjahren – einen weiteren Trendbruch: Dort befürchten aktuell 61 Prozent der Befragten den Diebstahl ihrer Daten – ein Plus von 57 Prozentpunkten.

### Datensicherheit im Fokus

Mangelnde Sicherheit bei der Datenübertragung ängstigt in Deutschland 67 Prozent. Nutzerinnen und Nutzer von E-Government-Services legen großen Wert auf zuverlässige Systeme, Schutz und Sicherheit ihrer Daten, einfach zu bedienende Online-Plattformen sowie ein vollständiges Informationsangebot. Mobile Government konnte sich bislang bundesweit nicht durchsetzen. Die Zahl der Nutzer liegt bei gerade einmal fünf Prozent.

Im Vergleich zu den Vorjahreswerten konnten die bestehenden

Nutzungsbarrieren nicht weiter abgebaut werden. Vor allem mangelnde Durchgängigkeit und undurchschaubare Strukturen beim internationalen Vergleich. Für Deutschland zeigt er – verglichen mit den Vorjahren – einen weiteren Trendbruch: Dort befürchten aktuell 61 Prozent der Befragten den Diebstahl ihrer Daten – ein Plus von 57 Prozentpunkten.

### Zentrale Anforderungen

Die Zuverlässigkeit der Systeme ist unter den drei wichtigsten Anforderungen bei der Nutzung von E-Government-Angeboten zu finden. In Deutschland ist dieser Aspekt mit 86 Prozent ebenso wichtig wie die Kriterien Datenschutz und Datensicherheit sowie eine einfache Bedienbarkeit.

64 Prozent kritisieren, dass die Services nicht vollständig über das Internet abgewickelt werden können. Im Jahr 2012 lagen die Werte deutlich niedriger: 51 Prozent der Deutschen gaben damals an, dass mangelnde Durchgängigkeit für sie gegen eine intensivere Nutzung von Online-Behördendiensten spricht. Ein ähnliches Bild zeigt sich hinsichtlich des Aufbaus und der Navigation der Online-Angebote. So empfindet mehr als die Hälfte der Befragten die Undurchschaubarkeit der Strukturen als Nutzungsbarriere.

### Neuer Personalausweis

Im Jahr 2013 nutzen 27 Prozent aller in Deutschland Befragten den neuen Personalausweis mit Online-Ausweisfunktion. Bislang besitzen nur zehn Prozent aller deutschen Onliner ein De-Mail-Konto, zwölf Prozent planen dessen Einrichtung. Knapp die Hälfte der Befragten, nämlich 46 Prozent, lehnt hingegen die Nutzung von De-Mail ab. 30 Prozent geben an, De-Mail nicht zu kennen.

Die elektronische Steuererklärung ist in Deutschland mit 58 Prozent über der Hälfte der Online-Bevölkerung bekannt. Die Nutzung dieses Angebots hat entgegen dem negativen Gesamttrend nicht abgenommen, doch liegt sie lediglich bei rund einem Drittel der Onliner. Geplante Erweiterungen dieses Services wie die „Vorausgefüllte Steuererklärung“ bewerten 73 Prozent der Befragten in Deutschland positiv.

### Geringe Information

Insgesamt wenig informiert über Open Government zeigt sich die deutsche Online-Bevölkerung: Nur 41 Prozent kennen eines der angeführten Angebote. Trotz einer mäßigen Nutzung von Open Government-Diensten sehen die Befragten darin verschiedene Vorteile. Der größte Pluspunkt besteht für rund zwei Drittel der Online-Bevölkerung darin, dass eine öffentliche Diskussion als Frühwarnsystem für die Politik dienen kann.

Smartphone, Tablet & Co kommen zunehmend zum Einsatz, um Behördengänge unabhängig von Zeit und Ort zu erledigen. Für 48 Prozent der in Deutschland Be-

fragten sind mobile Endgeräte in diesem Zusammenhang „äußerst wichtig“ (27 Prozent) oder „wichtig“ (21 Prozent). 21 Prozent beurteilen die zukünftige Bedeutung mobiler Endgeräte als „unwichtig“ (5 Prozent) oder „äußerst unwichtig“ (16 Prozent). Auffällig ist die hohe Prozentzahl derjenigen, die Mobile Government ablehnen. In Deutschland geben 61 Prozent an, zukünftig keine mobilen Online-Behördendienste nutzen zu wollen. Im Jahr 2012 lehnten lediglich 39 Prozent die Nutzung von Mobile Government ab.

### Untersuchung der Akzeptanz

Der eGovernment MONITOR untersucht die Akzeptanz elektronischer Bürgerdienste sowie von Open Government und Mobile Government. Auf Basis der Ergebnisse können Politik und Verwaltung gezielt Maßnahmen für die Weiterentwicklung von elektronischen Bürgerdiensten ableiten und in ihrer Wirksamkeit überprüfen. Der eGovernment MONITOR 2013 ist eine Studie von Initiative D21 und ipima – institute for public information management, durchgeführt von TNS Infratest. Die diesjährige Studie haben u. a. die Beauftragte der Bundesregierung für Informationstechnik, das Bayerische Staatsministerium der Finanzen, für Landesentwicklung und Heimat, die Innovationsstiftung Bayerische Kommune, der Deutsche Landkreistag und der Deutsche Städte- und Gemeindebund ermöglicht.

### Eine Frage des Vertrauens

Vertreter der Initiative D21 und des Institute for Public Information Management - ipima - stellten die neue Studie gemeinsam mit der Bundesbeauftragten für Informationstechnik, Staatssekretärin Cornelia Rogall-Grothe, in Berlin der Öffentlichkeit vor. „Um das Vertrauen der Nutzer in staatlich angebotene Online-Dienste zu erhalten und gegebenenfalls verlorenes Vertrauen wieder zurückzugewinnen, müssen wir die Maßnahmen zu Cyber-Sicherheit und Datenschutz im E-Government erheblich stärken. Darüber hinaus werden sich die E-Government-Angebote zunehmend auf die neuen Erwartungen der Nutzer einstellen müssen. Vor dem Hintergrund der gänzlich anderen Finanzierungssituation gegenüber den privaten Angeboten müssen wir erörtern, wie wir mit diesen Nutzererwartungen umgehen“, hob Rogall-Grothe hervor. **DK**

EDV Ermtraud GmbH:

## Innovative Webservices

Der neue Berliner Hauptstadtflughafen schreibt oftmals negative Schlagzeilen. Ungeachtet davon profitieren die Umlandgemeinden als starker Wirtschaftsstandort. Auf kommunaler Ebene im direkten Flughafenumfeld finden innovative Webservices daher guten Anklang.

So ermöglicht die Gemeinde Schönefeld Gewerbetreibenden seit Dezember 2012 die elektronische An-, Um- und Abmeldung via Internet. Gelebtes eGovernment, bereits über 100-fach genutzt. Die Umsetzung erfolgte mit GEVE 4-Online, einer Ergänzung zum vorhandenen Gewerberegisterverfahren der EDV Ermtraud GmbH.

Sowohl Bürger als auch Verwaltung ziehen Nutzen aus dem Online-Service: Die volle Integration in die Internetpräsenz und die schrittweise Führung durch die elektronischen Formulare machen es dem Benutzer leicht, den Verwaltungsgang am eigenen PC im Internetbrowser zu tätigen.

Das Gewerbeamt verkürzt den Erfassungsaufwand anstel-

le des üblichen Beratungsgesprächs auf die schnelle Prüfung der vollständigen Meldung und die Freigabe per Mausclick am Sachbearbeiter-Bildschirm.

Frau Flöricke vom Dezernat I der Gemeinde Schönefeld resümiert: „Die Gewerbemeldung kann nun jederzeit erfolgen und wird effektiv beschleunigt“.

Ein weiterer Webservice richtet sich an die der Gemeindeverwaltung nachgelagerten Behörden, Auskunfteien und sonstige berechnete Empfänger von Auskünften aus dem Gewerberegister. Die GEVE 4-WebAuskunft ist nahtlos an die Gewerkekartei angebunden und stellt dem jeweiligen Empfänger seine Informationen rund um die Uhr tagesaktuell auf Abruf zur Verfügung. **Info: www.edv-ermtraud.de** **□**

### Weihnachtseinkauf:

## Vorsicht beim Bezahlen im Internet!

Der verbraucherpolitische Sprecher der SPD-Landtagsfraktion, Florian von Brunn, rät vor Weihnachten zur Vorsicht beim Online-Einkauf. Besonders im Blick hat der Münchner Abgeordnete die Zahlung und warnt vor Verfahren, bei denen man eine PIN und eine gültige TAN angeben muss, wie z. B. bei „Sofortüberweisung.de“.

Von Brunn: „Hier liegt das Risiko beim Käufer. Außerdem: Wer seine eigenen Daten und sein Geld schützen will, sollte seine PIN nie preisgeben! Sofort-überweisung.de entspricht im Grunde der Vorkasse, die man in jedem Fall ablehnen sollte. Wenn man Pech hat, ist das Geld weg oder man wartet sehr lange auf eine Rückerstattung nach einer Retoure!“

Aber auch die Ebay-Tochter PayPal sieht der Abgeordnete kritisch. Das betrifft vor allem den Datenschutz und das Geschäftsgebahren von PayPal: „PayPal muss beim Datenschutz noch erheblich nacharbeiten. Schließlich gelten die amerikanischen und nicht die strengeren europäischen Datenschutzbestimmungen! Außerdem behält sich PayPal z. B. aus Sicherheitsgründen die Stornierung von Aufträgen vor.“

Bei solchen Stornierungen oder Sicherheitsüberprüfungen kann es zudem tagelang dauern, bis das Geld zurückerstattet wird. Eine Dauer von einer Woche bis neun Tagen ist die Regel und nicht die Ausnahme.“

In Übereinstimmung mit der Bayerischen Verbraucherzentrale rät Florian von Brunn zum Kauf auf Rechnung. Wenn das nicht möglich ist, ist die zweitbeste Wahl das Lastschriftverfahren oder ein Kauf über Kreditkarte. Eine sichere Bezahlförm ist auch die Nachnahme, sie kostet aber etwas höhere Gebühren.

Aber nicht nur die Zahlungsweise kann Tücken aufweisen, auch bei der Wahl des Online-Shops ist einiges zu beachten: Florian von Brunn empfiehlt, sich möglichst für Shops mit dem Gütesiegel „Trusted Shops“ zu entscheiden. **□**

## Facebook ist keine Kaffeemaschine

Stadtbücherei Würzburg macht Senioren für den Umgang mit Neuen Medien fit

Marlies Volz liebäugelte schon eine ganze Weile mit Facebook. „Die Kinder haben es, die Enkel sowieso“, sagt die 75-Jährige. Vor sechs Wochen machte sie selbst die ersten Gehversuche mit dem sozialen Netzwerk: „Zusammen mit drei Bekannten.“ Oder „Freunden“, wie man in der Facebook-Welt sagt. In den Tagen darauf kamen auf ihre Facebook-Seite plötzlich mehrere Anfragen von Menschen, die ebenfalls mit ihr befreundet sein möchten. Doch Marlies Vogt hat bisher nur wenige akzeptiert.

Die Seniorin möchte auf Nummer sicher gehen, wenn sie sich in Facebook bewegt: „Deshalb gehe ich mit Freundesanfragen noch sehr verhalten um.“ Weil sie sich nicht so gut auskennt, nahm sie an einer Facebook-Schulung der Stadtbücherei teil. Dabei tauchten sie und zehn weitere Senioren – mit einer Ausnahme alles Frauen – in die schillernde Welt von Facebook ein.

„1,5 Milliarden Menschen haben inzwischen ein Account“, berichtete Seminarleiterin Dörthe Wiethoff den Teilnehmerinnen. Oder auf Deutsch: Ein Konto. „Ein Konto?“ Ja, so nennt man im Internetkosmos die Zugangsbezeichnung etwa zu einer Mailbox oder eben zu Facebook: „Mit Ihrem Konto auf der Bank hat das nichts zu tun.“

Nicht nur Marlies Volz hat Angst davor, durch Facebook gläsern zu werden. Das weltweite Sozialnetzwerk sicher anzuwenden, das war allen Seniorinnen wichtig, die sich von Dörthe Wiethoff schulen ließen. Die junge Bibliothekarin hatte auch eine Menge Tipps parat, wie man verhindern kann, dass Facebook – und damit die große weite Welt – zu viel von einem weiß. „Es kann zum Beispiel klug sein, beim Anmelden einen anderen als den echten Namen zu wählen“, rät sie. Allerdings muss man sich bewusst sein, dass alte Schulfreunde oder Arbeitskollegen, Nachbarn von einst oder aus dem Blick geratene Verwandte dann keine Möglichkeit mehr haben, einen zu finden.

Auf keinen Fall kopfscheu machen lassen darf man sich von allen Funktionen, die Facebook bie-

tet. „Sämtliche zu kennen, wird nicht gelingen“, so Wiethoff. Was nicht nur an der Fülle der Funktionen liegt, sondern auch daran, dass die Macher von Facebook ständig etwas ändern.

„Ach, tatsächlich?“ wunderten sich die Senioren. Ja. Plötzlich klickt man morgens hinein, und es gibt völlig neue Funktionen. Oder bekannte Funktionen haben einen anderen Namen. Oder das Design ist anders. Das macht es auch für Seminarleiterinnen wie Dörthe Wiethoff nicht einfach: „Ich kann Ihnen leider keine Anleitung wie bei einer Kaffeemaschine geben.“ Mit Facebook umzugehen, lernt man am besten dadurch, dass man damit arbeitet.

Auf jeden Fall weiß Marlies Volz nun viel besser Bescheid als bisher, was Facebook ist. Sie hat die Funktion des „Gefällt mir!“-Buttons kennen gelernt, weiß, dass sie sich vom nie versiegenden Neuigkeitenstrom auf ihrer Seite nicht ins Bockshorn jagen lassen darf und versteht, eine Nachricht zu „posten“. Und zwar so, dass sie nur für einige wenige Facebook-Nutzer sichtbar ist. Was man alles in dem Netzwerk machen kann, das ist schon sehr interessant, fanden die Seminarleiterinnen am Ende. „Ja, ich bin echt begeistert“, so eine Dame im grünen Rollkragenpullover.

Alle Bedenken gegen das Netzwerk waren bei ihr jedoch nicht ausgeräumt. Ein wenig unheimlich findet sie die Sache immer noch. Die Seniorin: „Ob ich tatsächlich ein Facebook-Fan werde, das kann ich Ihnen jetzt wirklich noch nicht sagen.“ **Pat Christ**





Jim Beam, Kentucky?

Slyrs, Schliersee!

**\* Neu gesehen:**  
Ganz Bayern in einer Stunde – sonntags um 17.45 Uhr auf RTL.

Fachtagung Städtebauförderung 2013 in Bayern:

## Stabile Anker im ländlichen Raum

Innen- und Bauminister Joachim Herrmann: Stärkung und Wiederbelebung der Ortszentren bleibt Schwerpunkt der Städtebauförderung

„Die Stärkung und Wiederbelebung von Ortszentren ist und bleibt auch 2014 ein Schwerpunkt der Städtebauförderung. Dank innovativer Ideen und Strategien gegen Gebäudeleerstand und Brachflächen können wir kommunale Ortszentren neu beleben“, so das Fazit von Bayerns Innen- und Bauminister Joachim Herrmann zu den Ergebnissen des Modellvorhabens 'Ort schafft Mitte'. „Fünf Wege führen zum Erfolg: von der Konkurrenzfähigkeit zentraler Standorte überzeugen, Impulse durch eigene kommunale Angebote setzen, Planungen zwischen Kommune und Privaten eng abstimmen, kommunales Immobilienmanagement einrichten und örtliche Investitions- und Renditemöglichkeiten anbieten“, so Herrmann.

Die Bevölkerungsdichte nimmt ab, der Handel verlagert sich in die Ortsränder. Infolgedessen stehen in Städten und Gemeinden abseits der Ballungsräume Gebäude leer und es liegen Flächen brach. Wie Ortszentren revitalisiert und neu belebt werden haben die Oberste Baubehörde, der Bayerische Gemeindetag und der Bayerische Städtetag anhand eines 2010 ins Leben gerufenen Modellprojektes beleuchtet. Die Ergebnisse des Modellprojektes stellte Innen- und Bauminister Joachim Herrmann im niederbayerischen Freyung anhand von Beispielen zwölf ausgewählter Modellkommunen – Blaubach, Freyung, Kemnath, Mertingen, Mitwitz, Naila, Röttingen, Schnaittach, Schrobenuhen, Schwarzenbach am Wald, Selbitz und Stadtlauringen – vor.

Herrmann: „Der Stadt Schrobenuhen etwa ist es gelungen, von der Konkurrenzfähigkeit zentraler Standorte zu überzeugen. Mit Hilfe einer umfassenden Existenzgründungsberatung und einem Programm zur Aufwertung von Geschäftsflächen beleben

heute neue Geschäfte die Ortsmitte. Einzigartig ist das kommunale Projekt der Stadt Röttingen. Dort ist eine lange Zeit leer stehende Scheune nun ein Indoor-Spielplatz für Kinder. Nach enger planerischer Abstimmung zwischen Kommune und Unternehmen soll in der Gemeinde Mertingen auf einer ehemals zentralen Brachfläche der neue Verwaltungssitz des Unternehmens entstehen. Engagiertes Immobilienmanagement ermöglichte es der Gemeinde Mitwitz, einen Antiquitätenhändler, einen Gastronomiebetrieb und einen Arzt in der Ortsmitte anzusiedeln. Freyung und Kemnath erprobten erfolgreich Investitionsmöglichkeiten zur Vermarktung zentral gelegener Grundstücke.“

### Staatliche Unterstützung

Der Freistaat Bayern unterstützte 2013 rund 620 Städte, Märkte und Gemeinden in Bayern mit 149 Millionen Euro Städtebaufördermitteln von Bund, Freistaat und der Europäischen Union. Zentrales Anliegen dabei

ist es, vitale Städte, Märkte und Gemeinden als stabile Anker – vor allem im ländlichen Raum – zu erhalten. Deshalb fließen mehr als drei Viertel aller Finanzhilfen dorthin. Den Löwenanteil trägt mit 94,5 Millionen Euro der Freistaat Bayern, der Bund steuert 45,4 Millionen Euro und die Europäische Union 9,1 Millionen Euro bei. Die Stärkung und Wiederbelebung von Ortszentren ist und bleibt auch 2014 ein Schwerpunkt der Städtebauförderung. □

Modellprojekt in [www.sdl-inform.de](http://www.sdl-inform.de):

## Die neue Mitte in Tagmersheim

Prägnante Baumaßnahmen werten das alte Dorfzentrum auf

Das historische Ensemble von Kirche, Pfarrhaus und Schlossanlage im Zentrum von Tagmersheim ist neu gestaltet worden und verleiht dem Gemeinschaftsleben der Bürger neue Impulse. Das mit dem Bayerischen Staatspreis für Baukultur und Dorferneuerung ausgezeichnete Projekt der Gemeinde im Donau-Ries hat Modellcharakter und zeigt, wie durch Renovierung und Umnutzung alter Gebäude und brachliegender Freiflächen eine Ortsmitte wiederbelebt werden kann.

### Historisch bedeutende, aber baufällige Gebäude

Die 1.050 Einwohner zählende Gemeinde in der Nähe von Monheim im Südwesten des Naturparks Altmühltal hatte eine schwere Bürde zu tragen: Ortsbildprägende, aber leer stehende Gebäude wie das Pfarrhaus, eine Gastwirtschaft, das Schloss mit großen Wirtschaftsgebäuden sowie eine imposante, jedoch baufällige Kirchentreppe – so präsentierte sich vor wenigen Jahren noch das historische Zentrum von Tagmersheim.

### Startschuss für die Dorferneuerung fiel 2006

Der Startschuss für die Dorferneuerung fiel 2006. Drei Jahre später begann die Sanierung des denkmalgeschützten Pfarrhauses und der umliegenden Gebäude. Die brachliegenden Freiflächen wurden sinnvoll in das neue Nutzungskonzept einbezogen.

### Zukunftsthema ländliche Entwicklung

Um eine nachhaltige Entwicklung des Ortes über konkrete Baumaßnahmen hinaus sicherzu-



Die neue Mitte und der Innenentwicklungsprozess in Tagmersheim sind vorbildlich auch für andere Gemeinden. Unser Bild zeigt den Kirchplatz mit dem ehemaligen barocken Pfarrhof und der Pfarrkirche St. Jakobus. □

stellen, diskutierte der Tagmersheimer Gemeinderat im Rahmen von zwei Klausurtagungen weitere Zukunftsthemen. Unterstützung erhielt die Gemeinde vom Amt für Ländliche Entwicklung Schwaben von der Schule für Dorf- und Landentwicklung in Thierhaupten, die seit über 20 Jahren Kommunen erfolgreich u.a. bei Projekten der Dorferneuerung und Innenentwicklung begleitet.

### Tagmersheimer sind Gewinner

Profiteure der konsequenten Neukonzeption sind die Bürger von Tagmersheim, die ihre neue Dorfmitte nun multifunktional nutzen. Das ehemalige Pfarrhaus beherbergt neben dem Amtssitz des Bürgermeisters auch das Pfarrbüro, das Archiv der Katholischen Kirchengemeinde sowie einen repräsentativen Sitzungssaal. Es wird von Vereinen, Bürgern sowie von Gemeinde- und Kirchenvertretern genutzt.

Darüber hinaus sind die Schlossanlagen von den Eigentümern saniert und einer neuen Nutzung zugeführt worden; der Pfargarten ist heute als Festplatz gestaltet. Überschaubare Sanie-

tungs- und Gewerbebetriebe angesiedelt worden.

### Neuer Dorfladen

Eine wichtige Maßnahme war der Aufbau eines Dorfladens, der im Alltag der Bürger eine zentrale Anlaufstelle ist. Darüber hinaus konnten großzügige Grünflächen mit einem Spielbereich angelegt werden, der historische Wassergraben teilweise nachgebaut und die Straßenführung verbessert werden.

### Stärkung der Identifikation

All diese Maßnahmen haben die Dorfmitte von Tagmersheim architektonisch wie funktional stark aufgewertet. Es entwickelten sich wichtige Impulse für das Gemeinschaftsleben im Ort, so dass der Zusammenhalt und die Identifikation der Tagmersheimer mit ihrer Gemeinde deutlich gestärkt wurden. Diese positive Entwicklung macht die Gemeinde als Lebensort im ländlichen Raum attraktiv, wirkt der demographischen Entwicklung entgegen und ist eine gute Basis, um weitere nachhaltige Entwicklungsprojekte anzugehen. □



Bei der Ortsbegehung von li.: Planerin Margit Kattinger, Michael Ertel, ALE Schwaben, Gerlinde Augustin, SDL Thierhaupten und Bürgermeister Georg Schnell. □

## Glücksfaktor Immobilie

Eigenheimbesitzer sind glücklich und zufrieden

Das eigene Zuhause gehört zu den Glücksfaktoren der Deutschen. 93 Prozent der Eigenheimbesitzer sagen, dass sie mit ihrer Entscheidung für die eigene Immobilie glücklich und zufrieden sind. Und für die meisten Deutschen zählt ein schönes Zuhause zusammen mit Gesundheit und Sicherheit im Alter zu den drei wichtigsten Dingen im Leben.

Zu diesen Ergebnissen kommt die „Wohntraumstudie 2013“ von Interhyp, Deutschlands größtem Vermittler für private Baufinanzierungen. Für die bevölkerungsrepräsentative Studie wurden im Auftrag von Interhyp rund 1.800 Bundesbürger nach ihren Wohnwünschen befragt. Am zufriedensten sind die Immobilienbesitzer in München. Hier sind 97 Prozent der Immobilienbesitzer glücklich mit ihrer Kaufentscheidung. Bei dieser Einschätzung spielt auch der finanzielle Aspekt eine wichtige Rolle: Mehr als 60 Prozent der Immobilienbesitzer gehen von einem Wertzuwachs aus.

### Einzug als Glücksmoment

Befragt nach dem schönsten Moment in Verbindung mit Bau oder Kauf, nennen die Eigentümer am häufigsten den Einzug. Viele weitere Begebenheiten bleiben in besonderer Erinnerung, darunter der Abschluss des Kaufvertrags, die erste Nutzung des Gartens, die erste Übernachtung, das Einrichten der Wohnung, das Richtfest, die Schlüsselübergabe oder die Einweihungsfeier. „Mit der eigenen Immobilie verbinden Eigentümer in der großen Mehrzahl positive Gefühle wie Glück und Zufriedenheit“, fasst Michiel Goris, Vorstandsvorsitzender der Interhyp AG, die Studienergebnisse zusammen. □



Architektonisch ansprechend und barrierefrei dem Dienstleistungscharakter eines Amtes gerecht werden: Das neue Landratsamt Bürgerservice in Nördlingen. □



Daumen hoch für die neue Rollstuhlrampe: Mit Oberbürgermeister Dr. Ivo Holzinger und dem körperbehinderten Schüler Thomas Vögele (vorne in der Mitte) freuen sich Lehrer und Mitschüler. Foto: Häfele/Pressestelle Stadt Memmingen

## Ein großer Tag für den körperbehinderten Thomas

Rollstuhlrampe an der Lindenschule eingeweiht

Solch eine praktische Rollstuhlrampe hätte sich Gerhard Dintel auch gewünscht, als er vor über 50 Jahren die Memminger Lindenschule besuchte. Denn der Gatte der städtischen Behindertenbeauftragten Heidi Dintel ist seit Jugendtagen an den Rollstuhl gefesselt. Wegen seiner Behinderung musste der einstige Schulbub die Lindenschule verlassen und wurde stattdessen weit weg von zu Hause, im nordrhein-westfälischen Sauerland, unterrichtet. Weit aus besser hat es da der 14-jährige Lindenschüler Thomas Vögele: Die jetzt eingeweihte 26.000 Euro teure Rollstuhlrampe ermöglicht dem Neinklässler einen komfortablen Schulbesuch.

„Ich bin sehr zufrieden“, schwärmte mit einem strahlenden Lächeln der 14-Jährige, der seit seiner Geburt auf den Rollstuhl angewiesen ist. Gemeinsam mit Oberbürgermeister Dr. Ivo Holzinger durfte der Neuntklässler ein Band in den Stadtfarben Memmingens an der neuen Rampe durchschneiden.

### Vorbildfunktion bei der Inklusion

Damit Thomas auch am Schulunterricht in für ihn unerschwinglichen Fachsälen teilhaben kann, wurden Kameras in diesen Räumen installiert, die den Unterricht in Thomas' Klassenzimmer übertragen, erklärte Schulleiter Franz Michael Schneider den interessierten Gästen.

„Die Lindenschule nimmt im

Bereich Inklusion Vorbildfunktion ein“, freute sich Memmingens Oberbürgermeister Dr. Ivo Holzinger, als er den körperbehinderten Thomas über die neue Rampe schob.

„Toll, dass Thomas hier zur Schule gehen kann“, bedankte sich die Vorsitzende des Behindertenbeirats, Verena Gotzes, für das Bemühen von Schulleitung und Stadtverwaltung. Gotzes sitzt wie Thomas und Gerhard Dintel im Rollstuhl und erinnerte die Gäste daran, dass die Lindenschule auch als Wahllokal genutzt wird und nach Schulschluss zahlreiche Volkshochschulkurse beherbergt: „Auch hier profitiert man künftig von einer Rampe.“

Während des Unterrichts bekommt der 14-jährige Thomas zusätzlich Hilfe von seiner Schulbegleiterin Valeria Deuring. □

## Bürgerservice Nördlingen nimmt Arbeit auf

Am 30. Dezember 2013 geht der neue Landratsamt Bürgerservice Nördlingen in Betrieb. Dieser neue Service vereint das bisherige Bürgerbüro des Landratsamtes und die bisherige Zulassungsstelle Nördlingen und ist in den Räumen der Zulassungsstelle in der Nürnberger Straße 17 (Arlt-Gebäude) zu finden.

In dieser neuen Einrichtung sind alle bisherigen Dienstleistungen des Bürgerbüros und der Zulassungsstelle unter einem Dach vereint. Die Bürger haben somit nur noch eine Anlaufstelle.

### Moderner Dienstleistungsbetrieb

Wie gewohnt kann man am Schalter viele Dienstleistungen von A wie Abfallwirtschaftsverband, über Ausbildungsförderung, Ausländerwesen, Baurecht, Beglaubigungen, Beschwerdemanagement, Fahrkostenerstattung, Ferienland Donau-Ries, Führerscheinwesen, Gewerbebereich, Grundversicherung/ Sozialhilfe, Jugendamt, Jagdwesen, Servicetelefon bis W wie Waffenrecht und Wohngeld in Anspruch nehmen. Daneben werden alle Vorgänge rund um die Zulassung von Fahrzeugen von der Reservierung von Wunschkennzeichen bis zum Er-

werb von Feinstaubplaketten erledigt.

### Barrierefreiheit und kurze Wege

Neu sind auch die Öffnungszeiten mit der über die Mittagszeit durchgehenden Öffnung. Hervorzuheben ist weiterhin der Servicegedanke. Der neue Bürgerservice ist barrierefrei und auf kurzen Wegen erreichbar. Es steht die Verbindung von bürgernahe, moderner Dienstleistung mit kompetentem Service im Vordergrund. Freundliche Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartner helfen bei allen Zuständigkeitsfragen und sorgen für eine schnelle und kompetente Erledigung aller Anliegen. Nach wie vor soll der Landratsamt Bürgerservice die erste Anlaufstelle vor allem für die Bürger aus dem Ries sein und lange Wege zum Landratsamt in Donauwörth ersparen. □

Jahrespressekonferenz der LBS Bayern:

## Auch weiterhin Niedrigzinsen

Immobilien-Kredite derzeit so günstig wie nie zuvor

Die herrschende Niedrigzinsphase ist auch für Bausparer ein wichtiges oder gar das bestimmende Thema. Zwar gibt es einerseits für das Ansparkapital nur sehr geringe Zinsen - wie derzeit überall auf dem Kapitalmarkt. Doch sind andererseits die Zinsen für Wohnungsbaukredite fast nur noch halb so hoch wie noch vor fünf Jahren. Und diese niedrigen Zinsen kann man für die gesamte Laufzeit des Bauspardarlehens festschreiben, auch wenn diese über 20 oder 25 Jahre geht. Die Bayerische Landesbausparkasse (LBS) bietet zur Zeit Finanzierungstarife mit einem Darlehenszins von 1,75 Prozent für die Modernisierung einer Immobilie und von 2,5 Prozent für den Immobilienerwerb. Und dieses günstige Angebot dürfte es, so LBS-Vorstandssprecher Franz Wirmhier in der Jahrespressekonferenz der Bausparkasse, noch längere Zeit geben.

Nach Ansicht des LBS-Chefs werden die Zinsen mindestens noch zwei bis drei Jahre auf dem jetzigen Niveau verharren. "Und wer wisse schon, was in fünf bis sechs Jahren sein wird? Jetzt sei die rechte Zeit, um Immobilien-träume zu verwirklichen, denn noch nie zuvor habe man sich so günstige Kreditzinsen dauerhaft sichern können. Trotz der steigenden Wertschätzung von Wohneigentum könne aber von einer Immobilienblase hierzulande keine Rede sein.

### Frühzeitig auf veränderte Verhältnisse eingestellt

Die Niedrigzinspolitik der Europäischen Zentralbank (EZB) belastete nicht nur die deutschen Sparer, die dauerhafte Verluste und damit quasi eine Enteignung erlitten, sondern trifft auch die Bausparkassen. Denn Spareinlagen, die nicht als Darlehen vergeben werden könnten, müssten auf dem Kapitalmarkt angelegt werden, wo sie nur geringe Renditen erwirtschaften könnten. Dennoch, so Wirmhier, werde die LBS Bayern im laufenden Jahr im Neugeschäft wieder mit rund 235.000 Verträgen eine Bausparsumme von gut 8 Milliarden Euro und ein Betriebsergebnis von etwa 55 Millionen Euro erreichen. Dies sei möglich, weil sich die LBS frühzeitig auf die veränderten Verhältnisse eingestellt und ihre Tarife immer wieder an das niedrigere Zinsniveau angepasst habe.

### Hohes Neugeschäftsniveau

Die 2013 zu erwartenden Ergebnisse bedeuten bei der Zahl der Verträge einen Rückgang um 12,5 Prozent und bei der Bausparsumme um 4 Prozent gegenüber dem vorangegangenen Rekordjahr. Dennoch knüpfen die Ergebnisse für 2013 an das hohe Neugeschäftsniveau der vergangenen drei Jahre an. Im Rekordjahr 2012 hatte es nämlich einen Schlussverkaufseffekt gegeben, weil ein Tarif mit einer Guthabenverzinsung von 3 Prozent aus dem Markt genommen wurde.

Wenn es auf Altverträge noch etwas höhere Guthabenzinsen gibt als derzeit auf dem Kapitalmarkt, führt das zuweilen dazu, dass diese Verträge „überspart“

werden, dass also das Bauspar-guthaben die volle abgeschlossene Bausparsumme erreicht oder gar übersteigt. Es wird also kein Bauspardarlehen in Anspruch genommen, sondern einfach weiter gespart.

### Bausparen ist Zwecksparen

Da Bausparen aber ein Zwecksparen zum Erwerb von Wohneigentum ist, kündigt die LBS Bayern solche übersparten Verträge, weil der Zweck eines Bausparvertrages hinfällig geworden sei. Die Kündigungen reduzierten den Zinsaufwand und stärkten die Balance von Guthaben- und Darlehenszinsen im Bausparkollektiv, sagte Wirmhier. In dieser Beurteilung seien sich Gerichte, Ombudsleute, aber auch Verbraucherschützer einig. Die LBS Bayern kündige nur in Fällen, in denen die rechtliche Zulässigkeit gesichert ist.

### Verzicht auf Kündigungsfristen

Der LBS-Chef erläuterte auch, warum Kunden die sofortige Auszahlung ihres Guthabens unter Verzicht auf die dreimonatige Kündigungsfrist angeboten wird. Deren Verträge hätten einen Status, bei dem nicht mehr zu erwarten sei, dass der eigentliche Vertragszweck, nämlich ein Bauspardarlehen zu erhalten, noch wahrgenommen werde. Dabei handele es sich um Verträge, die seit mehr als sieben Jahren bestünden und Tarife aufwiesen, deren Darlehensverzinsung bei den aktuell extrem niedrigen Kapitalmarktzinsen nicht mehr attraktiv seien. Das Angebot der sofortigen, kündigungsreifen Auszahlung sei aber vollkommen unverbindlich, und es stehe jedem Kunden frei, den Vertrag weiter beizubehalten. Das Angebot sei transparent, fair und für niemanden von Nachteil. Bausparen sei kein renditeorientiertes Sparen.

### Immobilienmarkt boomt

Wie sehr der Immobilienmarkt boomt, zeigt sich auch darin, dass die Auszahlungen von Bauspardarlehen zwar rückläufig sind. Mit 340 Millionen Euro werden sie in diesem Jahr um etwa 40 Prozent geringer ausfallen als

2012. Angesichts der gesunkenen Zinsen entscheiden sich nämlich insbesondere Kunden mit älteren Verträgen häufiger für kapitalmarktabhängige Angebote der LBS oder der Sparkassen. Stark gestiegen dagegen, nämlich um 17 Prozent, sind die außerkollektiven Kredite. Dies sind Darlehen für Sofortfinanzierungen von Kunden, die nicht über einen bereits zugeteilten Bausparvertrag verfügen. Bis Jahresende dürften diese außerkollektiven Kredite ein Volumen von rund 750 Mil-



Franz Wirmhier.

lionen Euro erreichen. Insgesamt hat die LBS Bayern 2013 Kundeneinlagen von etwa 11 Milliarden Euro. Davon dienen 5 Milliarden Euro als Baudarlehen, 6 Milliarden Euro wurden im „Kreditersatzgeschäft“ angelegt. Ende 2012 hatte das Institut insgesamt 2,1 Millionen Bausparverträge mit einer Bausparsumme von 59 Milliarden Euro im Bestand.

### Gemeinsame Maklerorganisation

Ein weiterer Indikator für die hohe Wertschätzung für Immobilien ist die Vermittlung von Häusern und Wohnungen durch die gemeinsame Maklerorganisation der LBS Bayern und der Sparkassen, der Sparkassen-Immobilienvermittlungsgesellschaft. 2013 wurden bis Ende November 9000 Objekte im Wert von rund 1,8 Milliarden Euro vermittelt. Begrenzender Faktor sei hier nicht die Nachfrage nach Objekten, sondern das vergleichsweise geringe Angebot von zum Verkauf stehenden Immobilien, stellte Wirmhier fest.

### Neubautätigkeit gewinnt an Dynamik

Das Missverhältnis zwischen Angebot und Nachfrage bei Wohnimmobilien habe vielerorts zu steigenden Kaufpreisen und Mieten geführt. Eine wesentliche Ursache liege in der zu geringen Neubautätigkeit in den vergangenen Jahren. Erst seit 2010 sei wieder eine Belebung des Neubaus festzustellen, die in diesem Jahr an Dynamik gewinne, aber dem Bedarf im Freistaat bei weitem noch nicht gerecht werde. Nach Wirmhiers Darstellung gibt es in

### Wo Bayerns größte Häuser stehen

Im Durchschnitt fast hundert Quadratmeter zur Verfügung

Häuser und Wohnungen in Bayern bieten im Durchschnitt 96,4 Quadratmeter Wohnfläche. Damit haben die Menschen im Freistaat etwas größere Immobilien zur Verfügung als im bundesweiten Durchschnitt (90,6 qm). Das geht aus einer Auswertung von Zensus-Daten durch die LBS Bayern hervor. Im Vergleich der Regierungsbezirke verfügen die Niederbayern mit 108,8 Quadratmetern Wohnfläche je Haus oder Wohnung über den meisten Platz, vor Oberpfälzern (102,3 qm) und Unterfranken (100,6 qm). Spitzenreiter unter den Landkreisen sind Straubing-Bogen (120,5 qm) und Rottal-Inn (118,6 qm). Die kleinsten Behausungen stehen in den Städten München (72,1 qm), Augsburg (76,1 qm) und Regensburg (76,2 qm).

Bayern und auch in Deutschland weder einen Run auf Immobilien noch einen Attentismus (abwartende Haltung). Die steigenden Preise beruhen auf einem Nachholeffekt, der bis in die 20er Jahre dieses Jahrhunderts anhalten könne.

### Versorgungsgespässe

In den zurückliegenden zehn Jahren seien die Preise sehr stabil gewesen. Die vorgesehene Mietpreisbremse bei Wiedervermietung könne vielleicht die Entwicklung auf manchen besonders angespannten Märkten dämpfen, aber eine Beseitigung der Versorgungsgespässe werde sie nicht bringen. Hier helfe nur die nach-

haltige Steigerung der Neubautätigkeit.

### Empfehlung Wohnriester

Wie schon öfter lobte Wirmhier die Wohnriester-Förderung, deren Vorteile sich auf mehrere zehntausend Euro summieren könnten. Bundesweit ist 2012 die Zahl der Riesterverträge um etwa 370.000 gestiegen. Davon waren schon zwei Drittel Wohnriester-Verträge. Allein 2013 hat der Bestand der Wohnriester-Verträge um 16 Prozent auf über 1,1 Millionen zugenommen. Die LBS Bayern hat mittlerweile 124.000 Wohnriester-Verträge im Bestand. Für die Stiftung Warentest sei Wohnriester „für alle, die den

Bau oder Kauf eines Eigenheims planen, erste Wahl“, zitierte Wirmhier die Zeitschrift Finanztest. Inzwischen gibt es für Wohnriester mit dem neuen Altersvorsorgeverbesserungsgesetz etliche Vereinfachungen, so etwa beim Verkauf oder der Vermietung des Wohneigentums oder bei der nachgelagerten Besteuerung.

### Lob für Pläne der Koalition

Bei der LBS Bayern begrüßt man, dass die Koalition in Berlin die Wohnungsbauprämie und die Arbeitnehmer Sparzulage erhalten wird. Und an einem Bündnis von Ländern, Kommunen und allen relevanten gesellschaftlichen Akteuren, die ein Aktionsprogramm zur Belebung des Wohnungsbaus und der energetischen Gebäudesanierung befördern sollen, werde sich LBS gern beteiligen. Positiv seien auch die Pläne zur Unterstützung des altersgerechten Umbaus, eher vage hingegen die Aussagen zur energetischen Gebäudesanierung.

Alles in allem sieht man bei der LBS Bayern auch dem kommenden Jahr wieder optimistisch entgegen. Die Spielräume für nachhaltige Steigerungen im Bauspar- und Finanzierungsgeschäft seien da. Informieren kann man sich in einem neuen Internet-Auftritt (lbs.de). **dhg.**

### Umsatz des bayerischen Bauhauptgewerbes:

## Leichter Anstieg beim Bau

Deutlicheres Plus beim Personalstand

Von Januar bis September 2013 erzielten die 1.276 in Bayern ansässigen bauhauptgewerblichen Betriebe mit 20 oder mehr tätigen Personen einen baugewerblichen Umsatz in Höhe von fast 8,32 Milliarden Euro. Nach Angaben des Bayerischen Landesamts für Statistik und Datenverarbeitung bedeutet dies einen Umsatzanstieg im Bauhauptgewerbe von 158,3 Millionen Euro bzw. 1,9 Prozent gegenüber den ersten neun Monaten 2012.

Zu diesem Umsatzplus haben abgesehen von Oberbayern und Schwaben (-1,9 Prozent bzw. -3,9 Prozent) alle Regierungsbezirke Bayerns beigetragen, und zwar mit Umsatzzunahmen zwischen 2,8 Prozent (Niederbayern) und 7,7 Prozent (Oberpfalz). Niedrigere Umsatzwerte als im Vorjahreszeitraum waren lediglich für die Bausparten „Gewerblicher und industrieller Tiefbau“ sowie „Straßenbau“ festzustellen (-6,0 Prozent bzw. -1,4 Prozent). In den 1.276 bauhauptgewerblichen Betrieben in Bayern waren im aktuellen Berichtszeitraum insgesamt 75.134 Personen tätig (+2,8 Prozent), die zusammen 63,3 Millionen Arbeitsstunden leisteten (+1,8 Prozent). Die Auftragsgänge hatten zeitgleich einen Wert in Höhe von fast 8,89 Milliarden Euro (+1,8 Prozent) und die gezahlte Bruttoentgeltsumme bezifferte sich auf gut 1,88 Milliarden Euro (+3,7 Prozent).

### Höheres Plus in den Städten

Mit Blick auf die 96 Kreise Bayerns ist festzustellen, dass das Umsatzplus in den 25 kreisfreien Städten im Mittel höher ausfiel

als in den 71 Landkreisen (+4,3 Prozent gegenüber +1,0 Prozent), was insbesondere den Städten München (+9,4 Prozent), Bayreuth (+28,8 Prozent), Erlangen (+34,9 Prozent) und Augsburg (+24,4 Prozent) zuzurechnen ist.

### Nierigere Umsätze beim Straßenbau

Den von Januar bis September 2013 erzielten baugewerblichen Umsatz dagegen nach Bausparten betrachtet, ergibt sich für vier von sechs Bausparten ein überdurchschnittliches Umsatzplus zwischen 2,1 Prozent (Wohnungsbau) und 5,8 Prozent (Öffentlicher Hochbau sowie Tiefbau für Gebietskörperschaften und Sozialversicherungen). Lediglich für die Bereiche „Straßenbau“ sowie „Gewerblicher und industrieller Tiefbau“ errechneten sich niedrigere Umsatzwerte als im Vergleichszeitraum 2012. So erfuhr der Straßenbau beim baugewerblichen Umsatz einen Rückgang um 1,4 Prozent auf 1,13 Milliarden Euro bzw. der gewerbliche und industrielle Tiefbau sogar ein Minus um 6,0 Prozent auf 939,6 Millionen Euro.

Die Auftragsgänge der in Bayern ansässigen Betriebe des Bauhauptgewerbes von Unternehmen mit 20 oder mehr tätigen Personen beliefen sich von Januar bis September 2013 auf insgesamt fast 8,89 Milliarden Euro, was einem Anstieg um 1,8 Prozent gegenüber dem Vergleichswert des Vorjahres entspricht, der 8,73 Milliarden Euro ausmachte. Die Auftragsgänge nahmen dabei wertmäßig im Bereich „Gewerblicher und industrieller Tiefbau“ am stärksten zu (um +24,1 Prozent auf 1,18 Milliarden Euro) und gingen in der Bausparte „Öffentlicher Tiefbau für Gebietskörperschaften und Sozialversicherungen“ am deutlichsten zurück (um -15,9 Prozent auf 1,04 Milliarden Euro).

### Mehr Mitarbeiter

Auch der Personalstand in den bauhauptgewerblichen Betrieben in Bayern zeigte sich spürbar im Plus. Mit insgesamt 75.134 tätigen Personen waren aktuell immerhin 2,8 Prozent mehr Mitarbeiter im Bauhauptgewerbe beschäftigt als in den ersten neun Monaten 2012. Das von diesen Mitarbeitern von Januar bis September 2013 geleistete Arbeitspensum bezifferte sich auf 63,3 Millionen Arbeitsstunden (+1,8 Prozent) und die zeitgleich gezahlte Bruttoentgeltsumme auf 1,88 Milliarden Euro (+3,7 Prozent). **□**

WASSERKRAFT ZUM LEBEN

**RMD**  
RHEIN-MAIN-DONAU

REGENERATIV  
MODERN  
DYNAMISCH

Main-Kraftwerk Himmelsstadt / www.rmd.de

Festakt und Tag der offenen Tür:

## 450 Jahre Rathaus Kitzingen

Montag, der 11. November 1563, war ein großer Tag in Kitzingens Stadtgeschichte. An diesem Sankt Martinstag fand die erste Sitzung des Kitzinger Stadtrates im neu erbauten Rathaus am Marktplatz statt. Kitzingen hatte damals 3.000 Einwohner. 450 Jahre sind seit-her vergangen.

Um dieses Ereignis gebührend zu feiern, fanden sich rund 120 Ehrengäste aus Politik, Verwaltung, Kirche und Wirtschaft zu einem Festakt in der Rathauhalle ein. Dabei gab Oberbürgermeister Siegfried Müller einen historischen Rückblick auf die Stadtgeschichte und die des Rathauses. Das Rathaus spiegelte gebündelte Stadtgeschichte wider und sei über Jahrhunderte weg das Zentrum städtischer Gemeinschaft. „Es war und ist der Ort, in dem Regeln festgesetzt, Konflikte geschlichtet und Konsens hergestellt wird“, hob Müller hervor.

Wie Regierungspräsident Paul Beinhofer hervorhob, gehöre es zur guten Tradition, dass Kommunen ihre Ersterwähnung oder Gründungsjubiläen feiern. Als originell habe er empfunden, dass eine Stadt den Geburtstag ihres Rathauses feiere, wenn es ein solch stattliches Alter erreicht hat. „Damit unterstreichen Sie nicht nur den Charakter dieses Hauses als herausgehobenes Baudenkmal der Renaissance, sondern beweisen ein beachtenswertes Gespür für die Bedeutung des Rathauses als verkörpertes Zentrum

bürgerlichen Herrschaftswillens und politischer Mitbestimmung.“

Auch in Kitzingen regte sich laut Beinhofer lange der Wunsch, über ein den bürgerlichen Selbstbehauptungswillen und das Selbstverständnis ausdrückendes repräsentatives Gebäude zu verfügen. Damit sei es bis zum Bau des Rathauses nicht weit her gewesen, war man über zwei Jahrhunderte zuvor doch nur als Mieter in verschiedenen Bauten des Benediktinerinnen-Klosters untergebracht und verfügte zudem nur über bescheidene Räumlichkeiten. Ein zu Beginn des 15. Jahrhunderts gemachter Versuch auf Bau eines Rathauses sei am entgegenstehenden Willen des Stadtherren gescheitert.

### Ruhe und Wohlstand

Als günstiger hätten sich die Zeitläufe in der Mitte des 16. Jahrhunderts erwiesen. Zu dieser Zeit durchlebte Kitzingen gerade eine Phase relativer Ruhe und relativen Wohlstandes nach den Schrecknissen und Gräueltaten im Bauernkrieg, die Kitzingen erleben musste. Nur so konnte es Beinhofer

zufolge gelingen, dass die Bürger für den Rathausbau die hohe Summe von 10.000 Gulden aufbringen und den bekannten Baumeister Hans Eckhart von Schaffhausen verpflichten konnten.

Entstanden sei ein Gebäude, „das mit seiner Formensprache nicht nur die Zeitgenossen vom Selbstbewusstsein und dem Stolz der Bürger Kitzingens auf ihr Gemeinwesen überzeugte, sondern dies durch die Jahrhunderte bis zum heutigen Tag hin tut“, so der Regierungspräsident. Es verkörpere die Kontinuität des Willens der Bürger, ihre Dinge selbst in die Hand zu nehmen, ihr Gemeinwesen zu gestalten und stets für künftige Generationen die Grundlage für Wohlstand und Prosperität zu legen.

Ein Rathaus biete den Bürgern Hilfe bei allen Gelegenheiten, von der Ausstellung der Geburtsurkunde über die Trauung bis zum Bauantrag, erklärte die stellvertretende Bezirksstadtspräsidentin Eva Maria Linsenbreder. An alten Gebäuden wie diesem habe die Geschichte ihre Spuren hinterlassen. „Sie geben einer Stadt ihr Gesicht und den Menschen Identität und das Gefühl, hier zu Hause zu sein.“

„Mit guten Nachbarn feiert man gerne“, stellte Landrätin Tamara Bischof fest. Sie erinnerte daran, dass das Landratsamt mit dem Kloster einem noch älteren Ge-

bäude entspringt. Durch die Blickverbindung zwischen Landratsamt und Rathaus arbeite man sozusagen auf Augenhöhe.

Bei einem Tag der offenen Tür hieß es zwei Tage später: Vergangenheit trifft Zukunft. Zahlreiche Bürger nutzten das Angebot, einen Blick hinter die Kulissen des Rathauses zu werfen. Wer sich für die Geschichte des Hauses interessier-

te, konnte sich von den Gästeführern durch Haus führen lassen. Gern angenommen wurde die einmalige Gelegenheit, sich einmal auf dem „Chefsessel“ des Oberbürgermeisters sitzend, ablichten zu lassen.

Wer wissen wollte, welche Daten auf dem Pass, dem Personalausweis oder im Einwohnermeldeamt über ihn gespeichert sind,

bekam bereitwillig Auskunft. Schwindelfreie konnten im Korb der Drehleiter der Kitzinger Feuerwehr eine „Himmelfahrt“ samt Rundblick genießen. Wer bisher noch nie eine der legendären Rats-sitzungen miterlebte, konnte dies auf einem Video nachholen. Beliebte war zudem ein Blick ins Goldene Buch der Stadt oder auf die historische Paul-Eber-Bibel. **DK**

## Wöchentlich zehn Familien mehr

Dem Würzburger Tafelverein bereitet die wachsende Armut große Sorgen

Tafelläden gibt es seit inzwischen zehn Jahren in Würzburg. „Aktuell haben wir sechs Ausgabestellen“, sagt Isolde Welbers vom Vorstand des Tafel-Vereins. Für Menschen mit schlecht bezahlten Jobs, Erwerbslose und Minirentner werden die Läden immer wichtiger. „Jede Woche kommen zehn weitere Haushalte aus Würzburg und den angrenzenden Gemeinden zu uns“, sagt Welbers. Derzeit versorgt die Tafel rund 2.300 Menschen.

Die Entwicklung ist eigentlich total überraschend. Schließlich haben wir, wie es immer wieder heißt, eine gute Konjunktur. Jobs und Lehrstellen sind angeblich leicht zu haben. Doch offensichtlich profitieren nur bestimmte Menschen von der positiven Entwicklung. Das jedenfalls lässt die Statistik des Tafelladens vermuten. Welbers: „Zu Jahresbeginn versorgten wir 840 Haushalte mit rund 1.700 Menschen. Im September war diese Zahl auf 1.185 Haushalte hochgeschwollen.“

Immer mehr Leute haben also nichts davon, wenn die Produktion auf vollen Touren läuft. Wie das weitergehen soll? Das weiß sie nicht, sagt die Vorstandsfrau. Besser scheint die Situation nicht zu werden. Im Gegenteil: „Inzwischen kommen auch noch anerkannte Flüchtlinge zu uns.“ Sie seien ebenfalls berechtigt, bei der Tafel einzukaufen.

Dass es einmal so stark mit ihm abwärtsgehen würde, hätte Robert Müller (Name der Tafelkunden geändert) nicht geglaubt. Doch nach der Scheidung von seiner ersten Frau saß er mit einem Berg Schulden da. Damit hat nun vor allem seine zweite Ehefrau Irina Müller zu kämpfen.

Robert Müller ackert, aber es kommt kaum etwas rum. „Er verdient bei einem Acht-Stunden-Job 1.500 Euro“, schildert Irina. Was bedeutet: „Uns bleiben nach Abzug der Schuldentilgung, der Unterhaltszahlung für die Tochter aus erster Ehe und der Mietzahlung 150 Euro zum Leben.“

Sie selbst sei nicht faul, liebend gerne würde sie etwas zum Lebensunterhalt beisteuern. Doch ihre Jobchancen seien schlecht, bedauert die 42-Jährige. Dabei ist sie gut ausgebildet: In Russland arbei-

tete sie 15 Jahre lang als Lehrerin. Ihr Zeugnis aber wird hier nicht anerkannt.

Die verlockenden Waren, die Händler in ihren Schaufenstern auslegen, sind für Familie Müller unerschwinglich. „Meine sieben-jährige Tochter bräuchte dringend Stiefel“, erzählt Irina. Doch dafür reicht das Geld nicht: „Darum schrieb sie dem Weihnachtsmann im Internet und bat um einen Gutschein.“

Irina Müller sieht sich hilflos einem Schicksal ausgeliefert, dem sie nicht enttrinnen kann. Ohne den Tafelläden könnte sie ihre Familie gar nicht über die Runden bringen. Geld für Weihnachten gebe es nicht. Zum Glück stelle die Tochter keine Ansprüche.

Ehrenamtliche, die Waren einsammeln und ausliefern, die Lebensmittel sortieren und sie den Bedürftigen geben, werden angesichts des Kundenzustroms dringend gesucht. 160 Menschen engagieren sich derzeit freiwillig im Tafelverein. Eine von ihnen ist Ellen Rendenbach. An diesem Mittwoch steht die 70-Jährige an der Brottheke. „Ich hätte gerne Toast“, sagt der Mann vor ihr. „Habe ich leider nicht da. Darf ich Ihnen ein Baguette geben?“ Das nimmt er gern. „Darf es eine Brezel dazu sein?“ Zwei Stunden lang ist der Laden an diesem Mittwoch geöffnet. Fast 100 Menschen holen sich Lebensmittel ab. Viele Wünsche werden erfüllt. Manche aber auch nicht.

„Es gibt nicht immer Nudeln, Mehl oder Zucker“, erläutert Roswitha Huppmann, die heute an der Ausgabestelle für Gemüse mithilft. Gemüse hingegen ist nach ihrer Auskunft immer da. Stark nachgefragt würden Karotten, Paprika und Kartoffeln.

## 1 Million Euro für aktive Standortpolitik in Oberfranken

„Die Gestaltung des demografischen Wandels ist eine der Zukunftsaufgaben für Bayern und seine Regionen. Unser Ziel ist es, gleichwertige Lebensverhältnisse in allen bayerischen Regionen zu schaffen“, erklärte Bayerns Arbeitsministerin Emilia Müller

„Hierzu brauchen wir eine aktive Standortpolitik mit passgenauen arbeitsmarktbezogene Maßnahmen und einer demografieorientierte Fortentwicklung der sozialen Infrastruktur“, so Müller weiter. „Ich freue mich sehr, dass wir zur Unterstützung der strukturellen Entwicklung des Lebens- und Wirtschaftsraums Oberfranken und insbesondere auch des Landkreises Kronach die Region in den nächsten drei Jahren im Rahmen unseres Projekts ‚Demografie Pilotregion Oberfranken‘ mit bis zu einer Million Euro aus dem Arbeitsmarkt- und Sozialfonds bei der Gestaltung des demografischen Wandels unterstützen können.“

Vor dem Hintergrund der Loe-we-Insolvenz in Kronach hat das bayerische Kabinett Anfang September diesen Jahres beschlossen, in Oberfranken das Pilotprojekt „Demografie Pilotregion Oberfranken“ zu starten. In Umsetzung dessen wird ab Januar 2014 eine beim Verein Kronach Kreativ ein-

gerichtete Geschäftsstelle ihre Arbeit aufnehmen. Sie soll alle im Landkreis Kronach bestehenden demografie-relevanten sozialen Einrichtungen, Akteure und Angebote erfassen und vernetzen. Vier Säulen sollen den Haupttätigkeitsbereich der Geschäftsstelle bilden: Familie und Arbeitswelt, ältere Menschen, Kinder und Jugendliche und Regionalentwicklung.

„Ein dichtes Netzwerk nachhaltiger, sozialer Angebote und Strukturen ist entscheidend für den Erhalt guter Lebens- und Arbeitsbedingungen vor Ort! Hierzu ist es wichtig, dass zunächst der konkrete Handlungsbedarf ermittelt wird, um mit diesem Wissen effiziente Konzepte und Projekte zu entwickeln, zu begleiten und zu verbreiten. Unser Ziel ist, in der Region Oberfranken erfolgreiche Projekte in den Bereichen Arbeitsmarkt und Soziales zu etablieren, die dann auch in anderen Regionen Bayerns erfolgreich umgesetzt werden können“, so die Ministerin abschließend. **□**

Verleihung des Deutschen Bürgerpreises:

## Stolze bayerische Preisträger

In Anwesenheit von Bundestagspräsident Prof. Dr. Norbert Lammert wurde in Berlin Deutschlands größter Ehrenamtspreis, der Deutsche Bürgerpreis vergeben. In fünf Wettbewerbskategorien erhielten insgesamt 11 Preisträgerinnen und Preisträger die begehrte Trophäe. Zusätzlich wurden drei Engagierte mit dem Sonderpreis „Hochwasser-Helfer“ ausgezeichnet.

Der Deutsche Bürgerpreis zeichnete in diesem Jahr unter dem Schwerpunktthema „Engagiert vor Ort: mitreden, mitmachen mitgestalten!“ herausragendes Engagement von Personen und Projekten aus, die die Mitmachkultur leben und dabei Hand in Hand mit Kommunen und anderen Engagierten die Lebensqualität vor Ort verbessern. Insgesamt bewarben sich rund 2.700 ehrenamtlich Aktive aus ganz Deutschland – ein neuer Rekord.

Infolge der Flut vom Sommer 2013 vergab die Initiative einmalig den Sonderpreis „Hochwasser-Helfer“, den Bundestagspräsident Norbert Lammert und Georg Fahrenschnon, Präsident des Deutschen Sparkassen- und Giroverbandes, gemeinsam unter anderem an die Facebook-Initiative „Passau räumt auf“ überreichten.

Dass mit dem Hochwasser 2013 eine von Menschenhand nicht aufzuhaltende Kraft am Werk war, ist noch heute unübersehbar. Dass es aber gerade einmal eine Handvoll Menschen schaffen kann, mithilfe der neuen Medien eine nicht minder starke Welle der Hilfsbereitschaft auszulösen – auch das hat die Katastrophe eindrucksvoll gezeigt. Bei ihrer Hilfsaktion „Passau räumt auf“ machten Manuel Grabowski, Karoline Oberländer, Lisa Wagner und Dorothea Will das soziale Netzwerk Facebook zum Zentrum ihrer ehrenamtlichen Nothilfe.

Bis zu 5.000 Helfer haben die Studenten und Mitarbeiter der Universität Passau hier täglich koordiniert. Schnell, unbürokratisch, zielgerichtet – und sehr erfolgreich: Bereits eine Woche nach dem Pegelhöchststand konnten die dringenden Aufräumarbeiten abgeschlossen werden. „Es ist schon toll zu sehen, wie viel man durch die Vernetzung über das Internet bewegen kann – aber der schnelle Erfolg ist nur aufgrund der unglaublich vielen

spontanen Helferinnen und Helfer möglich gewesen“, erinnert sich Karoline Oberländer. Die jungen Menschen haben in einer Notsituation auf innovative Art und Weise für enorme Hilfe gesorgt. Sie sind mit „Passau räumt auf“ nicht nur zu Vorreitern online-basierter Engagements geworden, sondern haben auch ein ganz neues Gemeinschaftsgefühl vor Ort geschaffen, so die Jury des Deutschen Bürgerpreises.

„Das große und entschlossene Engagement der Helfer verdient besondere Anerkennung. Mit dem Sonderpreis würdigen wir stellvertretend alle Freiwilligen, die bei dieser Katastrophe geholfen haben“, so Georg Fahrenschnon. Die Projekte hätten zudem gezeigt, dass Engagement immer häufiger auch online stattfindet. „Das Netz wird sozialer und regionaler. Ehrenamtliche vernetzen und organisieren sich zunehmend online.“

Mit einem zweiten Preis in der Kategorie „Engagierte Unternehmer“ bedacht wurde Petra Beck, Geschäftsführerin einer Familienbäckerei im bayerischen Erlangen. Sie gründete 1998 die „Beck Kinderfonds Stiftung“, um hilfsbedürftige und sozial benachteiligte Kinder und Jugendliche aus der Region gezielt zu fördern. Die Stiftung unterstützt soziale und kulturelle Einrichtungen sowie

Bildungsprojekte mit Geldern, die sie durch verschiedene Spendenaktionen einwirbt.

Zu den geförderten Projekten zählt die Fahrradwerkstatt „Beck-wheel“ des Don-Bosco Jugendwerks Nürnberg, wo Jugendliche ihr handwerkliches Geschick genauso schulen wie ihre soziale Kompetenz und dabei praxisnah auf die Arbeitswelt vorbereitet werden. Oder das „W.L.L.D.-Projekt“ (Wir lernen Deutsch), wo studentische Förderlehrer die Sprachfähigkeiten der Kinder und Jugendlichen verbessern helfen. Innovativ und zukunftsgerichtet auch das „Fast-Food-Projekt“: Nicht mit dem erhobenen Zeigefinger, sondern in anschaulichen Theateraufführungen vermitteln Schüler Mitschülern, wie man sich trotz Alltagsstress gesund und lecker ernähren kann.

Nicht nur im Leben der Stiftungsvorsitzenden Petra Beck spielt der Kinderfonds eine zentrale Rolle: Auch rund 50 ihrer Mitarbeiter sind für die Stiftung aktiv. Sie entscheiden über Förderungen und engagieren sich in den Projekten, organisieren Buchverkäufe und veranstalten Benefizaktionen.

Das eingespielte Wirken von Geschäftsführung und Mitarbeitern im Rahmen eines bereits viele Jahre andauernden Engagements hob die Jury als einer der Hauptgründe für seine Auszeichnung als 2. Preisträger des Deutschen Bürgerpreises 2013 hervor. Zudem zeichneten sich die unterstützten Projekte durch einen nachhaltigen Ansatz aus, da Spiel und Spaß mit handfesten Lerneffekten einhergingen. **DK**

### Memminger Freiheitspreis 1525

Die weltweit bekannte Kinderrechtsaktivistin Malala Yousafzai hat im englischen Oxford den „Memminger Freiheitspreis 1525“ entgegengenommen. OB Holzinger würdigte den Mut und die Entschlossenheit, mit der Malala Yousafzai sich für das Recht auf Schulbildung für Mädchen und Frauen einsetzt. Mit ihrem Ziel, jedem Kind den Zugang zu Wissen und Bildung zu ermöglichen, sei der weltumspannenden Ursache von Armut, Gewalt und Chancenlosigkeit ein mächtiger Gegner entstanden.

Holzinger erinnerte an die Bedeutung der in Memmingen 1525 verabschiedeten 12 Bauernartikel und zog Parallelen zwischen dem Freiheitskampf der unterdrückten Bauern und dem Recht auf Bildung und Teilhabe aller Kinder auf dieser Welt. **□**

### Bayerische Gemeindezeitung

ISSN 0005-7045

Fachblatt der KPv in Bayern

Herausgeber:

Landrat Stefan Rößle

Ehrenherausgeber:

Otto Ammon †

Redaktion:

Anne-Marie von Hassel (verantwortlich)

Doris Kirchner, Chefin vom Dienst

Jakob Döring

Telefon 08171 / 9307-11

Ständige Mitarbeiter:

Lutz Roßmann (Landtag)

Prof. Klaus Jamin (EDV-Specials)

Theresa Flotzinger (KPv)

Peter Müller

Die Zeitung und alle in ihr enthaltenen

Beiträge und Abbildungen sind

urheberrechtlich geschützt.

Mit Ausnahme der gesetzlich zuge-

lassenen Fälle ist eine Verwertung ohne

Einwilligung des Verlages strafbar.

Für unverlangt eingesandte Manuskripte,

Dokumente und Fotos wird

keine Gewähr übernommen.

Namentlich gekennzeichnete Artikel

geben nicht unbedingt die Meinung der

Redaktion wieder.

Anzeigen- und Vertriebsleitung:

Constanze von Hassel (verantwortlich),

Telefon 08171 / 9307-13

Zur Zeit gilt die Anzeigenpreisliste

Nr. 47 vom 01.01.2013

Anzeigenschlusstermine:

siehe Erscheinungs- und Themenplan

Erscheinungsweise:

22 Ausgaben jährlich

(mit zwei Doppelausgaben);

Jahresbezugspreis Inland:

€ 76,10 zzgl. MWST.

Sammelabo ab 10 Lieferanschriften:

(Abrechnung über eine Adresse)

€ 38,25 zzgl. MWST.

Sammelabo ab 10 Zeitungen:

(Abrechnung und Lieferung an eine

Adresse) € 27,- zzgl. MWST.

Kündigung:

zwei Monate vor Jahresende

schriftlich an den Verlag.

Verlags- und Geschäftsleitung:

Anne-Marie von Hassel

Constanze von Hassel

Anschrift und Sitz des Verlags

und aller verantwortlichen Personen:

Verlag Bayerische Kommunalpresse GmbH

Postanschrift:

Postfach 825, 82533 Geretsried

Paketanschrift:

Breslauer Weg 44, 82538 Geretsried

Telefon 08171 / 9307-11

Telefax 08171 / 805 14

eMail: info@gemeindezeitung.de

Internet: http://www.gemeindezeitung.de

Bankverbindungen:

Sparkasse Dillingen

Konto 100 21 566, BLZ 722 515 20

Raiffeisenbank

Füssen-Pfronten-Nesselwang

Konto 144 320, BLZ 733 698 78

Inhaber- und

Beteiligungsverhältnisse:

100 % Verlag Bayer. Kommunalpresse

GmbH, Geschäftsführerinnen:

Anne-Marie von Hassel

Constanze von Hassel

Druck und Auslieferung:

Presse Druck Oberfranken GmbH & Co. KG

Gutenbergstr. 11, 96050 Bamberg

Für die Herstellung dieser Zeitung wird

Recycling-Papier verwendet.

Jahrespressekonferenz der NürnbergMesse:

## Drittbestes Jahr in der Unternehmensgeschichte

„Wenn wir heute zurückschauen auf dieses Jahr 2013, dann stellen wir fest, dass ein vermeintlich schwaches, weil ungerades Jahr ein starkes ist. Ein volles, großes, arbeitsreiches Jahr. Man kann das am Umsatz sehen: Gut 185 Millionen Euro bedeuten, dass 2013 das erfolgreichste ungerade Jahr in der Geschichte des Unternehmens ist, und das drittbeste Jahr überhaupt.“ Mit dieser erfreulichen Bilanz warteten die NürnbergMesse-Geschäftsführer Dr. Roland Fleck und Peter Ottmann bei der Jahrespressekonferenz in der Norisstadt auf. Viel zum deutlichen Umsatzplus gegenüber 2011 (173,3 Mio. Euro) beigetragen habe ein starkes Kongressjahr, in dem zahlreiche Veranstaltungen im NürnbergConvention Center Premiere hatten.

Fleck und Ottmann zufolge stellt 2013 für die NürnbergMesse ein Jahr mit guten Messekennzahlen dar: Mehr als 26.500 Aussteller über die gesamte Group bedeuten gegenüber 2011 ein Plus von drei Prozent. Der Anteil internationaler Aussteller am Messeplatz Nürnberg kletterte erstmals in einem ungeraden Jahr auf 38 Prozent (2011: 37 %). Für die internationalen Fachmessen der NürnbergMesse überschritt der Wert mit 52 Prozent sogar die 50-Prozent-Marke (Vorveranstaltungen: 50 %). Auch die Besucherzahl (über 1,12 Mio., plus 1 %) und die verkaufte Nettofläche (über 800.000 m<sup>2</sup>, plus 5 %) in der Group erreichten Höchstwerte.

### Großinvestition

„Bei Umsatz und Finanzkennzahlen erleben wir auch 2013 eine hohe Planungstreue“, freute sich Messechef Fleck. Zudem sei heuer die Finanzierung der neuen Halle 3A im Wesentlichen erfolgt, „eine Großinvestition, die wir ohne zusätzliche Mittel unserer Gesellschafter stemmen“. Dass die Halle gebraucht werde, stehe außer Frage. So bestätigte sich bereits im ersten Betriebsjahr der prognostizierte Bedarf: „Neun Veranstaltungen in der Halle 3A sind für 2014 schon fest gebucht.“ Die gute Auslastung des Messe- und Kongressplatzes zeige sich nicht zuletzt im so genannten Hallenumschlagfaktor, also an der Zahl, wie oft die gesamte Hallenkapazität vermietet wurde. 2013 ist es der Faktor 13. Im vergangenen Rekordjahr 2012 hatte er 14 betragen.

### Zugkräftiges NCC

Wie arbeitsreich die vergangenen Monate waren, zeigt sich vor

allem in der Auslastung der Convention Center: 2013 fanden dort 56 Kongresse (2011: 48) statt, teils mit begleitenden Fachausstellungen. Insgesamt verzeichneten die drei Convention Center NCC West, NCC Mitte und NCC Ost 287 Belegtage – ein herausragender Wert auch für ein ungerades Jahr. Fleck: „Hier zeigt sich, wie gut das NürnbergConvention Center mittlerweile aufgestellt, wie zugkräftig es national und international ist.“

### Effizientes Netzwerk

Passend zum starken Convention-Jahr feierte die Kongress-Initiative Nürnberg ihr zehnjähriges Bestehen. In diesem Netzwerk der für das Kongressgeschäft relevanten Partner „ziehen alle an einem Strang, und zwar in die gleiche Richtung. Das gemeinsame Streben, Nürnberg als attraktiven Kongressstandort zu positionieren, trägt Früchte“, erklärte Roland Fleck mit Blick auf das Jahr 2013. Der frühere langjährige Wirtschaftsreferent der Stadt hatte das Netzwerk einst initiiert. Er hob die fruchtbare Zusammenarbeit aller Beteiligten hervor: „Der offene Austausch hat zu Verständnis und Vertrauen geführt. Dies ist eine gute Grundlage für den weiteren Erfolg der Stadt und unseres Centers im Convention-Geschäft.“

### Runde Messegeburtstage

Jubiläen wurden freilich nicht nur im Kongressbereich begangen. So feierten 2013 gleich mehrere große Messen runde Geburtstage: Die Endverbrauchermesse Consumenta wurde 60, die international führende Erfindermesse iENA sogar 65. Einen run-

den Jahrestag beging auch die IWA OutdoorClassics, die in diesem Jahr 40 wurde und nach wie vor wächst. An der Historie dieser Messen zeigt sich laut Ottmann beispielhaft: „Starke Partner und starke, geschätzte Kunden sind es, denen wir einen Gutteil unseres Erfolgs verdanken. Es ist die gute Zusammenarbeit, das vertrauensvolle Miteinander, das zum dauerhaften Gelingen führt, wie man nicht zuletzt an den respektablen Jubiläen sieht.“

### Auslandsmessen

Positiv verlief auch die Entwicklung der Auslandsmessen insgesamt, und das bei allen relevanten Kennzahlen. So stieg die Ausstellerbeteiligung um 8 Prozent, die Nettofläche um 10 Prozent und die Zahl der Besucher um 18 Prozent gegenüber dem vergleichbaren Jahr 2011. „Das zeigt, dass wir auch international gut vorangekommen sind“, konstatierte Ottmann. Den Erfolg machte er dabei weniger an einer einzelnen Veranstaltung fest, sondern vielmehr am Gesamtbild.

Dass das Jahr 2013 nicht nur ein starkes, sondern auch ein energiegeladenes Jahr war, verdeutlicht das Energiemanagementsystem, an dem die NürnbergMesse in den vergangenen Monaten intensiv gearbeitet hat. „Unser Ziel ist es, unter den weltweit führenden Messegesellschaften einen Spitzenplatz im Bereich der Energieeffizienz einzunehmen“, bemerkte Roland Fleck. Nach der unternehmensweiten Einführung des Energiemanagementsystems in den kommenden Monaten wird die Zertifizierung der NürnbergMesse nach DIN EN ISO 50001 erfolgen. „Das ist dann das erste Modul unserer Energieoffensive, dem ab kommendem Jahr weitere folgen werden“, so Fleck und Ottmann.

### Neue Halle 3A

Mit Blick auf 2014 wiesen die beiden Geschäftsführer auf ein Jubiläum in eigener Sache hin: Dann nämlich feiert die NürnbergMesse ihr 40-jähriges Bestehen. Ohnehin werde 2014 ein herausgehobenes Jahr – „nicht nur, dass wir ein sehr erfolgreiches Geschäftsjahr erwarten, wir eröffnen auch unsere neue Halle 3A – und begehen unser Unternehmensjubiläum“.

„Das Wachstum, das wir bei der NürnbergMesse erleben und erleben werden, ist ein Wachstum auf breiter Front, bei Kongressen und Conventions wie bei Investitionsgüter-, Konsumgüter- und Dienstleistungsmessen“, fuhren Fleck und Ottmann fort. Das bewährte Portfolio wachse und gedeihe. „Selbstredend ragt an der einen oder anderen Stelle eine Veranstaltung heraus, aber wir erleben hautnah, dass unsere Messekonzepte funktionieren und wir die wahrgenommenen Messepotenziale bei unseren Veranstaltungen auch realisieren können.“

### Ausblick

„Zu unserem 40. Geburtstag hätten sich einige sicher einen neuen Rekordumsatz gewünscht, Roland Fleck und ich wünschen uns lieber wieder einen hohen einstelligen Gewinn“, machten die Messechefs abschließend deutlich. Dies sei für die Zukunftsfestigkeit dieser Gesellschaft allemal wichtiger. „Weil aber Umsatzzahlen nicht ohne Bedeutung sind, erwarten wir eine Umsatzspanne zwischen den beiden letzten Rekordjahren 2010 und 2012, also zwischen 210 und 230 Mio. Euro.“ DK

## GZ Gestern hat mein Chef gesagt ...

„So, jetzt wäre dieses Jahr auch schon fast geschafft. Haben Sie die Liste mit den Weihnachtsbesuchen gerade griffbereit?“ Mein Chef, der Bürgermeister, war in seinem Element.

Denn ihm ist es ganz wichtig, bei aller Geschäftigkeit des Alltags nie zu vergessen, denjenigen in der Stadt „Danke“ zu sagen, die dann für andere da sind, wenn es sich die Meisten behaglich zu Hause einrichten können. Weihnachten bietet sich da natürlich an, da wir gerade an diesen Tagen doch sehr in den Innerlichkeitsmodus wechseln. Für den Chef heißt das, den ganzen Heiligen Abend von Haus zu Haus zu gehen, von der Polizei zur Feuerwehr, vom Rettungsdienst zum Frauenhaus, weder den Bauhof noch die Bereitschaftstube des Stadtwerke-Notdienstes zu vergessen. Überall werden ein paar freundlich-interessierte Worte gewechselt,



nehmigt werden. Für Freunde eines stillvollen vorweihnachtlich-winterlichen Bummels wird es kein Trost sein, dass dort auch ein Ramadan-Fest nur als Sommerfest genehmigt werden kann.

Schöne neue Sprachwelt: Auf der Winterdult geht ein rotbäckiger Kapuzenmann (St. Nikolaus) herum und verteilt Neujahrs-Gebäck (Weihnachtsplätzchen), an den Ständen sind

Erwartungs(Advents)kerzen zu kaufen, Frost (Weihnachts)sterne funkeln und (Christbaum) Schmuck für die jahreszeitgemäße Tannen- oder Fichten-Innendeko wird angeboten. Die Menschen entbieten sich artig jahreszeitliche Grüße oder wünschen sich schöne freie Tage, ohne Advent, Weihnachten oder das Christkind zu erwähnen und irgendwann wird die Diskussion aufgenommen, warum man Ende Dezember so viele freie Tage hat, wenn das Wetter mies ist, anstatt das auf Ende Januar zu verlegen, wenn man besser Skifahren kann oder gleich in den Sommer, wenn's wärmer ist. Hysterische Visionen? Hoffentlich.

Mein Chef, der Bürgermeister, möchte die religiöse Basis unserer Gesellschaft erhalten. Die christlichen Traditionen, die hier über 1.200 Jahre verankert sind, können durch Glaubens-traditionen unserer zugewanderten Mitbürger in Vielfalt ergänzt werden, aber niemand sollte versuchen, sie zu verdrängen. Niemand muss an die Wahrheit dessen glauben, was Papst Benedikt XVI. so umschrieben hat: „Der Stern der Heiligen Nacht - das ist zunächst der Mensch gewordene Sohn selber. Er ist das Licht, das den Weg durch die Straßen der Geschichte zeigt“. Aber jeder sollte respektieren, was dies vielen Menschen bedeutet.

Verehrte Leserin, lieber Leser, das Jahr neigt sich dem Ende zu und ich möchte die Gelegenheit nutzen, Ihnen dafür zu danken, dass Sie bei aller Dichte der Ereignisse die Zeit gefunden haben, mich und meinen Chef zu begleiten. In ein paar Tagen feiern wir die Geburt des Kindes, das sein Licht in die Welt gebracht hat. Freuen wir uns darauf und auf etwas Ruhe vor den Herausforderungen des Neuen Jahres. Ihnen eine gesegnete Weihnachtszeit und ein friedliches, erfolgreiches Jahr 2014!

## Christliche Traditionen erhalten

Plätzchen gegessen und Glühwein getrunken. Nach Hause kommt er erst, wenn bei anderen der Baum schon geschmückt und alles festlich hergerichtet ist. Das ist dann sein „Feiertagsdienst“.

Wenigstens ist noch nicht die Diskussion darüber ausgebrochen, ob Weihnachtsbesuche in Zeiten des Multikulturalismus wohl noch politisch korrekt wären. Im November gab es ja eine große Debatte darüber, ob man nichtchristlichen Kindern zumuten kann, St. Martin zu feiern oder ob man nicht besser ein „Sonne-Mond- und-Sterne-Fest“ abhalten sollte. Muslimische Eltern haben sich dagegen verwahrt, weil der christliche Heilige Tugenden wie Nächstenliebe und Almosengeben verkörpere, die auch im Koran eine wichtige Rolle spielen.

Geflügelte Jahresendfiguren statt Weihnachtssengel und ähnlichen Sprachkitsch gab es ja auch schon in der DDR, um damit liebgeordnetes Brauchtum von seinen christlichen Wurzeln zu entfernen und gleichsam frei schwebend im Ungefähren zu halten. Sprachpolizisten von heute sind sofort bei der Hand, im Namen der religiösen Toleranz den Rotstift bei Begriffen anzusetzen, die mit Weihnachten oder Advent zu tun haben. In Berlin-Kreuzberg sollen angeblich Weihnachtsmärkte nur noch als Winterfeste ge-

der  
Sabrina



## Messe-Stand in neuem Design

Ferienland Donau-Ries schult Stand-Personal für die Messe-Saison

Nördlingen (pm). Oettingen i. Bay., das Residenzschloss und die Brauerei waren Ziel der diesjährigen Messe-Schulung des Ferienlandes Donau-Ries. Dabei wurden, wie unser Bild zeigt, wieder alle Mitarbeiter und Ehrenamtliche, die in der kommenden Messe-Saison am Stand des Ferienlandes eingesetzt werden, über touristische Neuerungen in der Region informiert, um für die Fragen der Besucher gewappnet zu sein.

Die wichtigste Neuigkeit: Der Messe-Stand des Ferienlandes präsentiert sich in komplett neuem Design. Er wird erstmals bei der am 11. Januar 2014 startenden Reismesse CMT in Stuttgart eingesetzt. Großformatige Bilder, ein zeitgemäßes Erscheinungsbild und die Konzentration auf die Kernthemen machen den neuen Stand zu einem wahren Hingucker.

Das Ferienland wird sich 2014 wieder an den Messen in Stuttgart, München, Nürnberg, Mainz und Augsburg mit einem eigenen Stand beteiligen. Das Jahresthema „Sagenhafte Städte“ wird 2014 weitergeführt, nach den Stadtgeschichte(n) 2013 stehen im neuen Jahr die Stadtfeste im Mittelpunkt. Wichtigste Neuigkeiten beim Geopark Ries: Nach dem Erlebnis-Geotop Lindle wurden in diesem Jahr gleich zwei neue Geotope der Öffentlichkeit zugänglich gemacht – das Geotop „Kalvarienberg“ bei Gosheim und das Geotop „Glaubeberg“ bei Großsorheim. Mitte 2014 werden drei weitere Geotope bei Maillingen, Mönchsdeggingen und Wörnitzstein für Besucher eröffnet.

Wie Landrat Stefan Rößle als Vorsitzender des Vereins Ferienland betonte, befindet sich das Ferienland Donau-Ries seit über 10 Jahren auf Erfolgskurs. Eine Zunahme der Übernachtungen mit über 57 % in diesem Zeitraum sprechen für sich, erklärte er und machte auch deutlich, dass dies nur durch die intensive Zusammenarbeit vieler Beteiligter und nicht zuletzt durch das geschlossene, gemeinsames Auftreten erreicht wurde, das gerade bei den Messen besonders deutlich werde. □

### Gemeinsamer Bürgerwald Gerolzhofen-Dingolshausen:

## Auszeichnung mit Staatspreis

Für die vorbildliche Bewirtschaftung und Pflege ihrer Wälder hat Forstminister Helmut Brunner 14 Waldbesitzer aus Bayern mit dem Staatspreis ausgezeichnet. Ausgezeichnet wurde auch der Gemeinsame Bürgerwald Gerolzhofen-Dingolshausen.

„Der Preis ist eine Anerkennung für Ihren langjährigen großen Einsatz für den Wald und unsere Gesellschaft“, sagte Brunner beim Festakt in der Münchner Residenz. Nach seinen Worten haben sich die Preisträger seit Jahrzehnten in vorbildlicher Weise für den Aufbau artenreicher und gepflegter Mischwälder engagiert. Für die Auszeichnung, die alle zwei Jahre vergeben wird und heuer unter dem Motto „300 Jahre Nachhaltigkeit“ stand, hatten sich 48 Bewerber qualifiziert. Die Preisträger erhielten jeweils eine Staatsmedaille und einen Scheck über 1.000 Euro.

### Langjähriger Einsatz

Nach Aussage Brunners sind nachhaltige und naturnah gepflegte Wälder am besten gegen die Auswirkungen des Klimawandels wie etwa zunehmende Witterungsextreme gerüstet. Sachgemäß bewirtschaftet und gepflegt seien die Waldbestände weniger anfällig gegen Trockenheit, Sturmwurf und Schneedruck. Mit dem Staatspreis will der Minister noch mehr Waldbesitzer ansprechen ihre Wälder aktiv zu pflegen und in stabile Mischwälder umzubauen: „Wie in allen Lebensbereichen brauchen wir auch hier keine zusätzlichen Vorschriften, sondern Vorbilder.“ Der Preis diene aber auch dazu, das Verständnis für die notwendige Bewirtschaftung der Wälder in der Gesellschaft zu fördern und die vielfältigen Leistungen ihrer Besitzer darzustellen.

Den Staatspreis für vorbildliche Waldbewirtschaftung gibt es seit 1997. Er würdigt die besonderen Leistungen von Waldbesitzern und forstlichen Zusammenschlüssen bei Baumartenwahl, Waldbau, unternehmerischem Engagement, Holzverwertung und Betriebsführung. Detailinformationen finden sich unter [www.forst.bayern.de](http://www.forst.bayern.de) □

# Trend zu mehr Identität im ländlichen Raum

Vortrag beim Thierhauptener Advent weist Chancen für ländliche Regionen auf

Im Rahmen des Thierhauptener Advents fand in der Schule der Dorf- und Landentwicklung (SDL) die jährliche Mitgliederversammlung statt. Der anschließende Vortrag des Wiener Zukunftsforschers Andreas Reiter beschäftigte sich mit dem Thema „Zukunft Land – wie bleiben unsere Regionen auch morgen noch attraktiv?“

Bezirkstagspräsident und Vorstand Jürgen Reichert zollte Lob, Respekt und Dank für die Arbeit und das Engagement der Geschäftsführerin Gerlinde Augustin. Mit Begeisterung und Leidenschaft gestaltet sie das Weiterbildungsangebot der Schule der Dorf- und Landentwicklung im Kloster Thierhaupten, die sich seit mehr als 20 Jahren unter der Trägerschaft des Bezirks Schwaben befindet. Für besondere Verdienste um Bürgerbeteiligungsprozesse im ländlichen Raum wurde Augustin kürzlich von der Bayerischen Akademie Ländlicher Raum mit der Ehrennadel ausgezeichnet.

Mit 79 Veranstaltungen und rund 1.700 Teilnehmern im Jahre 2013 genießt die SDL weit über die Grenzen Schwabens hinaus einen ausgezeichneten Ruf. „Diesen Erfolg verdanken wir auch unserem professionellen Moderatorenteam“, betonte Gerlinde Augustin. Im Fokus standen vor allem die Themen Ländliche Entwicklung, interkommunale Zusammenarbeit und Fachseminare. Bürgermeister, Gemeinderäte und engagierte Bürger erarbeiten sich in den Veranstaltungen der SDL wichtiges Know-how, um die Herausforderungen des demographischen Wandels im ländlichen Raum zu meistern. „Die Schule der Dorf- und Landentwicklung ist der ideale Lernort für Profis und Praktiker aus der Kommunalarbeit. Sie ist aber auch ein Forum für neue Denksätze, sie ist der Rahmen, in dem visionär gedacht werden darf“, so Jürgen Reichert. Vordenker und Impulsegeber ist u. a. auch der Fachbeirat, dessen Vorsitzender Dr. Peter Jahnke, Überlegungen zur effektiveren Förderung und Belegung ländlicher Räume vorstellte.

So passte es gut ins Bild, dass auch der Wiener Trend- und Zukunftsforscher Andreas Reiter in seinem Referat unkonventionelle Ideen vorstellte. Im ländlichen Raum sei ein deutlicher Trend hin zu mehr Identität erkennbar, dem sich die Gemeinden abseits der Metropolregionen stellen müssten. Der Österreicher berät zahlreiche Regionen und Städte und begleitet nachhaltige Entwicklungsprojekte. Im Mittelpunkt seines Vortrags stand die Frage, wie sich eine Region eine eigene, unverwechselbare

### Regionale Identität

Identität geben kann. Wie kann daraus eine Marke werden, die den Wert der Region steigert und so die Lebensqualität der Landbevölkerung verbessert? Politisch tradierte Räume lösen sich auf, die Metropolregionen werden zunehmend wichtiger. Diesem Trend müssten politische Akteure im ländlichen Raum entgegenwirken; Unterstützung erhalten sie von Organisationen wie der SDL. „Die Kluft zwischen urbanen Gewinnern und peripheren Verlierern muss verringert werden“, so Andreas Reiter. „Regionen stehen immer im Wettbewerb zu einander. Sie müssen effiziente, strategische Entwicklungspolitik betreiben, um die Lebensqualität der Landbevölkerung zu steigern.“



Von links: Minister a.D. Josef Miller, 1. stv. Vorsitzender; Johann Huber, 2. stv. Vorsitzender; Bezirkstagspräsident Jürgen Reichert, Vorstandsvorsitzender der SDL Thierhaupten; Gerlinde Augustin, Geschäftsführerin; Andreas Reiter, Zukunftsforscher aus Wien und Schatzmeister Richard Fank, Vorstandsvorsitzender der Kreisparke.

Small ist beautiful

Je schnelllebiger, globaler und fließender unser Leben wird, desto größer ist der Wunsch der Menschen nach kleinen, regionalen Einheiten mit überschaubaren, aber effizienten Netzwerken. Gleichzeitig stößt die quantitative Steigerung der Wirtschaftsleistung an ihre Grenzen. Soziale Innovation und weiche Standortfaktoren werden zunehmend wichtiger. Und genau darin liegt die Chance des ländlichen Raumes: Eine gute Infrastruktur, zukunftssträchtige Kompetenzfelder, eine differenzierte Bildungslandschaft, integrierte Mobilität, Netzwerkkompetenz und nicht zuletzt eine regionale Identität sind die Erfolgsfaktoren, die dem ländlichen Raum zu Attraktivität und Stabilität verhelfen können.

### Small ist beautiful

Beispiele Vorarlberg und Südtirol

Der ländliche Raum muss lokale Wertschöpfungspotenziale entwickeln und sich ein unverwechselbares Profil geben, das zur Geschichte und zur Mentalität der Bevölkerung passt. Unter diesem Profil werden dann unterschiedliche Branchen und Bereiche der Region vermarktet. Herausragende Beispiele dafür sind die Regionen Vorarlberg und Südtirol, die sich mit einem besonders gut gelungenen Standortmarketing eine unverwechselbare Identität erarbeitet haben. Voraussetzung für das Gelingen dieser Identitätsfindung ist der Rückhalt der Bevölkerung und die Beteiligung möglichst vieler engagierter Bürger, damit diese Identität in allen Bereichen gelebt wird. Im Idealfall gelingt es, aus der regionalen Identität eine Marke zu schaffen, die weit über die jeweilige Region hinaus bekannt und geschätzt ist.

### Beilagenhinweis

Dieser Ausgabe der Bayerischen Gemeindezeitung liegt eine Eigenbeilage des Verlags Bayerische Kommunalpresse GmbH zum Breitbandforum 2013 bei. Wir bitten um freundliche Beachtung.

## Internationaler Tag gegen Gewalt an Frauen

Weltweit finden am „Internationalen Tag gegen Gewalt an Frauen“ Aktionen statt. Das Landratsamt München beteiligte sich auch in diesem Jahr. Unter anderem hatte es eine Fahne als Symbol gegen Gewalt gehisst.

Die Mitarbeiter der Interventionsstelle (ILM) Landkreis München waren vor Ort und unterstützten die Aktion. Die ILM nahm ihre Tätigkeit im vergangenen Jahr auf. Sie ist die erste landkreiseigene Beratungsstelle für Opfer häuslicher Gewalt. Hier konnten die Mitarbeiter des Hauses, sowie die Bürgerinnen und Bürger im Foyer des Landratsamtes die Arbeit der Interventionsstelle kennenlernen.

Die Stellvertreterin der Landrätin, Susanna Tausendfreund, und die Gleichstellungsbeauftragte Fabienne Schrankel würdigten das Engagement: „Aufgabe des Landkreises ist es, Aufklärungsarbeit zu leisten und leicht zugängliche

Hilfsangebote zu organisieren. Mit der Interventionsstelle ILM hat der Landkreis einen wichtigen Schritt getan“, sagte Susanna Tausendfreund. „Ein eigenes Frauenhaus, in dem die Betroffenen Schutz finden, wird bald folgen.“

Besonders für die Gleichstellungsstelle ist diese Thematik von besonderer Bedeutung. „Dass das Thema Gewalt gegen Frauen für die Gleichstellungsarbeit von herausgehobenem Interesse ist, hat meine Vorgängerin Ragnhild Esswein-Koppen dazu veranlasst, sich viele Jahre aktiv mit dem Thema Gewalt gegen Frauen und auch Männer auseinanderzusetzen“, erklärte Fabienne Schrankel.

## Neues Kinderhaus der Stiftung Attl in Pfaffing

„Es ist eines meiner zentralen Anliegen, dass Kinder mit Behinderung in ihrer Familie aufwachsen können. Um dies auch bei behinderten Kindern mit großem Betreuungsbedarf zu ermöglichen, steht eine breite Palette an Hilfen für Familien zur Verfügung, wie die Unterstützung durch ambulante Dienste oder teilstationäre Einrichtungen. Können Eltern dennoch ihr behindertes Kind nicht mehr zuhause betreuen, brauchen wir Lebensorte, an denen diese Kinder willkommen sind und am Leben der Gemeinschaft teilhaben können. Ich freue daher mich sehr, dass die Stiftung Attl ein neues Wohnhaus für Kinder und Jugendliche mit Behinderung in Mitten von Pfaffing mit Unterstützung des Sozialministeriums errichtet hat. Die Kinder sind so im Gemeindeleben voll integriert“, betonte Sozialministerin Emilia Müller anlässlich der Einweihung des Kinderhauses der Stiftung Attl in Pfaffing.

Die Errichtung des Kinderhauses, in dem 16 Kinder und Jugendliche mit Behinderung wohnen können, hat das Bayerische Sozialministerium mit über 930.000 Euro unterstützt.

## LIEFERANTEN - GZ NACHWEIS

### Abfallbehälter

**BECK**  
Bestens ausgeStadtet.

BECK GmbH & Co. KG  
71364 Winnenden · Tel. 07195/69 33 00  
www.stadtmobel.de

### Absperrpfosten

LANGER s. Fahrradabstellanlagen

### Ankauf / Briefmarken

**Briefmarken-Ankauf**  
auch Münzen, Briefe, Ansichtskarten  
Briefmarkenauktionshaus Schule  
Frauenloggen 73 · 70443 Münsingen  
Telefon: 0911 / 2 40 68 70

### An- und Verkauf von Kommunalfahrzeugen

**Unimog und Ersatzteile**  
Fa. Donnerbauer, Tel. 0170-5729733  
www.donnerbauer.com

### Bänke

**NUSSER**  
Bestens ausgeStadtet.

Nusser Stadtmöbel GmbH & Co. KG  
71364 Winnenden · Tel. 07195/693-111  
www.stadtmobel.de

### Fahrradabstellanlagen

LANGER s. Wartehallen/Außenmöblierungen

### Geschenke für Neugeborene

**kerler**

**Willkommensgeschenke für Neugeborene:**  
bestricke Babyhandtücher / Babylätzchen oder auch bedruckte Babyhalstücher mit dem Wappen Ihrer Stadt als Begrüßungsgeschenk des Bürgermeisters

Alles in Textil ..... bestickt – gewoben – bedruckt – individuell gefertigt!

Kerler GmbH – Accessoires & Fashion team  
Schwanthaler Straße 100, 80336 München  
Tel.: 089 / 543 29 890, Fax: 089 / 543 43 587  
post@kerler.de www.kerler.de

### Kommunale Energieberatung

**KlimaKom Green City Energy**

Energie- und Klimaschutzkonzepte für Kommunen und Regionen • bürgernah • handlungsorientiert  
Ein Gewinn für Ihre Kommune und Region!

Tel. 089/99 06 68 900 • www.klima-kommune.de  
peter.keller@greencity-energy.de

### Schacht-Ausrüstungen

**Schachtdeckungen, Schachtleitern  
Einstieghilfen, Fallschutzeinrichtungen  
Fassadenleitern, Rückenschutzsysteme**

Hailo-Werk · Schacht-Ausrüstungstechnik  
Postfach 1262 · D-35702 Haiger · Fax: (02773)821218  
Telefon: (02773)821256 · www.hailo-professional.de

### Sportgeräte

www.benz-sport.de

ORIGINAL BENZ SPORT

Tel. 07195 / 69 05 - 0 | Fax 07195 / 69 05 - 77 | info@benz-sport.de

Sie finden uns auf Twitter und Facebook:  
[www.twitter.com/gz\\_aktuell](http://www.twitter.com/gz_aktuell)  
[www.facebook.com/GZaktuell](http://www.facebook.com/GZaktuell)

### Standort- und Kommunalberatung

**STANDORT KOMMUNE**

Einzelhandelskonzepte | Auswirkungen | Frequenzanalysen | Nahversorgungskonzepte | Spielhallenkonzepte | Freizeit- und Tourismuskonzepte | Beteiligungsverfahren

SK Standort & Kommune Beratungs GmbH  
Benno-Strauß-Straße 7 (B) | 90763 Fürth  
Tel.: 0911-979079310 | Fax: 0911-979079399  
kontakt@standort-kommune.de | www.standort-kommune.de

### Wartehallen/Außenmöblierungen

**LANGER**  
05326 / 502-0

Wartehallen

38685 Langelsheim • www.langer-georg.de  
Ein Gesellschafter der ELANCIA AG

### Wartung und Reinigung von Lüftungs- und Feuerungsanlagen

**LRS**  
LÜFTUNGS-REINIGUNGS-SERVICE

Franz Sedlmeier  
Inhaber

Lüftungs-Reinigungs-Service  
Wolfratshäuser Straße 9a  
82049 Pullach im Isartal  
Telefon: (089) 74 44 24 98  
Fax: (089) 74 44 24 99  
E-Mail: info@l-r-service.de  
Internet: www.l-r-service.de

Ihr Kontakt zur Anzeigenabteilung:  
**Constanze von Hassel**  
**Telefon (0 8171) 93 07-13**  
hassel.constanze@gemeindezeitung.de

### Weihnachtsbeleuchtung

**weihnachtsbeleuchtung**  
beratung · planung · vertrieb  
gramware · lichtschlauch · led

bahnhofstraße 8  
91233 neunkirchen a. sand  
telefon: 09123/99 812 99  
fax: 09123/99 812 98  
deko-jochum@t-online.de  
www.deko-jochum.de

Wir liefern in 8-14 Tagen - und das bis kurz vor Weihnachten!

**Inserieren bringt Erfolg!**  
www.gemeindezeitung.de

ERSTES BAYERISCHES BREITBANDFORUM:

## WICHTIGE PLATTFORM AUF DEM WEG ZUM SCHNELLEN INTERNET

250 TEILNEHMER BEI GZ-FACHVERANSTALTUNG IM MOC MÜNCHEN

Die Versorgung mit schnellem Internet ist eine zentrale Aufgabe der Daseinsvorsorge. „Ein leistungsfähiges Datennetz wird als zwingend nötige Infrastruktur erwartet, wie Wasser, Strom und Verkehrsanbindung. Soll und Haben bei diesem Thema sind ganz, ganz harte Standortfaktoren“, erläuterte GZ-Verlegerin Anne-Marie von Hassel in ihrer Begrüßungsrede. Nur durch flächendeckenden hochbitratigen Breitbandanschluss könne echter Wettbewerb den Standort Bayern insgesamt stärken. Den kommunalen Entscheidern falle hierbei die Aufgabe zu, die beste Lösung zu finden und deren Finanzierung sicherzustellen.

Mit dem Bayerischen Breitbandforum im MOC Veranstaltungszentrum in München hat die Bayerische GemeindeZeitung in Kooperation mit dem Bayerischen Gemeindetag eine Plattform geschaffen, über die Kontakte zu Dienstleistern, Finanzpartnern und Netzbetreibern ermöglicht wurden. Die Communication World bot hierfür den perfekten Rahmen. Zusätzlich konnte die Messe besucht werden, auf der selbst ein großes Produktangebot für die öffentlichen Auftraggeber präsentiert wurde.

Insgesamt folgten gut 250 Teilnehmer aus Kommunen und branchenrelevanten Unternehmen der GZ-Einladung. Das Forum konn-

te zudem knapp zwei Dutzend Partner bzw. Aussteller für sich gewinnen. Für 2014 ist eine Fortsetzung der Veranstaltung im Rahmen der Communication World geplant.

Hochkarätige Referenten (Dr. Rainer Bauer / Bayerisches Finanzministerium, Christoph Donhauser / PwC AG, Heinrich Lenz / Bürgermeister Hinterschmiding, Birgit Jakob / LfA Förderbank Bayern, Dr. Annette Schumacher / Kabel Deutschland, Reinhard Wrchlavsky / LEW TelNet, Udo Harbers / Deutsche Telekom, Roland Werb / Corwese GmbH, Andreas Weber / REHAU AG + Co., Dr. Christian von Boetticher / Wirtschaftsrat Recht Bremer &



Heller GbR, Peter Reisinger / M-Net, Anja Schramm / inexio KGaA) erläuterten die Problemstellung, technische Umsetzungsbeispiele sowie juristische Fachfragen ebenso wie Finanzierungsmöglichkeiten des Breitbandausbaus in Bayerns Kommunen. ■



Etwas mehr als 250 äußerst interessierte Besucher verzeichnete das Erste Breitbandforum der Bayerischen GemeindeZeitung im Rahmen der Communication World im MOC in München. ■



DR. RAINER BAUER / BAYERISCHES STAATSMINISTERIUM DER FINANZEN:

## BREITBAND IN BAYERN: WIE GEHT ES VORAN?

Zum 1. Dezember 2012 ist die Bayerische Breitbandrichtlinie in Kraft getreten. Wie Ministerialdirigent Dr. Rainer Bauer deutlich machte, soll künftig ein besonderes Augenmerk auf die spezielle Unterstützung der Kommunen gelegt werden. Sie fungierten vor Ort als konkrete Ansprechpartner für die Bürger.

Ziel der Bayerischen Breitbandrichtlinie ist die Förderung des Aufbaus von Breitband-Hochgeschwindigkeitsnetzen in Gewerbe- und Kumulationsgebieten mit Übertragungsraten von mindestens 50 Mbit/s im Downstream und mindestens 2 Mbit/s im Upstream (Netze der nächsten Generation, NGA-Netze). Damit sollen die in Gewerbe- und Kumulationsgebieten angesiedelten Unternehmen in ihrer Wettbewerbsfähigkeit gestärkt und die Attraktivität dieser Räume als Wirtschaftsstandorte gesteigert werden.

Die Erschließung weiterer Anschlussinhaber wie Privathaushalte, Telearbeitsplätze,

### DOKUMENTATION IM INTERNET

Vorträge und Links zu den Ausstellern des Bayerischen Breitbandforums stehen unter [www.bayerisches-breitbandforum.de](http://www.bayerisches-breitbandforum.de) zum Download bereit. ■

kommunale Einrichtungen, Schulen und Behörden auch unterhalb einer Übertragungsrate von 50 Mbit/s im Downstream sei ein erwünschter Nebeneffekt. Die Erschließungsgebiete werden laut Bauer durch den Zuwendungsempfänger – Gemeinden, Zusammenschlüsse von Gemeinden und Gemeindeverbände im Freistaat – festgelegt.

### HÖCHSTFÖRDERUNG 500.000 EURO

Je Kommune ist eine Höchstförderung von 500.000 Euro vorgesehen. Die Fördersatzte sind festgelegt nach der Finanzkraft der Gemeinde. Der Fördersatz beträgt bis zu 40 % der Wirtschaftlichkeitslücke für Zuwendungsempfänger mit stärkerer Finanzkraft, bis zu 50 % für Zuwendungsempfänger mit durchschnittlicher Finanzkraft und bis zu 60 % für finanzschwächere Zuwendungsempfänger. Die Festlegung des Fördersatzes im Einzelfall erfolgt durch die Bewilligungsbehörde. Für Zuwendungsempfänger in Regionen mit besonderem Handlungsbedarf und für Zuwendungsempfänger, die durch Standortschließungen oder Standortverkleinerungen der Bundes-

wehr oder durch den Abzug der US-Streitkräfte betroffen sind, beträgt der Fördersatz bis zu 80 % der zuwendungsfähigen Kosten.

Die Notwendigkeit der Förderung ergibt sich, so Bauer, daraus, dass insbesondere in den vielen ländlich geprägten Räumen des Flächenlands Bayern die Wirtschaftlichkeitslücken so groß sind, dass hier auf lange Sicht kein eigenwirtschaftlicher Ausbau zu erwarten ist. Ohne staatliche Anreize werde deshalb der Ausbau der hochbitratigen Anschlüsse nicht erfolgen, die jedoch für den Erhalt der Wirtschaftskraft dieser Regionen unerlässlich sind.

Mit dem Förderprogramm leiste der Freistaat Bayern gleichzeitig einen wichtigen Beitrag zur Verwirklichung der Breitbandstrategie



Ministerialdirigent Dr. Rainer Bauer. ■

der Bundesregierung. Deren Ziel ist es, 75 % aller Haushalte bis 2014 mit 50 Mbit/s zu versorgen. „Davon sind wir sicherlich ein Stück weit entfernt“, meinte der Ministeriumsvertreter. Auch die EU fordere in ihrer Digitalen Agenda eine Bandbreite von mindestens 30 Mbit/s bis 2020 für alle EU-Bürger – ein Ziel, das nach Bauers Aussage „auf alle Fälle erreicht wird“ – und mindestens 100 Mbit/s für wenigstens die Hälfte aller europäischen Haushalte in allen Mitgliedstaaten.

Bevor Geld in die Kommunen fließen kann, müssen Städte und Dörfer zuerst ein Förder-

gebiet definieren und nachweisen, dass dieses unterversorgt ist. Insgesamt umfasst das Förderverfahren 19 Schritte, die Bauer zufolge „im Detail sehr differenziert ausfallen, jedoch mit entsprechenden Dokumentationspflichten zu den Berechnungen und Verfahren, wie die Wirtschaftlichkeitslücke geschlossen werden soll, durchlaufen werden müssen“. Die Dokumentationspflichten seien durchaus anspruchsvoll, weshalb das von PwC (Pricewaterhouse Coopers Legal AG Rechtsanwalts-gesellschaft) betriebene Bayerische Breitbandzentrum den Kommunen hier wertvolle Hilfestellung biete.

Konkret stehe das Breitbandzentrum allen Kommunen während des Förderprozesses als Ansprechpartner zur Verfügung und biete den Gemeinden umfangreiche und kostenfreie Unterstützungsleistungen – ein Angebot, das bisher bereits mehr als 910 Kommunen in rund 1380 Gesprächen wahrgenommen haben (Stand: Oktober 2013).

### POTENZIALERMITTLUNG

Aktuell nutzen etwa 340 Kommunen im Freistaat das bayerische Förderprogramm, um die Breitbandversorgung in ihrer Region nachhaltig und zukunftsweisend zu verbessern. Insgesamt schreitet nach Bauers Darstellung der Förderprozess stetig voran; fast täglich stiegen neue Gemeinden in das Verfahren ein oder gingen im Prozess den nächsten Schritt. So hätten einige Gemeinden das Auswahlverfahren bereits abgeschlossen und erwarteten in den kommenden Wochen ebenfalls ihre Zuwendungsbescheide.

Bauer zufolge haben als erste Kommunen in Bayern Willanzheim und Iphofen Zuwendungsbescheide im Rahmen des bayerischen Hochgeschwindigkeitsförderprogramms erhalten und können den Ausbau von hochleistungsfähigen Breitbandnetzen realisieren. Die Förderbescheide habe Finanzminister Dr. Markus Söder kürzlich übergeben. Dieser habe zudem bereits angekündigt, die bestehende Breitbandförderrichtlinie auf Vereinfachungsmöglichkeiten hin zu überprüfen. Damit sollen die Kommunen „deutlich intensiver und besser“ unterstützt werden. Haushaltsmittel stünden ausreichend zur Verfügung. Zwar sei der Abfluss derzeit noch denkbar gering, doch hofft Bauer, „dass die Gemeinden eine qualifizierte Betreuung erfahren und die zur Verfügung stehenden Mittel abrufen können“. ■

BIRGIT JAKOB / LfA FÖRDERBANK BAYERN:

# FÖRDERKREDIT FÜR SCHNELLES INTERNET IN GANZ BAYERN

## FINANZIERUNG DES KOMMUNALEN EIGENANTEILS DURCH DIE LfA

**F**inanzierungshilfe für schnelles Internet: Bayerns Gemeinden können auf einen Förderkredit zugreifen, um den Auf- und Ausbau von Hochgeschwindigkeitsnetzen zu finanzieren. Der zinsgünstige Infrakredit Breitband der LfA Förderbank Bayern flankiert das Zuschussprogramm des Bayerischen Wirtschaftsministeriums und ermöglicht eine Finanzierung von bis zu 100 Prozent der förderfähigen Aufwendungen.

Gefördert werden Aufwendungen der Gemeinde zur Schließung der Wirtschaftlichkeitslücke bei Investitionen von privaten oder kommunalen Netzbetreibern in bayerische Breitbandinfrastrukturen. Antragsberechtigt sind Gemeinden, Zusammenschlüsse von Gemeinden und Gemeindeverbände. Voraussetzung für die Vergabe des Kredits durch die LfA ist die Zuschussgewährung gemäß der Bayerischen Breitbandrichtlinie durch die jeweils zuständige Bezirksregierung. Der Infrakredit Breitband wird zinsgünstig über die KfW refinanziert und zusätzlich aus Gewinnmitteln der LfA zinsverbilligt.

### KONDITIONEN IM INTERNET ABRUFBAR

Eine Förderung erfolgt maximal bis zur Höhe der Differenz zwischen dem staatlichen Zuschuss und den von der Bezirksregierung als förderfähig anerkannten Aufwendungen der Gemeinde. Bei Kreditbeträgen bis 2 Millionen Euro kann der LfA-Finanzierungsanteil

bis zu 100 Prozent der förderfähigen Aufwendungen betragen. Bei Kreditbeträgen über 2 Millionen Euro werden maximal 50 Prozent der förderfähigen Aufwendungen finanziert. Die Darlehenslaufzeit beträgt 10, 20 oder 30 Jahre mit bis zu 2, 3 und 5 tilgungsfreien Anlaufjahren (Zinsbindung jeweils 10 Jahre).

Interessierte Gemeinden können den Infrakredit Breitband direkt bei der LfA Förderbank Bayern beantragen. Die Konditionen werden täglich neu festgelegt und sind ebenso wie die Antragsunterlagen und weitere Informationen im Internet unter [www.lfa.de](http://www.lfa.de) abrufbar.

Ein Förderbeispiel: Im Gewerbegebiet einer Gemeinde ist noch keine Versorgung mit breitbandigen Internet-Diensten vorhanden. Kein Netzbetreiber plant hier in den nächsten drei Jahren eine Verbesserung. Nur bei Ausgleich der Wirtschaftlichkeitslücke von 3 Millionen Euro durch die Gemeinde kann ein privater Investor in einem Auswahlverfahren gewonnen werden.

Die Lösung: Eine Gemeinde hat einen Förderantrag bei der zuständigen Bezirksregierung gestellt. Ihr wird ein Zuschuss in Höhe des Förderhöchstbetrages von 500.000 Euro zugesagt. Der Restbetrag der gemeindlichen Aufwendungen wird durch den Infrakredit Breitband von 2 Millionen Euro sowie durch Eigenmittel der Gemeinde in Höhe von 500.000 Euro abgedeckt.

Wichtig für die Gewährung des LfA-Darlehens ist, dass die Mittel im entsprechenden Haushalt der Gemeinde eingeplant sind und vor Vorhabensbeginn bei der LfA Förderbank



Breitbandausbau: Die LfA bietet Gemeinden zinsgünstige Kredite und persönliche Beratung.

beantragt werden. Als Vorhabensbeginn gilt der Abschluss eines Vertrages der Gemeinde mit einem Netzbetreiber. Anträge können zeitgleich mit der Beantragung des Zuschusses bei der zuständigen Bezirksregierung bei der LfA gestellt werden. Eine Änderung der Höhe des beantragten Infrakredits Breitband ist vor der Darlehenszusage übrigens jederzeit möglich – das spielt zum Beispiel eine Rolle, wenn sich der Eigenanteil der Gemeinde aufgrund der bewilligten Höhe der Zuwendung durch die Bezirksregierung im Lauf des Verfahrens vergrößert oder reduziert.

Nach positiver Prüfung der Antragsunterlagen durch die LfA kann der Förderkredit bereits mit dem Erlass des Zuwendungsbescheids der Bezirksregierung zugesagt und bei Erfüllung der Auszahlungsvoraussetzungen entsprechend abgerufen werden.

Darüber hinaus können Investitionen von Gemeinden in den Breitbandausbau auch über das Förderprogramm Infrakredit Kommunal finanziert werden. Dies kann hilfreich sein, da der Zuschuss der Bezirksregierung nur einma-

#### Förderbeispiel

Wirtschaftlichkeitslücke:	3.000.000 EUR
Zuschuss des Freistaats Bayern:	500.000 EUR
Verbleibender Eigenanteil der Gemeinde:	2.500.000 EUR

Investitionsplan	in Mio.	Finanzierungsplan	in Mio.
Wirtschaftlichkeitslücke	3,0	Zuschuss	0,5
		Infrakredit Breitband	2,0
		Eigenmittel Gemeinde	0,5
Summe	3,0	Summe	3,0

lig gewährt wird und ggf. darüber hinaus weitere Investitionen in den Breitbandausbau einer Gemeinde notwendig sind.

#### Rückfragen und Anträge

beim Team Infrastrukturfinanzierung der LfA:  
Tel.: 089 / 2124-1505, eMail: [infra@lfa.de](mailto:infra@lfa.de);  
Homepage: [www.lfa.de](http://www.lfa.de).



Birgit Jakob.

Ich verlege nicht nur  
10.000 km Kabel. Sondern  
uneendliche Möglichkeiten.

## WIR INVESTIEREN FÜR SIE IN DAS NETZ DER ZUKUNFT

Unser innerster Antrieb ist der Ausbau aller Netze, damit Sie im superschnellen Glasfasernetz zum Beispiel Musik, Fotos und Videos noch mehr genießen können. Mehr über den Ausbau in Ihrer Region erfahren Sie unter [www.telekom.com/netz-der-zukunft](http://www.telekom.com/netz-der-zukunft)



ERLEBEN, WAS VERBINDET.



**Karl-Heinz Wüst**  
Bauleiter Netzausbau  
Donauwörth



BÜRGERMEISTER HEINRICH LENZ / GEMEINDE HINTERSCHMIDING:

## BREITBANDERSCHLIESSUNG IM LÄNDLICHEN RAUM ZWISCHEN ANSPRUCH UND WIRKLICHKEIT

Es gibt sie immer noch, die Zweiklassengesellschaft, die weißen Flecken und DSL-Wüsten auf der bayerischen Landkarte, auch wenn es punktuell gelungen ist, weitere leitungsgebundene Hochleistungsnetze zu errichten. Von einer flächendeckenden Versorgung mit 50 Mbit/s und mehr sind wir jedoch meilenweit entfernt, so Erster Bürgermeister Heinrich Lenz. In der 2.600-Einwohner-Gemeinde Hinterschmiding im Landkreis Freyung-Grafenau existiere noch nicht einmal die DSL-Grundversorgung mit mindestens 1 Mbit/s. „Unmutsäußerungen über unzureichende Internetverbindungen aus der Bevölkerung, insbesondere von Gewerbebetreibenden, reißen nicht ab“, konstatierte der Rathauschef und Kreisvorsitzende des Bayerischen Gemeindetags.

Immer noch müssten Datenmengen nachts versandt und empfangen werden, weil die erforderlichen Bandbreiten fehlen, so Lenz. Dank der digitalen Dividende verfügten zwar nunmehr mehrere Gemeinden über eine verbesserte funkbasierte Versorgung als Ersatz für einen fehlenden DSL-Basisanschluss (LTE Technik), die gerade auch für mobile Anwendungen besonders wichtig ist. Funk heize aber die Diskussion über Schädigung von Mensch und Natur immer wieder aufs Neue an (Stichwort: Elektromog) und sei keine Lösung für Betriebe, die auf ein konstantes und störungsfreies Datenvolumen angewiesen sind.

### EIN UNMÖGLICHER ZUSTAND

Auch in vielen Rathäusern Bayerns warte man vergeblich auf geeignete Lösungen, seine Heimatgemeinde Hinterschmiding gehöre dazu, stellte Lenz fest und ergänzte: „Mangels ausreichender DSL-Anbindung konnten wir uns vorübergehend mit einer symmetrischen Leitung mit 768 KB über Wasser halten und im Jahre 2012 auf LTE-Technik ausweichen. Das hier geordnete Datenvolumen von 15 Gigabit war oft schon eine Woche vor Monatsende verbraucht mit der Folge, dass wir dann auf 384 kbits reduziert wurden. Das ist für eine Kommunalverwaltung im Behördennetz mit Outsourcingbetrieb (AKDB-Anwendungen) ein unmöglicher Zustand.“

Wie lange die seit 15. Oktober dieses Jahres erfolgte (letztmalige) Aufstockung auf 30 Gigabit beim bestehenden Datenhunger reichen wird, sei ungewiss. Zudem habe es hier erhebliche Verschlüsselungsprobleme mit Bayern-CERT (Computer Emergency Response Team) gegeben. Permanente Verbindungsabbrüche schränkten die Tauglichkeit

ein. Die Tempodrosselung im Internet sei erst vor kurzem per Gerichtsentscheid (LG Köln) für unzulässig erklärt worden.

„Es verwundert nicht, dass seit der Einführung des neuen Förderprogramms, einem Bürokratiemonster mit 19 Verfahrensschritten, erst zwei Projekte in Iphofen und Wilanzheim abgeschlossen werden konnten“,



Bürgermeister Heinrich Lenz. ■

bemerkte der Bürgermeister. Wiederum fließe hier das Geld in Kommunen, „die auf eine Förderung in dieser Höhe nicht angewiesen wären“. So erhalte die Stadt Iphofen mit einer exzellenten Finanz- und Steuerkraft aus der Hand von Finanzminister Dr. Markus Söder einen Förderbescheid in Höhe von 300.000 Euro.

Lenz machte darauf aufmerksam, dass der Höchstförderbetrag von 500.000 Euro nicht darüber hinwegtäuschen könne, dass im ländlichen Streusiedlungsbereich mit vielen Ortsteilen eine Glasfaseranbindung schnell einmal eine Million Euro und mehr kosten kann. Die Anbindung seiner Gemeinde sei von der Telekom überschlägig auf 1 Mio. Euro geschätzt worden. „Wir sind ohne externe Dienstleister bzw. Hilfe nicht in der Lage, die komplizierten Förderkriterien abzuarbeiten. Die Kosten dafür sind nicht förderfähig“, hob das Gemeindeoberhaupt hervor.

### FEHLENDER MASTERPLAN

Nach wie vor fehle ein Masterplan, ein schlüssiges Konzept für den Ausbau im unwirtschaftlichen ländlichen Bereich und ein Förderprogramm, das seinem Namen gerecht wird. Die Förderung müsse die Finanzkraftunterschiede noch deutlicher berücksichtigen – Stichwort Subsidiaritätsprinzip –, sie dürfe sich auch nicht auf Leuchtturmprojekte (Kumulations-/Gewerbegebiete) beschränken. Jede Gemeinde Bayerns sollte zumindest einen Rechtsanspruch auf eine staatlich finanzierte Glasfaseranbindung haben. Die Verzweigung in der Gemeinde selbst könnte als Aufgabe der Daseinsvorsorge deklariert und weiterhin subventioniert werden, erklärte Heinrich Lenz.

### STAATLICHE KERNAUFGABE

Finanz- und Heimatminister Söder spreche nun erstmals von einer staatlichen Kernaufgabe. Es dürfe kein Deutschland der zwei Geschwindigkeiten geben. „Mehr Offenheit und Ehrlichkeit bei der Darstellung der tatsächlichen Situation und weniger Propaganda wäre für alle Beteiligten von Vorteil. Die bestehenden Defizite sollte man nicht allein dem ehemaligen bayerischen Wirtschaftsminister Zeil in die Schuhe schieben, hier liegt ein Gesamtversagen vor“, verdeutlichte Lenz. In diesem Zusammenhang zitierte er Gemeindetagspräsident Dr. Uwe Brandl, der vor kurzem forderte: „So kann es nicht weitergehen. Wenn Bayern den Anschluss an das digitale Zeitalter nicht verlieren will, muss das bayerische Breitbandförderprogramm deutlich verschlankt und praxisgerecht ausgestaltet werden.“ ■

CHRISTOPH DONHAUSER / PRICEWATERHOUSECOOPERS LEGAL AG:

## RECHTLICHE RAHMENBEDINGUNGEN BEI DER SUCHE EINES NETZBETREIBERS

Je besser und intensiver sie das Auswahlverfahren vorbereiten, umso erfolgreicher werden Sie bei der Auswahl und Beauftragung eines Netzbetreibers sein, stellte Rechtsanwalt Christoph Donhauser fest. Seine Empfehlung: „Machen Sie sich bereits beim Einstieg in die Bedarfsanalyse Gedanken darüber, wie sie das Ganze im Rahmen eines Auswahlverfahrens umsetzen.“

Donhauser, der überwiegend Kommunen und kommunale Unternehmen in Fragen des Vergabe-, Beihilfe- und Zuwendungsrechts berät, verwies auf sieben zentrale Schritte beim Förderverfahren: 1. Festlegung des Fördergebietes. 2. Ermittlung des aktuellen Versorgungstatus und Bedarfsanalyse. 3. Markterkundung. 4. Auswahl des Netzbetreibers als zentraler Bestandteil des Förderprozesses. 5. Förderantrag sollte mit Beginn des Auswahlverfahrens gestellt werden. 6. Abschluss Kooperationsvertrag. 7. Auszahlung der Zuwendung.

### DIENSTLEISTUNGSKONZESSION

Mit Blick auf die rechtlichen Grundlagen beim Auswahlverfahren als wesentlichem Bestandteil des Förderprozesses nach der Breitbandrichtlinie nannte Donhauser als Ausgangspunkt eine noch zum 1. Förderprogramm, ergangene Entscheidung des OLG München vom 25. März 2011. In einem Nachprüfungsverfahren hatte das Oberlandesgericht entschieden, dass die Suche eines Netzbetreibers nicht unter das EU-Vergaberecht fällt und die

Betreiberauswahl eine Dienstleistungskonzession darstellt, die zwar gewissen EU-rechtlichen Rahmenbedingungen zu folgen hat, jedoch nicht zwingend zur Anwendbarkeit der Vergaberichtlinien führt.

### NEUE RICHTLINIEN

Die EU-Kommission hat Donhauser zufolge einen Nivellierungsprozess im Vergaberecht angestoßen, der bereits seit mehreren Jahren läuft. Hier werde es neue Richtlinien geben, u. a. eine sog. Vergabekonzessionsrichtlinie, die auch die Vergabe von Dienstleistungskonzessionen unter gewisse konkretere rechtliche Vorgaben stellt. Nach Ablauf der Umsetzungsfrist von zwei Jahren ab Inkrafttreten der Richtlinie dürfte somit nach Einschätzung des Anwalts wohl auch zu erwarten sein, „dass die

# INFRASTRUKTUR

Ohne uns fehlt Ihnen was.



**LfA FÖRDERBANK BAYERN**

Beratung. Finanzierung. Erfolg.

**Wir fördern die Infrastruktur – für einen starken Standort Bayern.**

Sie investieren in Versorgungs-, Verkehrs- oder Energievorhaben? Die LfA Förderbank Bayern unterstützt kommunale Infrastrukturprojekte mit zinsgünstigen und langfristigen Finanzierungen.

Lassen Sie sich persönlich und kostenlos beraten.  
Telefon: 0800 / 21 24 24 0

[www.lfa.de](http://www.lfa.de)



Vergabe von Dienstleistungskonzessionen einen noch mehr vom Bundesgesetzgeber auszustaltenden Regelungsspielraum erfahren wird“. Für den Bieter dürfte ein derartiges Auswahlverfahren somit leichter angreifbar sein.

## KLARER REGULINGSRAHMEN

„Bei allem Bestreben, die bestehende Breitbandförderrichtlinie zu verbessern und fortzuentwickeln, werden sich die Kommunen weiterhin mit dem Auswahlverfahren zu beschäftigen haben“, machte Donhauser deutlich. Freilich gebe es hier durchaus noch Spielräume.



Christoph Donhauser.

So habe die Bayerische Breitbandförderrichtlinie die Pflicht zur Durchführung eines transparenten und diskriminierungsfreien Auswahlverfahrens durch die entsprechende Anwendung der VOL/a im ersten Abschnitt (nationale Vergaben) vorgegeben. Der Vorteil: „Mit der VOL/a haben die Kommunen einen klaren Regelungsrahmen, an den sie sich halten können. Möglicherweise bedeutet dies einerseits mehr Aufwand, andererseits aber deutlich mehr Rechtssicherheit. Das ist auch viel wert“, konstatierte der Referent.

## VERFAHRENSRANGFOLGE

Was den Ablauf des Auswahlverfahrens angeht, so verwies Donhauser darauf, dass es bei der VOL/a eine klare Verfahrens-Rangfolge gibt. Die Öffentliche Ausschreibung sei regelmäßig durchzuführen, „außer, es bestehen Ausnahmen, die eine beschränkte Ausschreibung mit Teilnahmewettbewerb rechtfertigen oder aber es ist eine freihändige Vergabe mit Teilnahmewettbewerb möglich“.

Bei dieser Reihenfolge mache die Breitbandförderrichtlinie jedoch eine Ausnahme. Demnach ist es der Gemeinde grundsätzlich freigestellt, wie sie das Auswahlverfahren durchführen will. Allerdings empfehle die Breitbandrichtlinie, eine freihän-

dige Vergabe mit Teilnahmewettbewerb durchzuführen, „weil die Gemeinde hier den größten Spielraum hat“. Anders als bei den beiden anderen Verfahren sei es möglich, mit den sich bewerbenden Unternehmen zu verhandeln – sowohl was die technischen Lösungen als auch die Preisgestaltung angeht. Donhauser: „Dies ist auch meine Empfehlung. Bei einem derart komplexen Projekt wie dem Breitbandausbau gelangt man hier in der Regel zu besseren Ergebnissen, weil maßgeschneiderten Lösungen.“

Das Auswahlverfahren bei der Freihändigen Vergabe mit Teilnahmewettbewerb (zwei-

bewerb) eine Auswahl geeigneter Bewerber getroffen und in Stufe 2 (Verhandlungsverfahren) zur Angebotsabgabe aufgefordert. Bei der Freihändigen Vergabe kann mit den Bietern nach Angebotsabgabe über Art, Umfang und Preis der Leistungen verhandelt werden. Die Grundsätze der Gleichbehandlung und Nichtdiskriminierung sind zu beachten. Die Auswahlentscheidung erfolgt auf Grundlage der zuvor festgelegten und bekanntgemachten Zuschlagskriterien. „Wichtig dabei ist, dass immer die Höhe der Wirtschaftlichkeitslücke als wichtigstes Kriterium mit der höchsten prozentualen Gewichtung vorgesehen sein muss.“

## BESTIMMUNGSRECHT

Wenn es um den Gegenstand der Beschaffung geht, liegt das Bestimmungsrecht stets auf der Seite des öffentlichen Auftraggebers. Ihm obliegt daher auch die Pflicht, möglichen Auftragnehmern konkret mitzuteilen, wie die zu beschaffende Leistung ausgestaltet sein soll. Doch ist es für den öffentlichen Auftraggeber regelmäßig nicht möglich, sämtliche Produkte, Verfahrensarten und Verfahrensweisen im Vorfeld zu eruieren. Die Zulassung von Nebenangeboten und Alternativen kann sich vor diesem Hintergrund für den öffentlichen Auftraggeber als zweckmäßig erweisen. Doch, so räumte Donhauser ein, ergäben sich hieraus auch zahlreiche vergaberechtliche Anforderungen, die es zu beachten gilt – Stichwort: Einbeziehung von Erfahrung und Sachverstand der Bieter („Ideenwettbewerb“).

stufiges Verfahren) beginnt mit der öffentlichen Bekanntmachung. Die Veröffentlichung erfolgt über [www.schnelles-internet.bayern.de](http://www.schnelles-internet.bayern.de). Anschließend wird in Stufe 1 (Teilnahmewett-

## TELENT GMBH – RUNDUM-SORGLOS-PARTNER ALLE SERVICES VON AKTIVER TECHNIK BIS NETZBETRIEB

Die telent GmbH ist ein herstellerunabhängiger Systemintegrator und Dienstleistungsspezialist für IP / xWDM / Telekommunikations- und Breitbandnetze. Das Unternehmen verfügt über hochqualifizierte Mitarbeiter an den Standorten Backnang, Radeberg und Teltow sowie über einen bundesweiten flächendeckenden Service. Mit langjähriger Kompetenz und dem verfügbaren Leistungsspektrum wird das komplette FTTx-Spektrum abgedeckt. Die kommunalen Entscheider werden als Partner schon bei der Planung, dem zukunftsicheren technischen Netzdesign sowie der Systemtechnikauswahl für ihre Breitbandprojekte unterstützt.

Mit dem SCC (Service Competence Center) und dem M-NOC (Managed Network Operations Center) sowie den bundesweit verteilten Servicestandorten und Ersatzteillagern stehen die telent-Mitarbeiter den Kunden für alle Services und Dienstleistungen rund um die aktive Technik sowie als anbieterunabhängiger Netzbetreiber für OPEN ACCESS Netze rund um die Uhr flächendeckend zur Seite.

Die telent GmbH ist ein Unternehmen der euromicron-Gruppe. Sie ist zertifiziert nach ISO 9001 und erfüllt die Anforderungen des Arbeitsschutzmanagementsystem (AMS). Referenzen sind regionale und überregionale Netzbetreiber, Stadtwerke und Energieversorger, Telekommunikationsunternehmen und City Carrier.

**Kontakt: [alexander.scharf@telent.de](mailto:alexander.scharf@telent.de); Homepage: [www.telent.de](http://www.telent.de)**

# Wo die Zukunft Einzug hält, ist Kabel Deutschland



## Das Hybrid-Glasfaser-Koaxialnetz von Kabel Deutschland

Gemeinden im Internet-Ausbaugebiet von Kabel Deutschland sind bereits heute an die multimediale Zukunft angeschlossen. Dank der hohen Bandbreite werden eine zukunfts-fähige Versorgung und viele weitere Vorteile gewährleistet:

- ▶ Download-Geschwindigkeiten von bis zu 100 Mbit/s in Ausbaugebieten<sup>1</sup>
- ▶ Zukunftsfähigkeit durch dynamische Anpassung an multimediale Fortschritte
- ▶ Fernsehen, Internet und Telefon über einen Anschluss<sup>1</sup>
- ▶ Ein auch über große Reichweiten leistungsfähiges Netz

Machen Sie jetzt den Verfügbarkeitscheck unter „Produkte an Ihrer Adresse“ auf [www.kabeldeutschland.de](http://www.kabeldeutschland.de)

Für Informationen zum weiteren Netzausbau in Ihrer Gemeinde wenden Sie sich an:  
[breitbandoffensive@kabeldeutschland.de](mailto:breitbandoffensive@kabeldeutschland.de)

Es lohnt sich!

**Ihr Kabelanschluss für Fernsehen, Internet und Telefon.**



**Kabel Deutschland**

1) Internet und Telefon von Kabel Deutschland sind in immer mehr Ausbaugebieten mit modernisiertem Hausnetz verfügbar, die Maximalgeschwindigkeit von 100 Mbit/s ist in immer mehr Städten und Regionen der Ausbaugebiete und mit modernisiertem Hausnetz verfügbar. Ab einem Gesamtdatenvolumen von mehr als 10 GB pro Tag ist Kabel Deutschland berechtigt, die Übertragungsgeschwindigkeit für File-Sharing-Anwendungen bis zum Ablauf desselben Tages auf 100 Kbit/s zu begrenzen; aktuell wird eine Drosselung erst ab einem Gesamtdatenvolumen von 60 GB pro Tag durchgeführt.



UDO HARBERS / DEUTSCHE TELEKOM AG:

# NETZOFFENSIVE – ZUM BREITBAND AUSBAU DER DEUTSCHEN TELEKOM

Hinter dem Begriff Netzoffensive verberge sich eine kräftige Investition der Deutschen Telekom. „Wir bauen unser Netz mit eigenen Mitteln aus“, stellte Udo Harbers heraus. In den vergangenen Jahren habe die Deutsche Telekom etwa 3 Mrd. Euro pro Jahr in die Hand genommen, um Breitband jeglicher Form in Deutschland auszugestalten. Für die Jahre 2014 und 2015 hat der Konzern Investitionen von jeweils über 4 Mrd. Euro eingeplant.

Als technische Lösungen bietet die Telekom neben der klassischen Kupferleitungs-Infrastruktur mit DSL (maximale Bandbreite 16 Mbit/s) auch VDSL an. Die VDSL2-Infrastruktur der Deutschen Telekom in den Großstädten Deutschlands ist eine typische FTTC (Fibre-To-The-Curb)-Installation. Hier sind bis zu 50 MBit/s im Download und 10 MBit/s im Upload möglich. Eine wiederum äußerst populäre

bauen. Dies sei die „einfachste und kostengünstigste Lösung“, um sofort Bandbreite vorwiegend auch in den ländlichen Raum zu bringen. Die Telekom halte an ihrer Zielsetzung fest, LTE bis 2016 flächendeckend für alle Haushalte in Deutschland anzubieten.

Aktuell wird der ländliche Raum überwiegend mit LTE 800-Lösungen ausgestattet. Hierbei handelt es sich um Sender, die über

der LTE 1800 realisiert werden können.“ Dies sei eine ganz neue Entwicklung, für die man freilich die passenden Geräte benötige.

## FESTNETZAUSBAU

Der nächste Schritt der Integrierten Netzstrategie besteht Harbers zufolge aus dem Festnetzausbau. „Auch bei der Telekom heißt das vorrangig zum jetzigen Zeitpunkt massiver Ausbau des FTTC (Fibre-to-the-Curb), sprich Glasfaser bis zu den Kabelverzweigern.“ Harbers wies darauf hin, dass dieses Verfahren „weder altmodisch noch erledigt“ sei. „Steuer-gelder, die in diesen Ausbau gehen, sind nicht verschenkt!“, machte er deutlich. Hier gebe es noch viel Handlungsbedarf.

Ab 2014 wird Telekom Deutschland Vectoring anbieten. Dabei wird zunächst ein Glasfaserkabel bis zum Kabelverzweiger geführt. Von dort wird das Signal per VDSL Vectoring in die Haushalte gebracht, so wie es heute auch schon bei VDSL praktiziert wird. Der FTTC-Ausbau, ergänzt um die Vectoring-Technologie, ermöglicht Haushalten Übertragungsraten von bis zu 100 Mbit/s im Download - das ist doppelt so viel wie die bisherige Geschwindigkeit über VDSL. Beim Upload wird sogar das Vierfache an Übertragung erzielt: Hier bietet Vectoring bis zu 40 Mbit/s pro Sekunde und damit deutlich mehr als die Kabelnetzbetreiber.



Udo Harbers.

Lösung für Unternehmen, die ihre Unternehmenstechnik im Keller aufbauen und innerhalb des Gebäudes selbst weiterleiten, ist FTTB (Fibre-to-the-Building) mit Bandbreiten von bis zu 100 Mbit/s. Des Weiteren beinhaltet das Portfolio der Telekom die FTTH (Fibre To The Home)-Lösung. Damit bezeichnet man das Verlegen von Lichtwellenleitern von Datenzentren direkt bis in die Wohnung des Teilnehmers. Hier sind Bandbreiten größer 200 Mbit/s möglich.

Zur Netzoffensive der Telekom Deutschland zählt nach Harbers Worten unmittelbar die Integrierte Netzstrategie. Diese sieht zunächst vor, LTE überwiegend auf bestehenden Mobilfunkstandorten weiterhin massiv auszu-

die Frequenz 800 MHz maximal 50 Mbit/s aus-senden. In Bayern gibt es ca. 750 ausgebaute und in Betrieb genommene LTE 800-Stand-orte. Damit werden 1.300 Gemeinden mit et-wa 2,5 Mio. Einwohnern erreicht. „Dieser Aus-bau geht kontinuierlich voran“, so Harbers.

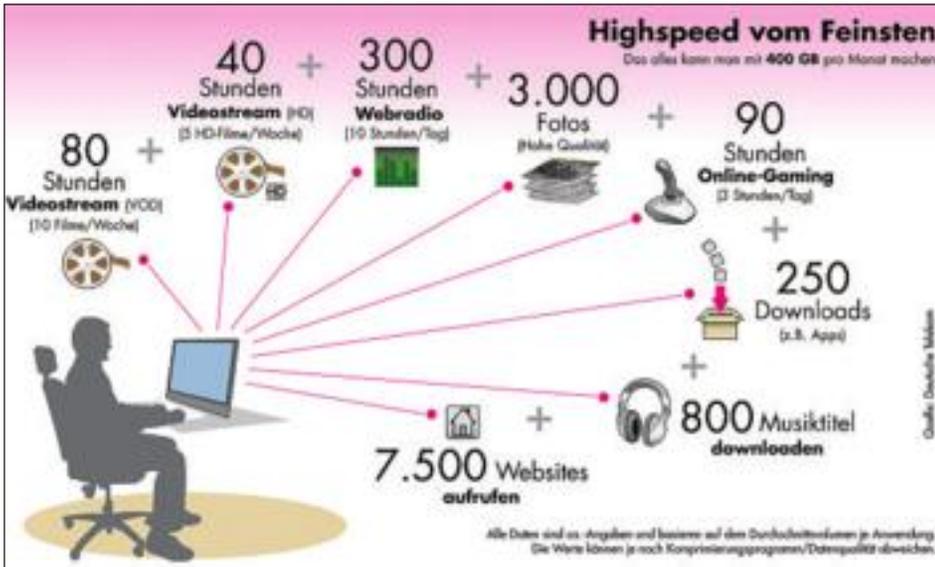
## NEUE ENTWICKLUNGEN

In Städten und städtischen Räumen wieder-um wird überwiegend LTE 1800 angewendet. Deutschlandweit erfolgte hier ein Ausbau in deutlich über 100 Städten. „Diese Zahl wollen wir verdoppeln“, erklärte der Referent. „Mittler-weile können wir ein weiteres Modulationsver-fahren anbieten, mit dem nicht nur 100 Mbit/s, sondern auch 150 Mbit/s über die Frequenzen

## DEUTLICHE LEISTUNGSSTEIGERUNG

„Das ist eine deutliche Leistungssteigerung, der sich niemand verschließen kann“, konstatierte Harbers und betonte: „Auch die Bundes-netzagentur hat dies zur Kenntnis genommen. Mittlerweile gibt es sehr detaillierte Regeln für den Einsatz von Vectoring. Das heißt aber ex-plizit nicht, dass wir den Glasfaserausbau bis in die Häuser bzw. Wohnungen aufgeben. Was wir generell brauchen, ist ein stufenweiser Ausbau näher zum Kunden. Hierfür eignen sich FTTC und Vectoring.“

Mit Blick auf die Mitbewerber, die kritisch zu den Plänen der Deutschen Telekom stehen, das eigene Infrastrukturnetz mit VDSL Vecto-ring zu versorgen, und eine Remonopolisie-rung durch die Hintertür befürchten, meinte Harbers: „Hinter dem Vorwurf, wir würden



die Beziehung zum Kunden komplett überwachen, steckt eine gewisse technische Notwendigkeit. Schließlich ist es nicht möglich, dass zwei Anbieter im gleichen Gebiet auf der letzten Meile zum Endkunden tätig sind.“ „Der einzige Betreiber“, erklärte Harbers, „muss aber nicht unbedingt die Telekom sein.“ Auch ein Wettbewerber könne zum Zuge kommen. Wie der Referent verdeutlichte, „reden wir hier über ganz spezielle Produkte“. Fakt sei: „Die Telekom Deutschland vermietet an ihre Wettbewerber ca. 9,6 Mio. mal den Zugang zum Hauptverteiler und ca. 150.000 mal den Zugang zum Kabelverzweiger.“ Diese Größenordnung sei nicht geeignet, um an dieser Stelle von Remonopolisierung zu sprechen.

### IMMENSER INVESTITIONSBEDARF

In diesem Zusammenhang verwies Harbers darauf, „dass wir auch noch die nächste Evolution einer Technik erleben werden, die auf Kupfer basiert“. Es werde weitere Schritte geben, „die auf den bestehenden Kupferleitungen die Bandbreiten verbessern und ausreizen werden“. Laborversuche hätten Ergebnisse von 1 Gbit/s auf einer Kupferleitung zutage gefördert.

In unterschiedlichen Tests und Pilotszenarien hat die Telekom auch die Glasfaser zum Kunden gebracht. Ende 2013 wird das Unternehmen in 28 Städten FTTH-Netze betreiben. Laut Harbers „sind wir zum Ergebnis gelangt, dass wir einen immens hohen Investitionsbedarf haben, der sich kaum refinanzieren lässt“. Deshalb habe sich die Telekom entschlossen, sich hier etwas zurückzunehmen und schrittweise vorzugehen.

So seien nicht mehr ganze Städte, sondern nur noch Stadtbereiche mit den meisten Kunden ausgebaut worden. Auch habe man festge-

stellt, dass der Ausbau mit einer ganzen Reihe rechtlicher und organisatorischer Probleme einhergeht und der Kundenbedarf offensichtlich nicht so groß ist, dass dieser für einen FTTH-Anschluss mehr Geld in die Hand nehmen möchte. Nach wie vor gehe es dem Kunden darum, „25 oder 30, vielleicht auch 50 Mbit/s zu bekommen und zu bezahlen“. Nach Harbers Einschätzung „ist dies nachvollziehbar“. Schließlich könne man mit 50 Mbit/s interaktiv über die Datenleitung fernsehen.

### VECTORING

Nichtsdestotrotz lautet das Ziel der Deutschen Telekom für den Heimatmarkt: „Superschnelle Internetanschlüsse in bislang nicht gekannter Verbreitung“. Kernpunkte sind der Eigenausbau des Glasfasernetzes FTTC auf rund 65 Prozent der Bevölkerung bis 2016 sowie eine zusätzliche Abdeckung in Höhe von 15 % über den geförderten Ausbau. Harbers: „Wir wollen das, was wir an VDSL bereits ausgebaut haben, möglichst schnell in Vectoring



Durch Vectoring werden die elektromagnetischen Störungen ausgeglichen, die es zwischen den Kupferleitungen auf dem Weg in die Haushalte gibt. Das ermöglicht mit Geschwindigkeiten von bis zu 100 Mbit/s deutlich schnellere Datenübertragungen. Die Technik dafür wird in den Kabelverzweigern installiert.

bringen.“ Nach 2013 werde VDSL auch 2014 sehr intensiv ausgebaut. Bayernweit gingen heuer bereits acht Städte überwiegend ans Netz. Im kommenden Jahr ist geplant, 15 bayerische Städte mit VDSL zu versorgen und in den Jahren 2015 und 2016 mit Vectoring auf die angestrebten 100 Mbit/s zu bringen.

### NACHBESSERUNGSBEDARF

Harbers machte darauf aufmerksam, „dass dort, wo wir jetzt im Rahmen des Förderprogramms Bayern VDSL generell ausbauen, wir Vectoring zunächst einmal nicht anschalten können“. Aufgrund der momentan geltenden Breitbandrichtlinie sei dies nicht gestattet. „Hier sehen wir Nachbesserungsbedarf“, so der Referent, sollten doch gerade jene Kunden, die jetzt im Förder- und Ausbaubereich DSL und VDSL nutzen, den nächsten technischen Schritt auch mitgehen können.

### EIN ANGEBOT FÜR JEDE KOMMUNE

Fazit: „Die Telekom Deutschland ist so aufgestellt, dass sie im aktuellen Breitbandförderprogramm jeder Kommune ein Angebot machen will“, hob Harbers hervor. Seine Bitte: „Lassen Sie uns zusammensetzen und beraten. Wir bieten Lösungskonzepte und Angebote für alle bayerischen Gemeinden. Außerdem bauen wir marktorientiert und zukunftsfähig aus.“

Übrigens: Steigt eine Kommune mit dem Förderprogramm ein, bekommt sie von Seiten der Telekom auf Anfrage eine Information, ob sie beim Eigenausbau initiativ werden kann. „Wenn ja, geben wir eine Zusage für die nächsten drei Jahre“, betonte Harbers. Wenngleich dieser Zeitrahmen für Unternehmen eher untypisch ist, sei die Telekom laut Breitbandförderrichtlinie dazu angehalten.



GZ-Verlegerin Anne-Marie von Hassel gemeinsam mit Dr. Annette Schumacher (v.l.). ■

DR. ANNETTE SCHUMACHER

KABEL DEUTSCHLAND VERTRIEB UND SERVICE GMBH:

## HOCHLEISTUNGS-INTERNET IN BAYERN ÜBER KABEL

**S**chnelles Internet ist für die meisten Menschen fester Bestandteil ihres privaten und beruflichen Alltags. Kabel Deutschland bietet mit dem Hybrid-Glasfaser-Koaxial-Netz ein leistungsstarkes Breitband-Netz für die multimediale Versorgung. Einwohnern und Gewerbetreibenden stehen dadurch sämtliche Angebote von Kabel Deutschland zur Verfügung – in bester Qualität und aus einer Hand, wie Dr. Annette Schumacher, Abteilungsleiterin Regulierung & Public Affairs, darlegte.

Seit 2005 hat Kabel Deutschland vornehmlich in den Aufbau des Geschäftsfeldes Internet/Telefon über 2,5 Mrd. Euro investiert. Bundesweit kann das Unternehmen auf 8,4 Mio. Haushalte als Kunden verweisen, davon ca. 2,2 Mio. in Bayern. „Kabel Deutschland ist wachsender Konkurrent im Internetgeschäft, was die klassischen Telekommunikationsunternehmen betrifft“, so Schumacher. Bis 2011 habe man in Bayern bereits 3,3 Mio. Haushalte für schnelles Internet aufgerüstet und dann nochmals eine weitere Ausbauoffensive gestartet. Hinzu kamen etwa 500.000, vorwiegend im ländlichen Raum ansässige Haushalte.

„Heute sind wir bei 3,9 Mio. bayerischen Haushalten angelangt, die alle 100 Mbit-fähig werden oder schon sind“, konstatierte Schu-

macher. 80 % könnten heute schon 100 Mbit/s bekommen, der Rest mit 32 Mbit/s-Anschlüssen werde sukzessive aufgerüstet. Bis 2014 werden weitere 100.000 Haushalte folgen „und dann sind wir in Bayern bei etwa 93 % des Bestandsnetzes, das wir für schnelles Internet aufgerüstet haben“. „Fakt ist: Kabel Deutschland ist im ländlichen Raum in Bayern signifikant vertreten. Etwa sechs von zehn Haushalten im ländlichen Raum können heute bereits schnelles Internet über Kabel bekommen.“

### ZIELE DER BUNDESREGIERUNG

Schumacher verwies darauf, dass das Kabel einen wesentlichen Beitrag zu den Breitbandzielen der Bundesregierung leiste. Mit 52 % verfüge es über den Löwenanteil an hochbreit-

bandigen Anschlüssen (Ausbaustand 2012), während es VDSL lediglich auf 36 % und Glasfaser (FTTB/H) nur auf bescheidene 2 % bringe. Ursache dafür seien die hohen Kosten sowie der Umstand, dass in Teilen bereits leistungsfähige Infrastrukturen existieren.

### VOLLE GESCHWINDIGKEIT FÜR TV UND INTERNET

Was die Leistungsfähigkeit des Kabels angeht, so zeige ein Vergleich mit DSL, dass erstere „die technisch überlegene Infrastruktur“ ist. Während das Kabel bis zu 5 Gbit/s Bandbreite aufweise und zudem die Möglichkeit biete, bis zu 33 analoge und 100 bis 400 digitale TV-Kanäle parallel zu nutzen, biete der VDSL2-Standard lediglich Bandbreiten bis zu 0,1 Gbit/s und eine parallele Nutzung von ein bis vier TV-Kanälen. Während das Kabel die volle Geschwindigkeit auch bei gleichzeitiger Nutzung von TV und Internet erlaube, sinke die verfügbare Internetbandbreite bei VDSL bei gleichzeitiger Nutzung von IPTV und Internet.

DOCSIS (Data Over Cable Service Interface Specification) bezeichnet einen Datenübertragungsstandard für Internet und Telefon über den Kabelanschluss. Die aktuell von Kabel Deutschland genutzte Version 3.0 ermöglicht Übertragungsgeschwindigkeiten von bis zu 400 Mbit/s im Download für das Breitbandkabel. In einem Feldversuch hat Kabel Deutschland sogar 4,7 Gbit/s erreicht und damit gezeigt, dass von der Hybridtechnologie aus Glasfaser- und Koaxialkabeln in Zukunft noch einiges zu erwarten ist. Aktuell bietet das Unternehmen in zahlreichen Städten und Regionen eine Übertragungsrate von bis zu 100 Mbit/s im Download an (Stand: Mai 2013). Somit ist die Versorgung mit Breitbandkabel auch in Randgebieten gesichert.

### UPSTREAM-KAPAZITÄT

Kabel Deutschland bietet aber auch genügend Upstream-Kapazität. Offeriert werden heute etwa 6 Mbit/s im Upstream, in Feldversuchen wurden jedoch bereits 50 Mbit/s getestet. Maximal kann DOCSIS 3.0 nach dem heutigen Stand 210 Mbit/s im Upstream anbieten. Schumacher: „Wir gehen davon aus, dass wir damit bis auf weiteres auch den Bedarf von Gewerbetreibenden in einer ländlichen Kommune werden decken können, zumal wir sehen, dass das Verhältnis von Downstream und Upstream immer asymmetrischer wird.“ Aktuell beträgt es rund 8:1. Auch Cloud-Dienste seien deutlich stärker im Download, da Inhalte nur einmal hoch, aber mehrfach heruntergeladen werden.

# Wirtschaftskraft für starke Kommunen



Der Ausbau der Mobilfunknetze für schnelle, mobile Datendienste bringt Ihre Region nach vorne: für mehr Flexibilität und kürzere Reaktionszeiten in Unternehmen, für neue Produkte, Dienstleistungen und Arbeitsplätze.

„Die Kabeltechnologie verfügt noch über hohe Kapazitätsreserven“, fuhr Annette Schumacher fort. „Wir können durch höherwertige Modulationsverfahren und die Erweiterung der genutzten Frequenzbereiche heute schon absehen, dass wir im Download Geschwindigkeiten von bis zu 20 Gbit/s werden anbieten können. Hier sind wir sehr nahe an der Leistungsfähigkeit eines FTTH bzw. FTTH-Netzes.“

Das Kabelnetz sei bereits heute mit einem hohen Glasfaseranteil versehen, so Schumacher. Die Kombination von hochleistungsfähiger Glasfaser mit effizienten, flexibel anpassbaren Koaxialleitungen ergebe im Breitband-Kabelnetz ein hohes Maß an Qualität, Leistungsstärke und Verlässlichkeit. Über einen einzigen Anschluss erhalte der Kunde Zugang zu einer hochinnovativen Infrastruktur, die sich zukünftigen multimedialen Fortschritten dynamisch anpasst.

„Wenn wir heute beispielsweise große Wohnblöcke anschließen, bauen wir auch

schon die Glasfaser bis in den Keller“, verdeutlichte Schumacher. In den ländlichen Räumen aber gelange nach wie vor das Koaxialkabel zum Einsatz. Je mehr Kunden dort das Internet nutzten, umso mehr ziehe Kabel Deutschland die Glasfaser sukzessive in das Netz hinein, „so dass wir organisch früher oder später auch ein FTTH-Netz werden“, erklärte die Referentin. „Das ist ein großer Vorteil des Kabelnetzes, weil wir mit dem Kundenwachstum investieren können und nicht schon vorab in eine komplette Infrastruktur investieren müssen.“

#### KABELNETZ VORHANDEN

Kabel Deutschland ist in vielen ländlichen Gemeinden bereits mit einem leistungsfähigen Kabelnetz präsent. In den meisten Fällen erreicht das Kabelnetz aber nicht alle Haushalte in der Gemeinde. Die zu überbrückende Wirtschaftlichkeitslücke für den Netzausbau kann jedoch häufig mit relativ geringen Mitteln (Invest je Haushalt im Durchschnitt weniger als

1.000 Euro) geschlossen werden, führte Schumacher aus.

Eine vergleichbar leistungsfähige Breitbandversorgung wäre ansonsten nur durch die Errichtung eines komplett neuen Glasfasernetzes (FTTH/H) möglich. Dies würde jedoch den wirtschaftlich unnötigen „Überbau“ von leistungsfähigen (NGA) Kabelnetzen und den ineffizienten Einsatz von Fördermitteln bedeuten. „Deshalb ist Kabel in Gebieten, in denen ein Glasfaser-Restausbau möglich ist, die wirtschaftlich effiziente Lösung für zukunftssicheres Hochleistungs-Breitband.“

Im Sommer hatte Kabel Deutschland in 68 bayerischen Städten und Gemeinden eine WLAN-Offensive gestartet. Aktiviert wurden dabei insgesamt rund 300 öffentliche WLAN-Hotspots. Jeder Nutzer konnte pro Tag 30 Minuten kostenfrei surfen. Die große Nachfrage und Akzeptanz des WLAN-Angebots von Kabel Deutschland belegt die rasant ansteigende mobile Nutzung des Internets. ■

PETER REISINGER / M-NET TELEKOMMUNIKATIONS GMBH:

## BREITBANDBAU IN BAYERN – HERAUSFORDERUNG UND CHANCE

Die M-net Telekommunikations GmbH versorgt als regionaler Netzbetreiber u. a. große Teile Bayerns mit zukunftssicherer Kommunikationstechnologie. Das Portfolio reicht von Sprach- und Datendiensten – auf Festnetz sowie Mobilfunk-Basis – über komplexe Standortvernetzungen bis hin zur Bereitstellung eines breiten nationalen und internationalen Radio- und TV-/HDTV-Angebotes.

Als einer von wenigen Anbietern in ganz Deutschland betreibt das Unternehmen in weiten Teilen Bayerns eigene Glasfasernetze in einer besonders ausfallsicheren Ringstruktur. Vor allem bei Service und Verfügbarkeit hat M-net durch das eigene Netz eine weitgehende Unabhängigkeit von anderen Netzbetreibern geschaffen.

#### GROßER NACHHOLBEDARF

Die Bundesrepublik muss beim Highspeed-Breitbandausbau deutlich aufholen: Über diese Aussage herrsche, so Peter Reisinger, Bereichsleiter Expansionsmanagement, im Grundsatz sogar in der Politik weitestgehend Einigkeit. Auch der Freistaat habe noch einen großen Nachholbedarf. „Die ländlichen Re-

gionen sind auch heute noch überwiegend unterversorgt, Bandbreiten von bis zu 50 Mbit/s sind vor allem in Ballungsräumen verfügbar und Bayern ist natürlich als Flächenstaat besonders betroffen.“

#### HUNGER NACH BANDBREITE

Bei der Bewältigung dieser Herausforderungen nähmen die IT sowie die Telekommunikation mit dem Highspeed-Internet eine ganz wesentliche Rolle ein. Die Entwicklung „Hunger nach Bandbreite“ stehe erst am Anfang. Der Bandbreitenbedarf werde weiter ungebremst wachsen; hierbei stünden auch die Upload-Raten immer mehr im Fokus. Für den Beginn der 2020er Jahre prognostizierten seriöse Studien im Durchschnitt einen Bandbrei-



Peter Reisinger. ■

tenbedarf von rund 100 Mbist/s. Reisinger: „Wir können die rasante Entwicklung nachvollziehen an der Statistik unseres Knotenpunktes (DE-CIX: Deutschland-Commercial-Internet-Exchange) in Frankfurt. Hier hat sich der Bandbreitenbedarf in den letzten fünf Jahren um das Achtfache erhöht.“

### INNOVATIONSORIENTIERTE RAHMENBEDINGUNGEN

„Langfristig orientierter Highspeed-Breitbandausbau gelingt nur unter wachstums- und innovationsorientierten Rahmenbedingungen und Förderprogrammen“, machte Reisinger deutlich. Daher sei es zwingend erforderlich, die politischen Rahmenbedingungen sicherzustellen. Erforderlich seien die Weiterentwicklung der Breitbandstrategie der Bundesregierung, Synergieeffekte beim Infrastrukturausbau, (finanzielle) Fördermaßnahmen im Bund, zum Beispiel durch steuerliche Absetzbarkeit von TK-Infrastrukturkosten der privaten Haushalte (Stichwort: Zuschuss zum Glasfaseranschluss) sowie Förderprogramme auf Länderebene wie in Bayern und Hessen. Hierbei spielten die Bundesnetzagentur und das Kartellamt eine wichtige Rolle, müssten sie doch eine wach-

tums- und innovationsorientierte Regulierung sicherstellen.

### ZUKUNFTSFÄHIGER ANSATZ

Kamen beim Breitbandförderprogramm I des Freistaates Bayern unterschiedliche Technologieansätze durch unterschiedliche Anbieter zum Einsatz – u. a. LTE Richtfunk (lizenziert und nicht lizenziert) –, so setzte M-net als einer der aktivsten Marktteilnehmer durchweg auf klassischen FttC (VDSL) und sogar FttB. Der Erfolg des Unternehmens liege unter anderem an seinem zukunftsfähigen Ansatz, d. h. „diese Investition ist kein Investitionsgrab, sondern worauf man technologisch aufsetzen kann“, sowie an seiner vielerorts unter Beweis gestellten Expertise und Zuverlässigkeit. „In Summe werden wir bis Ende dieses Jahres rund 100.000 Haushalten in ländlichen Regionen in Bayern einen glasfaserbasierten High-tech-Anschluss bereitstellen“, hob Reisinger hervor. Haushalte, die vorher weitestgehend unterversorgt, d.h. größtenteils über Bandbreiten von lediglich 1 Mbit/s und weniger verfügten.

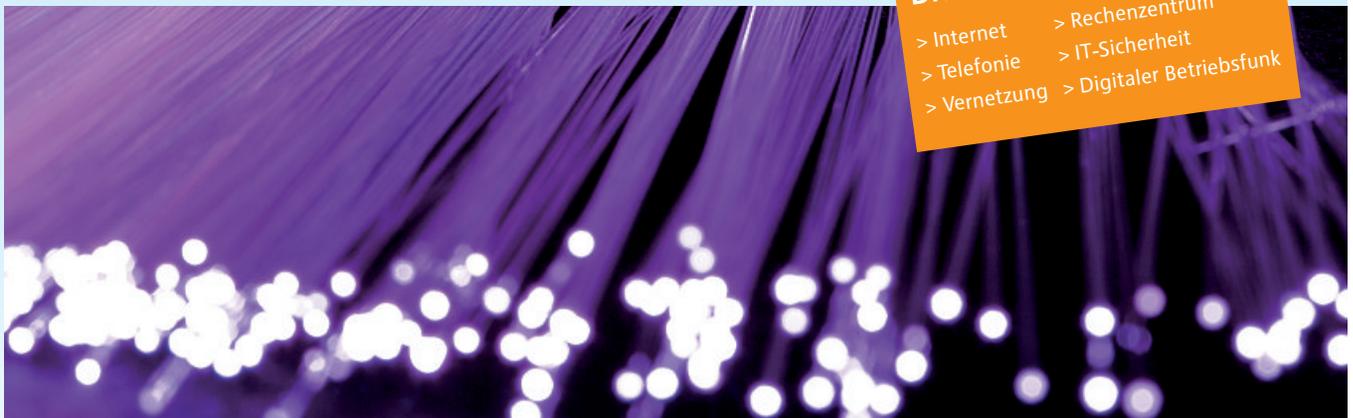
Mit dem ersten Programm wurde eine Min-

destversorgung hergestellt. Allerdings habe die Bayerische Staatsregierung verstanden, dass mit der Gewährleistung der Mindestversorgung (Anschluss > 1Mbit/s) die Zukunftsperspektive des Freistaats stark eingeschränkt ist. Daher habe die Regierung ein neues, umfangreiches Förderprogramm aufgesetzt. „Wir als M-net begrüßen dies außerordentlich, da dies eine Grundlage darstellt, um den Standort Bayern auch langfristig attraktiv zu gestalten“, bemerkte Reisinger.

### KOOPERATION ALS SCHLÜSSEL ZUM ERFOLG

Da zahlreiche, erfolgreich umgesetzte Breitbandprojekte mit Kooperationspartnern realisiert wurden, vertrete M-Net die Überzeugung, „dass die Kooperation lokaler und regionaler Partner ein Schlüssel zum Erfolg für einen nachhaltigen Ausbau von Highspeed-Breitbandzugängen sind“. Die Kooperationspartner seien gleichberechtigte Partner und die Kooperation so angelegt, dass sie auf einer Win-Win-Situation aufbaut. Kooperationen trügen zur Risikominimierung bei und jeder Kooperationspartner konzentriere sich auf seine Kernkompetenz. Außerdem genießen der

**LEW**  
TelNet



#### Unser Produkt- und Dienstleistungsportfolio

- > Internet
- > Telefonie
- > Vernetzung
- > Rechenzentrum
- > IT-Sicherheit
- > Digitaler Betriebsfunk

## BREITBAND FÜR IHRE KOMMUNE – IHR ANSCHLUSS AN DIE ZUKUNFT.

LEW TelNet zählt zu den führenden Anbietern für Datenkommunikation in Bayerisch-Schwaben. Zu unserem Kerngeschäft zählt die Konzeption und Umsetzung von professionellen Breitbandlösungen für Kommunen. Mit unserem eigenen Glasfasernetz bringen wir den ländlichen Raum mit Höchstgeschwindigkeit ins Internet. Profitieren Sie jetzt von Standortvorteilen für Ihre Kommune.

Kooperationspartner, sprich EVU oder die kommunale Gesellschaft, laut Reisinger hohes Vertrauen bei öffentlicher Hand und Bürgern und das Geschäftsmodell dient der Sicherung der Arbeitsplätze vor Ort.

Im Rahmen des Förderprogramms I habe der Netzbetreiber 840 Kabelverzeiger (KVZ) erschlossen und erreiche damit über 100.000 Haushalte. „Lokale und regionale Netzbetreiber sind heute die eigentlichen Treiber für den langfristig orientierten Breitbandausbau.“ Sie hätten überdurchschnittlich in den Highspeed-Breitbandausbau investiert.

### GRÖSSTES FTTB/H-PROJEKT IN EUROPA

Derzeit erschließe M-net mit FttB/H-Technik rund 400.000 Potentialhaushalte in München (das größte FttB/H-Projekt in Europa), außerdem in Augsburg, Erlangen und im niederbayerischen Essenbach. Dort realisiert die Marktgemeinde gemeinsam mit dem Netzbetreiber das Projekt ohne Fördergelder.

Mit FttC-Technik, die M-net in ländlich strukturierten Regionen verwendet, werden über 200.000 Haushalte adressiert. Die Investitionssumme beläuft sich über alle Aktivitäten auf über 100 Mio. Euro.

### INVESTITIONSSICHERHEIT IST GEFORDERT

Wie Reisinger bilanzierte, Sorge die Ankündigung des flächendeckenden Vectoring-Ausbaus der Telekom für eine starke Verunsicherung und führe zu einer mangelnden Investitionssicherheit. Dabei wies er darauf hin, dass die Vectoringtechnologie eine technische Möglichkeit ist, Kupfernetze besser nutzen zu können. Eine partielle Erhöhung der Bandbreite sei möglich, hänge aber von der Länge der jeweiligen TAL ab. Vectoring sei kein NGA-Netz, d. h. es ist kein Glasfasernetz. Zudem basiere Vectoring auf Kupferleitungen und sei im optimalen Fall auf 100 MBit/s begrenzt.

Das bayerische Förderprogramm II habe sich als „sehr komplex, sehr langwierig und

sehr kompliziert“ herausgestellt. Ohne externe Berater könne kaum eine Kommune dieses Programm durchlaufen. Wie langwierig das Programm ist, verdeutlichte Reisinger anhand aktueller Zahlen aus dem Breitbandportal: 322 Gemeinden haben mit der Bedarfsermittlung begonnen, derzeit sind 29 Gemeinden im Auswahlverfahren angekommen. Die durchschnittliche Dauer dieses Prozesses hierfür beträgt 180 Tage, davon wiederum haben ganze 3 Ihre Auswahlentscheidung getroffen. Hier beträgt die durchschnittliche Dauer 250 Tage und bisher ist noch kein einziger Zuwendungsbescheid erteilt worden.

### HOHER STELLENWERT IN BAYERN

Das Förderprogramm selbst mit einer Fördersumme von 500 Mio. Euro auf 5 Jahre ist freilich als klares Zeichen der bayerischen Staatsregierung zu sehen, fügte Reisinger hinzu. 500 Mio. Euro bedeute eine Verfünfachung gegenüber dem ersten Förderprogramm und beweise, „wie wichtig der Breitbandausbau ist und welchen hohen Stellenwert dieser in der Entwicklung des Freistaates hat“.

DR. CHRISTIAN VON BOETTICHER

WIRTSCHAFTSRAT RECHT BREMER & HELLER GBR:

## GLASFASER FÜR ALLE

Die Kanzlei Wirtschaftsrat Recht Bremer & Heller ist eine wirtschaftsberatende Sozietät mit Sitz in Hamburg und bietet Beratung rund um das Thema Breitbandausbau. Zu ihren Leistungen zählt nach Angabe von Rechtsanwalt Dr. Christian von Boetticher die Vergabe-, beihilfe- und steuerrechtliche Begleitung von Projekten, die Konzeption von Geschäftsmodellen (z. B. Gründung von Zweckverbänden), die Erstellung von Wirtschaftlichkeitsberechnungen und Businessplänen sowie die Begleitung von Finanzierungsgesprächen, die Vertragserstellung und -gestaltung (z. B. Pachtverträge, Wegenutzungsverträge), die Beratung in telekommunikationsrechtlichen Fragestellungen im Zusammenhang mit dem Breitbandausbau sowie die Wirtschaftsprüfung.

Als Grundproblematik im ländlichen Raum charakterisierte von Boetticher die schlechte Versorgung mit breitbandigem Internet. Landflucht, weniger Gewerbesteuer, weniger Ansiedlungen und geringere Mieten seien die Folge. „Die Infrastruktur Breitband ist die Infrastruktur des 21. Jahrhunderts. Die Steigerungsraten des Bedarfs sind dramatisch.“

„Die öffentliche Hand krepelt die Ärmel hoch“, so von Boettichers Erfahrung. Viele Kommunen im Norden seien dazu übergegangen, konzeptionell neu zu denken. „Wir raten dazu“, meinte der Anwalt. „Durch

unsere jahrelange Erfahrung im Bereich der Telekommunikation ist es uns möglich, insbesondere Gemeinden im ländlichen Raum, die als unterversorgt gelten, umfassend zu beraten.“

### AGIEREN STATT REAGIEREN

„Tatsache ist: Mit der typischen Wirtschaftlichkeitslückenförderung kriegen wir am Ende weiße Flecken in der Karte“, fuhr der Anwalt fort. Agieren statt reagieren laute die Devise. Damit einhergehende Probleme seien freilich die Kompliziertheit rechtlicher Rahmenbe-



Dr. Christian von Boetticher.

dingungen (europäisches Beihilferecht, Vergaberecht, Wettbewerbsrecht, Telekommunikationsrecht, Steuerrecht etc.) sowie die hohen Kosten eines Breitbandausbaus. Darum sei zunächst stets die Frage nach der Wahl der Rechtsform zu stellen.

Da für die diversen Arbeiten zur Realisierung eines Projekts auch unterschiedliche Fachleute benötigt werden, müssen sich diese zu Bietergemeinschaften zusammenschließen. Das Problem dabei: „Zwischen den Experten

können Spannungen auftreten.“ Die Beauftragung einer Projektsteuerung kann hier Abhilfe leisten. Zu den Aufgaben eines Projektsteuerers zählten die Koordinierung des Ausschreibungsverfahrens, Zeitpläne, Abnahmen, Einkauf, technische Systementscheidungen und die Unterstützung bei Strategieentwicklungen.

## STEUERN OPTIMIEREN

„Unterschätzen sie niemals das Thema Steuern“, lautete von Boettichers Ratschlag. Ziel müsse die Optimierung der steuerlichen Gestaltung sein, wobei Gewerbesteuer und Körperschaftsteuer möglichst gering gehalten werden sollten. Die Umsatzsteuer wiederum könne aufgrund des möglichen Vorsteuerabzugs vorteilhaft sein und sollte auf jeden Fall mit einkalkuliert werden.

„Lassen Sie sich nicht allein von hohen Summen abschrecken, die es zu stemmen gilt!“, fuhr von Boetticher fort. Beim Zweckverbandsmodell erfolgten Bau und Finanzierung des passiven Netzes durch den Zweckverband. Zwar sei dies mit einem hohen Kostenaufwand verbunden, jedoch liege hier eine Kommunalkreditfähigkeit vor. Mit den entsprechenden Finanzierungsinstrumenten durch KfW und LfA seien die Rahmenbedingungen für dieses Modell so günstig wie schon lange nicht mehr. Von Boetticher: „Die Bedeutung der Finanzierung ist während des ganzen Projekts aktuell. Alle Mechanismen müssen in der Planung vernünftig aufeinander abgestimmt sein. Sollten Sie vor Ort einen eigenen Energieversorger haben, so holen Sie ihn an Bord. Es ist möglich, ihn in die Struktur des Zweckverbands zu integrieren.“

Mittels Eigenkapital, mit einer Umlagefinanzierung oder mittels Fremdkapital kann die Umsetzung der Finanzierung theoretisch erfolgen. Bei der Finanzierung mittels Fremdkapital werden vorab folgende Fragen aufgeworfen: Wird überhaupt Geld benötigt und wenn ja, in welcher Höhe? Wann wird Geld benötigt und woher stammt das Kapital? Reicht eine Bank als Kapitalgeber oder werden mehrere benötigt? Ist ein Swap erforderlich und wer trägt das Risiko der Zinsänderung? Verlangt die Bank Sicherheiten und wer trägt das Planungsrisiko und die Anlaufkosten?

## ANLEGER INS BOOT HOLEN

Bei der Finanzierung mittels Eigenkapital kann durch die Gründung einer Gesellschaft die Finanzierung ohne Bank erfolgen. Da viel Kapital benötigt wird, empfiehlt es sich, möglichst viele Anleger ins Boot zu holen. Denkbar sei eine Aktiengesellschaft, da sie für viele Anleger gut geeignet ist. Nachteile sind ein hoher formaler Aufwand und die kritische Beurteilung seitens der Kommunalaufsicht. Die Gründung einer GmbH & Co.KG biete hier Alternativen. Die Haftung sei auch hier beschränkbar und die Gestaltung als vermögensverwaltende KG möglich. Zudem würden keine Gewerbesteuer und keine Steuer bei Kapitale Ausschüttungen erhoben. Die Lösung entspreche dem Pachtmodell des Zweckverbandes.

Von Boetticher: „Grundsätzlich ist kein Eigenkapital erforderlich, da der Zweckverband nicht wirtschaftlich tätig wird. Der Zweckverband ist nur vermögensverwaltend tätig. Er ist kommunalkreditfähig.“ Am Ende

müsse freilich Stabilität gewährleistet werden. Für Sicherheit könne auch der Provider/Netzbetreiber sorgen, den man unbedingt in das Gespräch einbeziehen sollte.

Die Höhe der benötigten Sicherheit orientiert sich vergaberechtlich an §9 Abs. 4 VOL/A. Diese ist zu erlangen über eine Bank- oder Konzernbürgschaft, wobei erstere teuer ist und in der Regel für einen Zeitraum von 20 Jahren nicht zur Verfügung steht. Darüber hinaus gibt es die Möglichkeit, Sicherungsverträge zu schließen. Bei Insolvenz des Pächters verpflichtet sich hier ein Dritter, das Netz über eine bestimmte Laufzeit zu pachten.

## JEDE KOMMUNE MUSS IHREN EIGENEN WEG FINDEN

In diesem Zusammenhang sind, so von Boetticher, folgende Punkte beachtenswert:

1. Sicherheit des jeweiligen Sicherungsmittels,
2. Keine Gläubigerbenachteiligung,
3. Was steht in der Veröffentlichung der Ausschreibung?
4. Ist ein Wechsel während der Vertragslaufzeit möglich?

Fazit: „Die Antwort auf die Frage, wie eine vernünftige flächendeckende Breitbandversorgung auf die Beine zu stellen ist, steht nicht im 500 Mio. Euro-Programm. Die Lösung findet sich vielmehr in der Frage, wie sich eine Kommune auf den Weg machen kann, selbst etwas zu schaffen. Dies ist schließlich das ureigenste Interesse einer Kommune. Die Kanzlei Wirtschaftsrat Recht hat diese Erfahrung gemacht und darum wird dieses Modell auch im Norden der Republik bereits sehr gut angenommen.“



Wild ist  
Kompetenz  
vor Ort.

 **Max Wild**  
Profis ohne Grenzen

Unsere Profis unterstützen Sie  
in den Bereichen:

- Horizontalbohrtechnik/Rohrleitungsbau
- Tiefbau/Erdbau
- Kiesvertrieb/Transportdienstleistungen
- Logistik
- Abbrucharbeiten
- Flächenrecycling
- Fuhrpark-/Gerätemanagement
- Systementwicklung

[www.maxwild.com](http://www.maxwild.com)

Max Wild GmbH



REINHARD WRCHLAVSKY / LEW TELNET:

## MIT GLASFASER IN DIE ZUKUNFT

Eine leistungsstarke Internetanbindung ist für den Erfolg eines Standorts ebenso entscheidend wie eine gute Verkehrsanbindung. Nach Darstellung von Reinhard Wrchlavsky, Leiter des Geschäftsfeldes Breitband, setzt LEW TelNet in Bayerisch-Schwaben und Teilen Oberbayerns zahlreiche Breitbandprojekte sowohl im Rahmen der Breitbandförderprogramme des Freistaats Bayern als auch rein privatwirtschaftlich finanziert um. Damit stärkt LEW TelNet die wirtschaftliche Basis der Region und legt den Grundstein für einen weiteren Ausbau der Glasfaserinfrastruktur.

Das 1997 gegründete Tochterunternehmen der Lechwerke AG beschäftigt 90 Mitarbeiter. Das Kerngeschäft von LEW TelNet sind die Erschließung von Kundenstandorten mit Glasfaserkabelinfrastruktur und die Direktanbindung von Standorten an das leistungsfähige Netz, die Konzeption und Umsetzung von professionellen System- und Datenkommunikationslösungen für Unternehmen, die öffentliche Verwaltung und Telekommunikationsanbieter (Carrier) sowie Lösungen zum Breitbandausbau in ländlichen Gebieten.

tionsanbieter (Carrier) sowie Lösungen zum Breitbandausbau in ländlichen Gebieten.

### MULTIMEDIALE ANWENDUNGEN

Wie der 3. Monitoringbericht der Bundesregierung (Stand: 2013) ausweist, wird der Bandbreitenbedarf in Deutschland bis 2020 auf 100 Mbit/s anwachsen. Wesentliche Treiber seien multimediale Anwendungen

sowie beispielsweise auch Cloud-Dienste für unternehmerische Anwendungen. „Führt man die Prognose fort, so werden wir bereits gegen 2030 bei einem Bedarf von 1 Gbit/s pro Anschluss angelangt sein“, verdeutlichte Wrchlavsky.

Am Beispiel von Cloud Computing und TV (Bandbreitentreiber für Privatkunden) erläuterte er die Prognose des zukünftigen Bandbreitenbedarfs exemplarischer Dienste, basierend auf der Breitbandstudie Sachsen 2030 der TU Dresden. So werden pro Fernsehkanal am Ende des Tages Bandbreiten bis zu 400 Mbit/s erforderlich sein. Wrchlavsky: „Die Weiterentwicklung schreitet rasant voran. Die Prognosen sind sehr realistisch und nachvollziehbar.“

### WICHTIG ZUR STEUERUNG DER ENERGIEWENDE

Der Referent wies in diesem Zusammenhang darauf hin, dass die Energiewende nur zu meistern sein wird, „wenn wir eine intelligente Energieversorgung umsetzen, sprich viele dezentrale Energieerzeugungen intelligent steuern“. Dies wiederum werde nur gelingen, „wenn flächendeckend leistungsfähige Breitbandanschlüsse zum Monitoring, zum Datenaustausch und zur Steuerung dieser Anlagen bereitstehen“.

Gespräche mit Bürgern, Kommunen und Unternehmen zeigten, dass der Bedarf an höheren Bandbreiten bereits konkret vorhanden ist, erläuterte der LEW TelNet-Repräsentant. Dies gelte freilich nicht nur für große Unternehmen, sondern inzwischen auch für Mittelständler.

### GLASFASERKABEL BIS ZUM ENDKUNDEN

„Der Bandbreitenbedarf erfordert den Einsatz von Glasfaserkabel bis zum Endkunden“, fuhr Wrchlavsky fort. Nur Glasfaser ermögliche extrem hohe Übertragungskapazitäten. Bandbreiten stünden stabil pro Anschluss zur Verfügung und die Qualität der Signalübertragung sei distanzunabhängig. Zudem sei die Glasfasertechnologie äußerst nachhaltig.

Der Aufbau flächendeckender Glasfasernetze erfordert nach den Worten des Referen-



„Über den Erfolg eines Wirtschaftsstandorts entscheidet die Breitbandanbindung heute ganz wesentlich. Für die Stadt Neusäß hat die weitere Verbesserung der Breitbandversorgung deshalb höchste Priorität“, sagte Bürgermeister Hansjörg Durz. „Im neuen Gewerbegebiet Neusäß-Nord wird nun mit dem Hochleistungs-Glasfasernetz die Basis für eine dauerhaft erfolgreiche Entwicklung gelegt.“ Unser Bild zeigt (v. l.): LEW TelNet-Geschäftsführer Johannes Stepperger, Bürgermeister Hansjörg Durz, LEW-Vorstandsmitglied Norbert Schürmann und Wirtschaftsförderin Susanne Mullack, die gemeinsam das Projekt vorstellten. ■

ten eine stufenweise Auf- und Ausbastrategie. Gründe hierfür seien die hohen Finanzierungskosten – für einen flächendeckenden deutschlandweiten Ausbau wären nach Schätzungen ca. 80 bis 100 Mrd. Euro nötig, in Bayern ca. 10 Mrd. Euro – sowie die Beanspruchung entsprechender Ressourcen, d. h. ein hoher Aufwand aufgrund von Tiefbauarbeiten.

### STUFENWEISER AUSBAU

So könnte laut Wrchlavsky im Rahmen einer ersten Stufe ein flächendeckender Glasfasernetzaufbau in Gebieten mit aktuell hohem Bandbreitenbedarf erfolgen (z. B. Gewerbegebiete oder auch Gebiete mit Privatgrund) und parallel dazu weiterhin Glasfaser bis zu den Kabelverzweigern (FTTC) als Zwischenschritt hin zum Aufbau flächendeckender Glasfasernetze angeboten werden. In einer zweiten Stufe sei es dann möglich, diese bereits FTTC-ausgebauten Gebiete Schritt für Schritt bis in die Gebäude hinein zu verlängern.

LEW TelNet betreibt das Glasfasernetz der Lechwerke AG mit einer Gesamtlänge von 2.000 Kilometern. Das Unternehmen kann auf 86 Netzknotenpunkte in der Region zurückgreifen und bietet über 200 Glasfaserdirektanschlüsse für Geschäftskunden an. „Von Anfang an haben wir eine konsequente Strategie verfolgt, das Breitbandnetz kontinuierlich auszubauen – mit Erfolg“, so Wrchlavsky.

Dieses Glasfasernetz einschließlich der LEW TelNet-Strategie sei die wesentliche Grundlage für eine Beteiligung am Breitbandausbau im Rahmen des 1. Breitbandförderprogramms gewesen. Insgesamt wurden 53 kommunale Projekte in der Region realisiert. Damit können ca. 40.000 Privathaushalte sowie 5.000 Unternehmen und Gewerbetreibende in bisher unterversorgten Gebieten auf Breitbandanschlüsse von bis zu 50 Mbit/s zugreifen. Wrchlavsky: „Wir haben die Glasfasernetze realisiert und auch hier ausschließlich FTTC-Konzepte umgesetzt. Dies ist die Grundlage für einen weiteren Glasfaserausbau hin zu FTTB/H.“

### DREI-SÄULEN-STRATEGIE

„Fakt ist: Wir werden uns weiterhin aktiv am Breitbandausbau in der Region beteiligen“, berichtete der LEW TelNet-Repräsentant. Für die Zukunft habe sich das Unternehmen eine Strategie überlegt, die auf drei Säulen beruht. Gehe man – wie erwähnt – von einem Investitionsbedarf an Glasfasernetzen



Reinhard Wrchlavsky.

in Höhe von 10 Mrd. Euro und Fördermitteln in Höhe von lediglich 500 Mio. Euro aus, so werde deutlich, „dass diese Summe nicht reichen wird, um Glasfasernetze aufzubauen“. „Darum sind wir der Ansicht, dass eine Kombination aus privatwirtschaftlichen Investitio-

nen und öffentlichen Fördermitteln es ermöglichen würde, leistungsfähige Netze im Land aufzubauen.“ Der Fokus liege dabei auf den Säulen Gewerbegebiete, Ausbau von Neubaugebieten und Projektbeteiligung im Rahmen des Förderprogramms.

[www.pwclegal.de](http://www.pwclegal.de)

## Breitband mit Weitblick

Ob Förderverfahren, Auswahl des Netzbetreibers oder Gestaltung von Verträgen: Der Breitbandausbau fordert fundiertes rechtliches Wissen. Zum Glück sind unsere Rechtsanwälte mit allen maßgeblichen Rechtsgebieten ebenso vertraut wie mit den besonderen Anliegen von Kommunen. Darüber hinaus profitieren sie vom direkten Draht zu den PwC-Experten aus den Bereichen Steuern, Consulting und Wirtschaftsprüfung. Sprechen wir über Ihre Themen: Thorsten Ehrhard, Tel.: +49 89 5790 5379, [thorsten.ehrhard@de.pwc.com](mailto:thorsten.ehrhard@de.pwc.com).

**pwc**

© 2013 PricewaterhouseCoopers Legal Aktiengesellschaft Rechtsanwaltskanzlei. Alle Rechte vorbehalten. „PwC Legal“ bezieht sich auf die PricewaterhouseCoopers Legal Aktiengesellschaft Rechtsanwaltskanzlei, die zum Netzwerk von PricewaterhouseCoopers International Limited (PwCIL) gehört. Jede der Netzwerkgesellschaften der PwCIL ist eine rechtlich selbstständige Gesellschaft.



ROLAND WERB UND MICHAEL RÄBIGER / CORWESE GMBH:

## WEGE IM BAYERISCHEN FÖRDERVERFAHREN, MASTERPLÄNE

So wie sich die Leistung von Computern und IT-Anwendungen in den vergangenen Jahren rapide entwickelt hat, ist heute festzustellen, dass sich der Bandbreitenbedarf für die Übertragungswege alle 20 Monate verdoppelt. Ein Ende dieser Entwicklung ist nicht abzusehen.

Die Gemeinden stehen bei der Realisierung vor großen Problemen. Der Markt, d. h. die technischen Möglichkeiten, sind mehr als unübersichtlich und oftmals schwer vergleichbar. Es fehlt das Know-how, mit Anbietern und Providern auf Augenhöhe zu agieren und zu verhandeln sowie die in Frage kommenden Alternativen sicher gegeneinander abzuwägen. Hilfe bieten zahlreiche Planungsbüros; auch hier ist der Markt jedoch unübersichtlich und auch hier fehlt die Sicherheit einer fachgerechten Beurteilung der Planungsergebnisse.

Die Corwese GmbH steht daher laut Geschäftsführer Roland Werb ausschließlich auf der Seite der Gemeinde und unterstützt die Breitbandpaten in allen Phasen der Projektierung, Planung und Umsetzung bis hin zur Begleitung des Förderantrages als neutraler Berater. Die Beratungsfirma versteht sich bewusst nicht als Planungsbüro und ist damit auch kein Wettbewerber von Planungsbüros -

im Gegenteil: Kooperationen sind beabsichtigt und notwendig.



Michael Räßiger und Roland Werb (v.l.).

Die Gemeinden Iphofen und Willanzheim, die die ersten Förderbescheide des 2. Bayerischen Breitbandförderprogramms für schnelles Internet erhalten haben, sind Corwese-Kunden. Zudem beriet der Dienstleister die Marktgemeinde Essenbach im Landkreis Landshut, die sich selbst ein flächendeckendes Glasfasernetz baut.

[www.langmatz.de](http://www.langmatz.de)

Langmatz



### Ihr Partner für FTTx



Vom Central Office bis ins Gebäude!  
[www.youtube.com/user/LangmatzGmbH](http://www.youtube.com/user/LangmatzGmbH)

Der Spezialist für technische Systemlösungen -  
Energietechnik, Telekommunikation, Verkehrstechnik

### SPIELREGELN DER EU

Wie Werb erläuterte, liegt bei dieser FTTH-Lösung ein Return of Invest (ROI) von mehr als 25 Jahren vor. Die Kosten belaufen sich pro Hausanschluss auf ca. 4.000 Euro, während bei FTTC der ROI bei 9 Jahren liegt und pro Haus nur ca. 1.000 Euro zu berappen sind. „Das ist im Moment das Handicap. Die FTTH-Lösung können sich nur sehr wohlhabende Gemeinden leisten.“

Die größte Hürde sieht Roland Werb darin, das Förderverfahren so zu steuern, dass es den Spielregeln der EU gerecht wird. Viele Gemeinden fragten sozusagen ins Blaue den Bedarf ab und rieben sich danach ratlos die Augen, wie sie mit dem Ergebnis weiter machen sollen. „Steuert man den Bedarf nicht, kommt etwas heraus, was schwer umsetzbar ist“, erklärte der Experte. Richtschnur sollte sein, was technisch machbar und sinnvoll ist.

Nach Werbs Darstellung ist der erste Schritt,

nämlich die Festlegung des Kumulationsgebietes, von entscheidender Bedeutung. „Unsere Philosophie ist, hier mit viel Sorgfalt vorzugehen, ohne dabei die Technik- und Anbieterneutralität verletzen zu wollen“, betonte der Referent. „Wenn ich beispielsweise als eine der Grundforderungen im Förderverfahren flächendeckend 30 Mbit/s in einem Kumulationsgebiet anlegen muss, so habe ich mir vorher zu überlegen, welche Abstände von Kabelverzweigern ich ungefähr benötige, um diese Bedingung erfüllen zu können.“

## AUSSCHREIBUNG GENAU ÜBERLEGEN

Während bei einer FTTC-Lösung auch weitere Anschlüsse außerhalb des Kumulationsgebietes (Privathaushalte) von der Erschließung profitieren, gibt es bei der FTTB/FTTH-Lösung „das riesige Problem, dass Anschlüsse außerhalb des Gebietes laut Förderrichtlinie nicht versorgt werden“. Aus diesem Grund „muss man sich sehr genau überlegen, wie man ausschreibt“!

Beim Dokumentationsschritt „Ermittlung und Versorgung“ sind im bayerischen Förderverfahren die 2 Mbit-Grenze und die 25 Mbit-Grenze sehr wichtig. Hier würde es sich zwar anbieten, den Breitbandatlas des Bundes zu verwenden, „jedoch stellen wir fest, dass dieser zu ungenau ist“. Die Rasterung sei zu groß und auch häufig nicht aktualisiert.

Konkret empfiehlt Corwese folgende Vorgehensweise:

- Aktualisierung der Versorgung
- Abfrage Bundesnetzagentur
- Abfrage aller Netzanbieter inklusive Kabel Deutschland
- Kartierung Kabelverzweiger und Leerrohre und Trassen Anderer
- Kartierung aller Infrastrukturmaßnahmen
- Abschätzung eines realen Kundenpotenzials
- Qualifizierte Gespräche mit Netzbetreibern und Kosten erfragen
- Erst dann sinnvolle Gebietsfestlegung möglich.

## TRANSPARENZ UND NACHVOLLZIEHBARKEIT

Mit Blick auf die Schritte Vergabeverfahren, Förderantrag/Kooperationsvertrag/Prüfung BNA sowie Förderbescheid / Kooperationsvertrag gaben die Experten folgenden Rat: „Bearbeiten Sie diese Punkte wie bei normalen VOL-Ausschreibungen äußerst akkurat und vorsichtig, damit sie später keine An-

griffsfläche bieten, wenn jemand gegen ihre Entscheidungen klagt.“ Dieser Öffentliche Teilnahmewettbewerb sei äußerst genau zu dokumentieren. Im Falle von Angeboten müsse die Entscheidung für die Vergabestellen und das Breitbandzentrum „absolut transparent und nachvollziehbar“ sein. Hierzu benötige die Kommune eine Fachexpertise „von jemandem, der etwas von der Technik versteht und weiß, wie man so etwas beurteilt“. Der Förderantrag sei spätestens mit dem Start der Ausschreibung zu stellen. Diese erfolge sinngemäß VOL/A 1. Abschnitt.

„Wir sind der Meinung, dass man der Gemeinde auf alle Fälle einen Masterplan an die Hand geben soll, die es ihr ermöglicht, bei jeder Aufgrabung zu wissen, was zu verlegen ist“, so die Auffassung der Fachleute. Glasfaser ist nach ihrem Dafürhalten das zukünftige Medium für die hochbitratige Breitbandversorgung. Neubaugebiete sollten immer mit Microrohren geplant werden. Synergien mit zukünftigen Tiefbaumaßnahmen seien nur mit einem Masterplan zu erreichen. Das Leerrohrnetz müsse über die Jahre organisch wachsen.

## DRUCHBLICK IM DSCHUNDEL

Um grundsätzlich für mehr Durchblick im Breitbanddschungel zu sorgen, warteten Werb und Rübiger mit einigen Verbesserungsvorschlägen und Wünschen auf. Sie plädierten dafür, die Ausschreibung offen für Nebengebiete zu gestalten und Abweichungen von mehr als 10 % zu tolerieren, um später bei der Angebotsbewertung flexibler zu sein. Auch müsse die Ausschreibung so gestaltet werden, dass Überstrahleffekte über das Erschließungsgebiet hinaus positiv bewertet werden können.

## VECTORING

Damit das Stadt-Land-Gefälle nicht noch weiter verstärkt wird, sei außerdem die Zulassung von Vectoring wünschenswert. Von Vorteil sei auch die Zusammenlegung der Schritte Bedarfsabfrage und Markterkundung – wie bereits im alten Förderverfahren geschehen. Wolle man FTTB forcieren, sei schließlich sowohl eine Erhöhung der Fördersumme als auch der Fördersätze, jeweils differenziert nach FTTC/FTTB, sinnvoll. ■



### Ingenieurbüro Josef Ledermann

Öffentlich bestellter und vereidigter Sachverständiger für Netze und Dienste in der Telekommunikation sowie Verbindungspreisberechnung

#### Ihr Partner für:

- **Breitbandplanung - Begleitung vom Förderprogramm**
- **Konzeption und Planung von aktiven Netzen**
- **Abnahmemessungen**
- **Technische Regulierung**
- **Dienstportfolio und Betriebsprozesse**
- **Verbindungspreisberechnung und Sicherheitskonzepte**

Untere Hauptstraße 56 • 85354 Freising • Tel.: 08161/40 50 310  
Fax: 08161/40 50 319 • [info@sv-ledermann.de](mailto:info@sv-ledermann.de) • [www.sv-ledermann.de](http://www.sv-ledermann.de)

ANDREAS WEBER / REHAU AG + CO.:

## ROHRSYSTEME FÜR DEN BAU NACHHALTIGER BREITBANDNETZE

Die Rehaug AG mit Sitz im oberfränkischen Rehau fertigt am Standort Erlangen hochwertige polymere Rohrsysteme, die auch für Hochgeschwindigkeits-Breitbandnetze zum Einsatz kommen. Das 1948 gegründete Familienunternehmen beschäftigt nach Auskunft von Andreas Weber, Vertriebsleiter Nordbayern, weltweit rund 17.000 Mitarbeiter und erwirtschaftet einen Umsatz von rund 2,5 Mrd. Euro. Bayernweit sind in sieben Werken rund 5.000 Mitarbeiter tätig.

„Wir wollen nachhaltig bauen und deshalb müssen die Kabel geschützt werden“, betonte Weber. Auch in einigen Jahrzehnten sollten die verlegten Rohrsysteme noch genutzt werden können. Es gelte, sich gegen mechanische oder chemische Beschädigungen zu wappnen. Auch Nagetierfraß sei ein Thema bei den Glasfaserkabeln. Webers Ratschlag: „Setzen Sie die richtigen Rohrsysteme ein! Dadurch können Sie flexibel auf Kapazitätserhöhungen eingehen, zudem auf einfachere

Weise die Kabel austauschen und schließlich verschiedene Netze voneinander trennen.“

Grundsätzlich wird Weber zufolge zwischen den Begriffen Fernnetz und Verteilernetz unterschieden. Während es bei den Fernnetzen um die wirtschaftliche Verlegung der Glasfaser möglichst nah an der Ortschaft über große Entfernungen geht, sind bei den Verteilernetzen kurze Entfernungen und die flexible Anbindung der Endkunden gefragt.



Andreas Weber.

### NACHHALTIGKEIT BEDENKEN

Erfahrungsgemäß werden auf der Ebene der Fernnetze sehr häufig Endlosrohre aus dem Werkstoff Polyethylen (PE) verwendet, die in der Regel sehr kostengünstig sind und über lange Distanzen eingepflügt werden können. Genutzt werden aber auch Mehrfachrohrsysteme, die ebenso einzufräsen sind.

Auf der Verteilerebene wiederum offenbart sich das gesamte Angebotsspektrum der Rehaug AG. Dazu zählen Kabelschutzrohre aus PE, PVC und Polypropylen (PP) sowie Mehrfachbelegungsrohre aus PE. Für Kommunen nicht empfehlenswert sind laut Weber Verbundrohre: „Das ist eher etwas für den privaten Häuslebauer oder für Stadtwerke, die Lampen anschließen müssen. Für den Aufbau eines nachhaltigen Breitbandnetzes ist dies jedoch keine Lösung.“

### KOSTENSPARENDE TECHNIKEN

Wie Weber ausführte, sei der Netzausbau zum Endkunden in vielen Kommunen bislang daran gescheitert, dass die Anschlüsse auf der „letzten Meile“ nur mit hohem finanziellem Aufwand hergestellt werden konnten. Wurden früher viele Anwohner beim Verlegen von dertartigen Leitungstrassen durch das Aufgraben von Hausanschlüssen durch Lärm und Dreck massiv beeinträchtigt, so ermöglichen moderne, kostensparende grabenlose Verlegetechniken nun das schnelle und wirtschaftliche

### BREITBANDFÖRDERPROGRAMM RICHTIG NUTZEN

Bayerns Städte und Gemeinden haben mit dem Bayerischen Breitbandförderprogramm die Möglichkeit, die Breitbandversorgungssituation signifikant zu verbessern und die dazu notwendige Netzinfrastruktur effektiv und dauerhaft auszubauen. Die Glasfaser als Medium der Zukunft sollte dabei im Mittelpunkt stehen.

Allerdings stellt die Komplexität des Förderprogramms die kommunalen Entscheidungsträger vor große Herausforderungen. Zur Abarbeitung der notwendigen Verfahrensschritte im Förderprogramm ist eine qualifizierte Planung notwendig, die neben der Konzeption der passiven und aktiven Netzstruktur auch die regulatorischen Rahmenbedingungen des Telekommunikationsmarktes berücksichtigt. Da das bayerische Breitbandförderprogramm insbesondere die Gewerbetreibenden im Fokus hat, sind deren spezielle Anforderungen zu berücksichtigen. Stetig steigende Datenmengen erfordern direkte Glasfaseranbindungen.

Diese neu zu errichtenden Glasfasernetze können auch von den Gemeinden und den kommunalen Unternehmen und Eigenbetrieben für zahlreiche weitere Anwendungen genutzt werden. So benötigt bspw. die Einführung von intelligenten Stromzählern zur Übertragung der jeweiligen Messwerte auch eine entsprechende Netzinfrastruktur. Das Ingenieurbüro Ledermann ist bereits seit mehr als zwei Jahrzehnten im Telekommunikationsmarkt tätig. Als Systemhaus für Kommunikationsnetze bietet es neben den reinen Planungsleistungen zum Aufbau von FTTH-Netzen auch umfassendes Know-how zur Vermarktung und zum Betrieb dieser Netze an.



Hersteller von Mikrorohrsystemen für die Nachrichten- und Energietechnik

**gabocom**

gabo Systemtechnik GmbH  
Am Schaidweg 7 · 94559 Niederwinkling  
Tel. 0049 (0)9962 950 200 · Fax 0049 (0)9962 950 202  
info@gabocom.de · www.gabocom.de

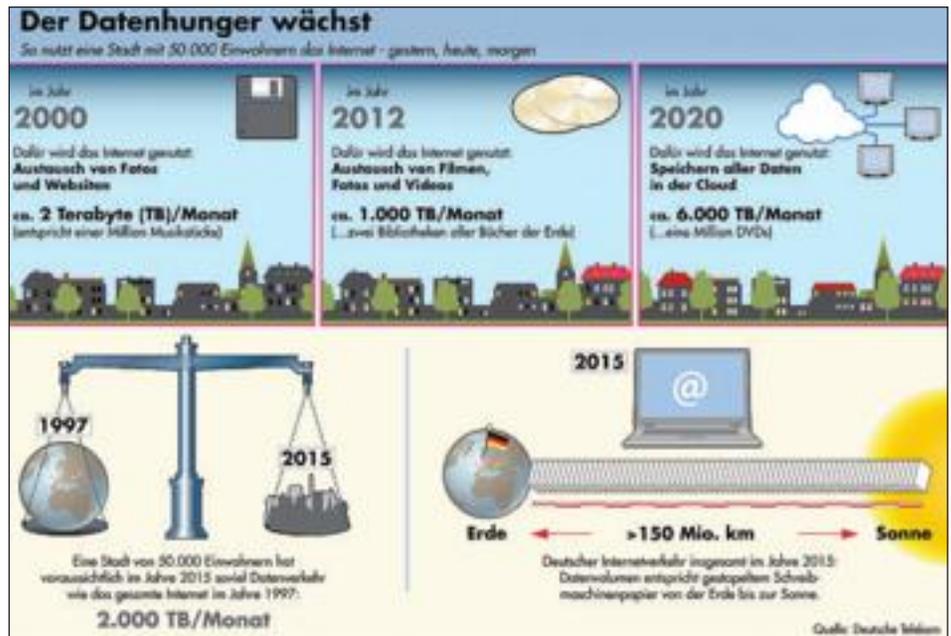
Ertüchtigen von bestehenden Kupfertrassen auf die moderne und ultraschnelle Glasfaser-technologie. Als Global Player könne Rehau die „letzte Meile“ mit einem optimalen Produktprogramm versorgen.

In die von Rehau für diese „Fibre To The X“-Anwendung entwickelten Rauspeed Hochleistungs-Mikrokabelrohre können beispielsweise nach dem Einziehen in die alte Trasse oder im Rahmen einer Neuverlegung von einem beliebigen Startpunkt über eine Entfernung von vielen Kilometern die für den Datentransport mit Lichtgeschwindigkeit erforderlichen Glasfaser-Bündeladern in wenigen Minuten eingeblasen werden.

Das Rehau Rauspeed Mikrokabelrohrsystem besteht aus verlegesicheren Mikrokabel-Einzelrohren und Rohrbündeln, direkt erdverlegbaren Steckfittings, Einzelzugabdichtungen und einem speziellem Raucut Verlegewerkzeug. Damit ist es bestens gerüstet, um eine schnelle und kosteneffiziente Anbindung per Erdrakete zu ermöglichen.

## RAUSPEED MIKROKABELROHRSYSTEM

- Flexibilität durch Anpassung an jeden Bedarf
- Direkte Erdverlegung oder im Schutzrohr
- Erdverlegung im Rohrgraben oder mittels Einpflügen
- Individuelle Kennzeichnungsmöglichkeiten
- Ausgereifte Verbindungstechnik inklusive Werkzeuge
- Formteil- und Zubehörprogramm
- Druckdicht zur wirtschaftlichen Kabelverlegung durch Einblasen mit Druckluft
- Installation der Kabel erst bei Bedarf
- Verlegung des Verbundes je nach Gegebenheiten, z. B. durch Einpflügen
- Verschiedene Verbundvarianten / Fertigung nach Kundenwunsch bis max. AD von 69 mm möglich
- Deutliche Farbkennzeichnungen auf den Einzelrohren, nach Wunsch auch auf dem Mantel
- Flexible Abzweigung von Hausanschlüssen durch großes Fitting- und Zubehörprogramm
- Optimale Einblasergebnisse durch Innenriefung der Rauspeed Einzelrohre
- Einfache und flexible Abdichtung der Rauspeed Einzelrohre im Gebäude mittels teilbarer Einzelzugabdichtung. ■



## DER PLAN BESTIMMT DIE GRÖSSE

Welche Größe für die genannten Mikroröhren gewählt wird, bestimmt der Plan, „da es darauf ankommt, wie viele Fasern in dieses Röhrchen hinein müssen“, so Weber. Hier gebe es eine breite Palette an Möglichkeiten. Rehau stelle diese Röhrchen mit einer Breite

von 7 bis 20 Millimetern her. Aus diesen Einzelröhrchen, für die wegen der fehlerfreien Zuordnung eine farbliche Mantelung entwickelt wurde, würden schließlich Verbunde gefertigt, die in die Straße verlegt werden. Weber: „Damit können wir aus dem Hause Rehau all ihre Probleme lösen. Und genau das liegt uns am Herzen!“ ■

**Wir schaffen Verbindungen - individuell, flexibel & zukunftsweisend**

Die ODR TSG ist Ihr **Ansprechpartner für Telekommunikation** in der Region Ostwürttemberg und Donau-Ries.

Mit einem eigenen Glasfasernetz von 1.600 km sind wir Ihr Experte für den Aufbau einer zukunftsfähigen Breitbandinfrastruktur.

Informieren Sie sich unter:  
[www.tsg.odr.de](http://www.tsg.odr.de)

ODR Technologie Services GmbH

**EnBW**

**ODR**

ANJA SCHRAMM / INEXIO INFORMATIONSTECHNOLOGIE  
UND TELEKOMMUNIKATION KGAA:

## INEXIO – IHR PARTNER FÜR DEN BREITBANDAUSBAU

**M**odernste Technik gepaart mit einer klaren Kundenorientierung – dies bietet das saarländische Unternehmen inexo mit seinem schnell wachsenden Glasfasernetz. Seit der Gründung 2007 hat inexo laut Anja Schramm (Vertriebsleiterin Kommunen) mehr als 3.500 Kilometer modernstes Glasfaserkabel verlegt und Citynetze in der ganzen Region erschlossen. Mit vier unternehmenseigenen Rechenzentren in Saarlouis, Saarbrücken, Kaiserslautern und einem redundanten Backbone zu den beiden Internetpunkten Frankfurt und Luxemburg bietet inexo seinen Kunden höchste Sicherheit und beste Leistung.

Modernste Technik gepaart mit einer klaren Kundenorientierung – dies bietet das saarländische Unternehmen inexo mit seinem schnell wachsenden Glasfasernetz. Seit der Gründung 2007 hat inexo laut Anja Schramm (Vertriebsleiterin Kommunen) mehr als 3.500 Kilometer modernstes Glasfaserkabel verlegt und Citynetze in der ganzen Region erschlossen. Mit vier unternehmenseigenen Rechenzentren in Saarlouis, Saarbrücken, Kaiserslautern und einem redundanten Backbone zu den beiden Internetpunkten Frankfurt und Luxemburg bietet inexo seinen Kunden höchste Sicherheit und beste Leistung.

Im Mittelpunkt der Tätigkeit steht stets die maßgeschneiderte Lösung für die individuellen Anforderungen jedes einzelnen Kunden. Sind traditionelle Kommunikationsunternehmen noch damit beschäftigt, unterschiedliche Netze und Dienste zu verbinden, arbeitet inexo auf einem modernen eigenen Glasfasernetz mit den komfortablen und leistungsstarken Standards Ethernet und IP/MPLS. Dank modernster Übertragungstechnik sind Übertragungsgeschwindigkeiten von bis zu 3.200 Gbit/s erreichbar.

### WELTWEIT LEISTUNGSFÄHIGE NETZWERKE

Durch diese Technik sind die Standortvernetzung und die Datenübermittlung auch über große Entfernungen in Geschwindigkeiten von bis zu 10.000 Mbit/s möglich. Dabei läuft die gesamte Kommunikation auf einer Technologie und mit nur einem Protokoll – egal, ob Daten oder Sprache transportiert werden.

Die Bandbreiten und Übertragungsraten

ermöglichen den Aufbau von leistungsfähigen Unternehmens-Netzwerken über VPN oder VPLS und eine leistungsstarke externe Kommunikation via Internet. Entscheidend für den Kunden ist, dass er einen technischen Standard für seine gesamte End-to-End-Kommunikation benutzt. Und das dank der Kooperation von inexo mit internationalen Carriern europä- und weltweit.

### KOMPLETTE PRODUKTPALETTE

Das Leistungsspektrum des jungen und erfahrenen Teams deckt die gesamte Bandbreite der Telekommunikation und IT ab – von Carrier-Diensten bis hin zur Übernahme der kompletten TK-, IT- und Rechenzentrumsleistungen. Die Produktpalette für Wettbewerber und Geschäftskunden erstreckt sich von Glasfaser/Dark-Fiber über Bandbreite und Transport bis hin zu Daten- und Internet-Diensten sowie Sprachdiensten (Telefonie).

inexo erfüllt alle regulatorischen Rahmenbedingungen und besitzt die Lizenz und das Wegerecht, das eigene Leitungsnetz weiter auszubauen. Dabei erschließt das Unternehmen gerade auch solche Regionen, die bislang kein Breitbandangebot oder ausschließlich das Angebot eines Anbieters hatten. Gemeinsam mit den Kommunen werden bundesweit Ortsgemeinden, Verbandsgemeinden oder ganze Landkreise erschlossen und durch den Glasfaserausbau zunächst Bandbreiten von 100 Mbit/s realisiert. Zahlreiche Beispiele im Saarland, Rheinland-Pfalz, Baden-Württemberg und bereits auch in Bayern zeigen die Leistungsfähigkeit der Kooperation zwischen öffentlicher Hand und privater Investition.



Anja Schramm.

### KOOPERATIONEN MIT LOKALEN NETZBETREIBERN

Bisher hat inexo das Wachstum aus dem Aufbau einer eigenen Infrastruktur bewältigt. Seit Beginn 2013 ist inexo im nördlichen Bayern aktiv dabei, die Infrastruktur eines inzwischen insolventen lokalen Anbieters zu übernehmen. Weitere Gespräche mit lokalen und regionalen Netzbetreibern befinden sich in der Konkretisierungsphase.

Die inexo Strategie in Bayern gründet sich Anja Schramm zufolge zunächst auf der intensiven Teilnahme am Breitbandausbau im Freistaat. Hierzu zählten die konstruktive Zusammenarbeit mit den Kommunen, Breitbandpaten und Beratungsunternehmen, die aktive Unterstützung bereits in frühen Projektphasen und bei der Ausgestaltung und Festlegung der Ausbaugebiete sowie das Anstreben von Cluster-Projekten zur Erhöhung der Wirtschaftlichkeit. Eine hohe Investitionsbereitschaft auch ohne Förderkulisse sowie kommunale Kooperationen als Ausbauposition stellen weitere Strategien dar.

Als bevorzugte Ausbaumethode nannte Anja Schramm die Fibre to the Curb-Lösung (FTTC), doch seien auch Fiber To The Home (FTTH)-Projekte möglich. Bei der Planung von FTTH-Gebieten (Neubaugebieten) gebe inexo Projektierungsunterstützung. Zudem sei in wenigen Fällen der Einsatz von Richtfunk-Substituten im Backbone möglich.

# BREITBAND-NETZ IST EIN MUSS

## DIE THÜGA METERINGSERVICE GMBH UNTERSTÜTZT KOMMUNEN UND STADTWERKE BEIM AUSBAU EINES EIGENEN GLASFASER-NETZES

Versorgungslücken beim Zugang zu schnellem Internet schließen. Dieses Ziel haben das „Bayerische Hochgeschwindigkeitsbreitband-Förderprogramm“ und der Energiedaten-Spezialist Thüga MeteringService (TMS) gemeinsam. Ein wesentlicher Unterschied aber besteht darin, dass das Unternehmen aus Naila in seiner Umsetzung der offenbar schnellere Akteur ist. So wurde das vor knapp einem Jahr neu aufgelegte bayerische Förderprogramm aus Sicht der Kommunen immer wieder als zu kompliziert und zu zeitaufwendig kritisiert und läuft bis dato nur schleppend an.

Die Thüga MeteringService GmbH hingegen hat als Betreiber eines eigenen Breitband-Netzgebietes „Hochfrankenwald“ seit 2010 bereits 13 Kommunen und deren knapp 100 Ortsteile unter dem Markennamen komDSL mit Breitband-Anschlüssen versorgt. „Gerade außerhalb der Großstädte, in ländlich geprägten Regionen wie hier, ist eine rasche Datenübertragung ein elementarer Standortfaktor, um die wirtschaftliche Entwicklung zu sichern“, bekräftigt TMS-Geschäftsführer Peter Hornfischer sein Engagement.

Mittlerweile ist das Unternehmen, das als IT-Dienstleister im Bereich Messwesen, Energiedatenmanagement und Zählerfernauslesung tätig ist, so weit, dass aus dem Geschäftsfeld Breitband+Netz ein starkes zusätzliches Standbein geschaffen wurde. „Wir wollen mit unserem integrierten Breitband-Konzept speziell Gemeinden und Energieversorgern das Leben

erleichtern, indem wir individuell auf sie zugeschnittene Pakete anbieten“, erklärt Matthias Stock, Abteilungsleiter Technischer Service bei TMS, und fügt hinzu: „Von der Analyse und Wirtschaftlichkeitsberechnung über die Netz- und Materialplanung bis hin zur Inbetriebnahme und dem weiterführenden Betriebs-Support können wir alle Leistungen abdecken.“ Darüber hinaus werde Stadtwerken sogar angeboten, unter Nutzung der Marke komDSL selbst ein neues Geschäftsfeld zu etablieren.

### EIGENE INFRASTRUKTUR

Einer der bundesweit bereits 40 Energieversorger, die die Unterstützung von Thüga MeteringService für den Breitband-Ausbau anfragten bzw. wahrnehmen, ist die Licht- und Kraftwerke Helmbrechts GmbH. „Im Hinblick auf den rasanten Wandel im digitalen Zeitalter und die künftige dezentrale Energie-

versorgung, Stichwort Smart Grid, ist ein eigenes Breitband-Netz für uns als Stadtwerk ein Muss“, gibt LuK-Geschäftsführer Jürgen Wolf Auskunft. Zusammen mit den Breitband-Spezialisten aus Naila hat die LuK schon mehr als 30 Kilometer Glasfaserkabel in der Stadt Helmbrechts und Umgebung verlegt. „Dabei haben wir nach Möglichkeit bereits vorhandene Leerrohre bzw. Rohr- und Kabelbaumaßnahmen genutzt, um die Erschließungskosten geringer zu halten“, so Wolf.

Eine eigene Breitband-Infrastruktur lässt sowohl Stadtwerke wie die LuK Helmbrechts als auch Kommunen in Summe entspannter an aktuelle Herausforderungen herantreten. Gegenwärtig ist allem voran die Ausbringung neuer, intelligenter Stromzähler ein brennendes Thema. Über die Smart Meter soll in nicht zu ferner Zukunft ein fast permanenter Abgleich der Massendaten von Stromerzeugern und -verbrauchern erfolgen.

„Dem Rollout von Smart Metern konnten auch wir uns – durch die unklare Rechtslage – aber immer nur schrittweise nähern“, sagt Peter Hornfischer. Dennoch haben die Nailaer, deren Experten direkt in die Arbeitsgruppen des Bundeswirtschaftsministeriums eingebunden sind, auch in diesem Bereich ihre Hausaufgaben gemacht: Mit den Software-Lösungen zur Steuerung von EEG-Anlagen, über den Zählerpark bis zum Produkt für die Übertragung von verschlüsselten und signierten Massendaten, ist das Unternehmen dafür gerüstet, Energieversorger auf dem Weg zu Smart Grid zu begleiten. Und: TMS hat die Voraussetzungen geschaffen, um künftig auch als Gateway-Administrator zu agieren. ■

### Consulting



### Masterplan



### Anbindung



# tic

## NETZPLANUNG

[www.tic-netzplanung.de](http://www.tic-netzplanung.de)

### Ihr Spezialist für Breitband- und Netzwerklösungen

- Betreuung beim Hochgeschwindigkeitsförderprogramm der Bayerischen Staatsregierung
- Detaillierte Förderberatung
- Konzeption, Planung und Anbindung schneller Internetzugänge
- Glasfaserkonzepte und alternative Anbindungen (Leerrohr im Kanal, Hybrid-Richtfunk)
- Machbarkeitsstudien
- GIS-Anwendungen
- Masterplan FTTX, Gesamtplanung über die Kommune, als Grundlage für kommende Baumaßnahmen (Leerrohrverlegung)
- Unterstützung bei Ausschreibungsformalitäten
- Service für Netzbetreiber





MOBILES BREITBAND:

## E-PLUS GRUPPE INFORMIERT KOMMUNEN ÜBER AUSBAU

**O**b Dietfurt, Aschaffenburg, Bayreuth oder Rosenheim: In Bayern können Verbraucher und Unternehmen mit E-Plus auf schnelle Mobilfunk-Datenverbindungen mit Geschwindigkeiten von bis zu 21,6 MBit/s zurückgreifen. Vielerorts werden inzwischen sogar bis zu 42 MBit/s erreicht. Der Netzausbau der letzten drei Jahre zeigt damit Wirkung. In den vergangenen Monaten hat die E-Plus Gruppe daher Kommunalvertreter direkt vor Ort über den aktuellen Ausbaustand und die zahllosen Vorteile einer modernen, schnellen ITK-Infrastruktur informiert.

Als erste Ansprechpartner für Bürger und ortsansässige Unternehmen fungieren Bürgermeister und Wirtschaftsförderer. Sie müssen oftmals Erstinformationen zum Breitbandausbau in der Region liefern. Daher sind Kenntnisse über den gegenwärtigen Ausbaustand eine essentielle Angelegenheit. An welchen Punkten in der Region ist heute ein schnelles Mobilfunknetz verfügbar? Welche Geschwindigkeit brauchen übliche Anwendungen auf dem Smartphone oder Tablet? Welche Gewerbegebiete sind versorgt und wann kommt LTE?

### INVESTITION IN MODERNE UND SCHNELLE NETZTOPOLOGIE

Diese und andere Fragestellungen beantworten Vertreter der E-Plus Gruppe seit einigen Monaten in ganz Deutschland. Anhand zeitgemäßer Smartphones und Tablets wird ein Gefühl für die Geschwindigkeit und Notwendigkeit

moderner ITK-Infrastruktur vermittelt. Hier auf einem Dach, dort am Fuße eines Gittermasts: Von Oberfranken bis ins Alpenvorland informierte die E-Plus Gruppe kommunale Ansprechpartner an ganz unterschiedlichen Mobilfunkstandorttypen im Rahmen von Besichtigungen. Alle Standorte sind im Alltag bestens gesichert und für die Öffentlichkeit nicht zugänglich. Auch aus diesem Grund zählten die Treffen vor Ort zu einem echten Highlight. Denn die moderne ITK-Technologie als Motor der Zukunft beeindruckt auf nachhaltige Weise: Im Gegensatz zur robusten Mobilfunktechnik aus den neunziger Jahren, gekennzeichnet durch vergleichsweise hohen Stromverbrauch und in ihren räumlichen Dimensionen große Klimatechnik, arbeitet die moderne Datentechnik heute mit unauffälligen, stromsparenden und kleinen Systemboards. Änderungen am System, beispielsweise zur Steigerung der Datengeschwindigkeit, nehmen

die Ingenieure in der Regel aus der Ferne vor. Die früher aufwendige Anfahrt einzelner, abgelegener Standorte entfällt oftmals – ein Pluspunkt für die Umwelt und ein erheblicher Zeitgewinn. Dass das Netz der E-Plus Gruppe insgesamt keinen Vergleich mit dem Wettbewerb zu scheuen braucht, bewiesen die E-Plus Mitarbeiter gleich unmittelbar vor Ort durch datenintensive Nutzungsanwendungen auf Smartphones und Tablets. Die dort von den kommunalen Ansprechpartnern gewonnenen Erfahrungen reihen sich in die aktuellen Ergebnisse von Netztests unterschiedlicher Fachmagazine ein: so haben Computer-Bild, CHIP und teltarif.de die Erfolge der E-Plus Gruppe beim schnellen Netzausbau erst jüngst bestätigt.

### KUNDEN BEEINFLUSSEN NETZAUSBAU

Einen wesentlichen Beitrag zur Gestaltung des Netzausbaus liefern dabei die Mobilfunkkunden, denn das tägliche Nutzungsverhalten der Verbraucher beeinflusst in erheblichem Maße die Netzplanung. Täglich steigt die Zahl der Smartphone- und Tablet-Nutzer. Und damit auch der Bedarf an schnellen Zugängen zum Internet. Die E-Plus Gruppe wiederum nutzt diese Daten und leitet daraus die Prioritäten für den weiteren, regionalen Netzausbau ab. So entsteht das ideale „Highspeed-Netz für Jedermann“ an Stellen, an denen es benötigt wird. Doch der Ausbau ist nicht nur vom Verbraucherverhalten abhängig: Ein stabiles Sprach- und Datennetz, flächendeckend verfügbar, fordert künftig Mobilfunkunternehmen und Kommunen zur konstruktiven Zusammenarbeit beim Ausbau der Infrastruktur. ■

## DIE BEDEUTUNG VON GLASFASER IN DER BREITBANDVERSORGUNG – EIN AUSBLICK

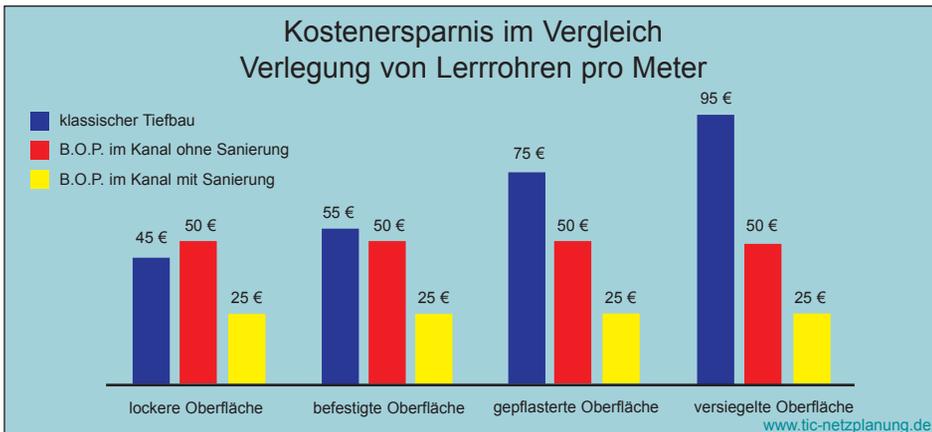
**E**ine nachhaltige und zukunftssichere Lösung sieht José F. O. Banderas von der Et.i.c. GmbH nur in der Glasfaser- und Richtfunk-Technologie. Das Unternehmen beschäftigt sich bereits seit 2001 mit innovativem Service in der Breitbandversorgung. Seither werden u.a. zukunftsorientierte FTTX Masterplanungen (Glasfaseranbindung der Objekte) erstellt. Bei Bedarf kümmert man sich auch gleich um die Umsetzung. Dabei werden die speziell entwickelten Verbundkabel mit Koax-Glasfaser-Cat7 eingesetzt und in einem Arbeitsgang verlegt.

Ist die vorhandene Breitbandversorgung zukunftsfähig? Wird das Hausnetz gleich mit modernisiert? Ist der Anwender mit den vorhandenen Angeboten einverstanden – egal ob im Privatbereich oder im Business? So oder ähnlich lauten wahrscheinlich die ersten

Fragen, die Internetnutzer in Bezug auf eine neue Multimediaversorgung beschäftigen – und zwar der Ein-Personen-Privathaushalt gleichermaßen wie eine Konzernführung. Auch wenn verschiedentlich Privatkunden, Unternehmen und kommunalen Entschei-

dem suggeriert wird, dass es für all' jene Fragen Ideallösungen gäbe und in Hochglanz-Broschüren mit „Rundum-Sorglos-Paketen“ geworben wird, lohnt es sich, solche Versprechen etwas genauer zu untersuchen.

„Beim traditionellen Koaxialkabel“, so Banderas, „ist bei maximal nutzbaren 862 MHz Bandbreite Schluss“. Beim klassischen DSL-Anschluss handle es sich um Kupferkabelpaare, deren originärer Zweck lediglich die Sprachübertragung, also das Telefonieren ist. Dementsprechend sei die Infrastruktur veraltet und den physikalischen Gesetzen der Dämpfung unterlegen. Hier gelte der Grund-



satz: Je länger die Kupferadern, desto weniger Geschwindigkeit kommt am Ende der Leitung an.“ Im Gegensatz dazu können bei der Glasfaser-Technologie Distanzen von 60 km verlustfrei und ohne aktive Technik problemlos überbrückt werden.

Banderas wagt eine Prognose: „Wenn man einen Blick in die zukünftigen Bedarfe der Multimedia-Konsumenten wagt, welche Dienste die Hausnetze bereits in wenigen Jahren bieten sollen, fragt man sich, wie dies mit der heutigen Netz-Infrastruktur funktionieren soll.“ HDTV, 4K TV, 3D Fernsehen, internationale Programme, High-Speed Internet, SmartMetering, digitale Rauchwarnmeldesysteme, Gebäudeüberwachungssysteme, Concierge Dienste, Seniorendienste im Gesundheitsbereich, Clinical Health Solutions und viele weitere denkbare Anwendungsgebiete brauchen viel Platz und hohe Übertragungskapazitäten.

Die Zukunftsformel für eine moderne Infrastruktur sei denkbar einfach: Glasfaser + Sternverkabelung + offene Netzstruktur.

#### WIE KANN MAN NUN DIESE NETZSTRUKTUREN KOSTENEFFIZIENT BAUEN?

Im Ausbau der Leitungsnetz-Infrastruktur ist Glasfaser die Technologie der Zukunft: Denn was auf der Straße (die sogenannte Netzebene 3) politisch vorangetrieben wird, findet innerhalb der Gebäude (Netzebene 4) oftmals wenig Beachtung. Das bedeutet: In

der Netzebene 3 rauschen Daten und Dienste über Datenautobahnen durch das Netz und stoßen am Haus oftmals auf völlig veraltete

Strukturen. De facto kommen vorhandene Dienste und Geschwindigkeiten noch nicht einmal in gedrosselter Form störungsfrei beim Anwender an – von einer effizienten, zeitgemäß schnellen Nutzung ganz zu schweigen. Demzufolge ist es von großer Bedeutung, bei Leitungsnetz-Ausbau und Modernisierung Glasfaserkabel für die Verbindung von Häusern untereinander zu verwenden, um eine zukunftsfähige Objekt-Anbindung an die modernisierten öffentlichen Leitungsnetze sicherzustellen. Eine pro Wohnungs- oder Büroeinheit separat mit dem Verteilschrank verbundene Sternverkabelung (Glasfaser und/oder Koaxialkabel), die Störungen untereinander ausschließt und die Rückkanaltauglichkeit für Internet und Tele-



### Lösungen für FTTx-Netze

Ihr kompetenter Full-Service-Dienstleister  
für Glasfaser-Infrastruktur-Lösungen



#### Das leisten wir:

- Netzplanung, Vermessung und Dokumentation
- Tiefbau und Verlegung von Kabelschutzeinrohr- und Mikrorohranlagen
- Kabeleinzug- und -Einblasverfahren
- Spleißen von Kabelverzweigern und Kabelpatchfeldern

#### Das bieten wir auch:

- Instandhaltung und Instandsetzung von Kabelnetzen und -anlagen (24h/7d)
- Vermarktung von Glasfaserlösungen und -netzen

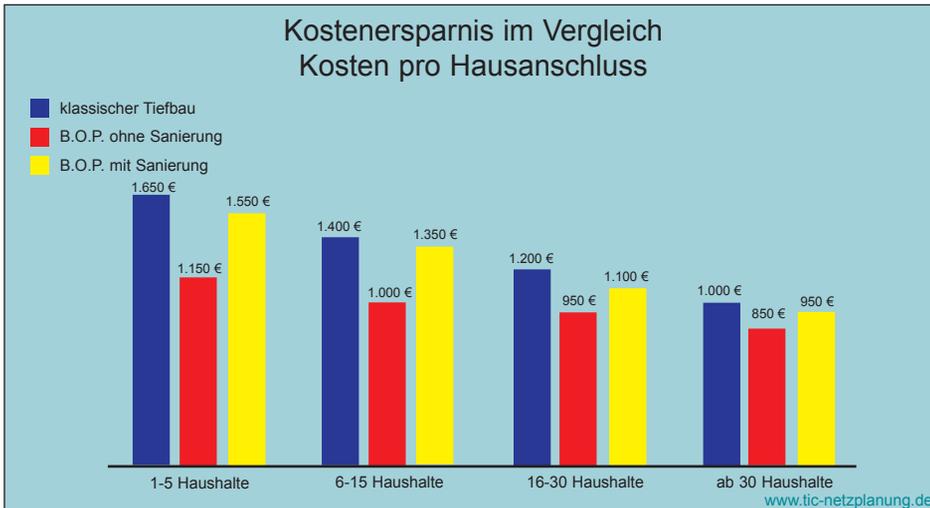
**Umfangreiche Technologiekenntnisse und unsere langjährige Erfahrung im Breitbandmarkt sichern die notwendige Kompetenz für Ihren Breitbandausbau.**

vitronet Projekte GmbH - Fischbacher Hauptstraße 208 - 90475 Nürnberg  
Telefon 0911-36 77 710 - Email: info@vitronet.de

[www.vitronet.de/gemeinden\\_in\\_bayern](http://www.vitronet.de/gemeinden_in_bayern)

#### BAYERISCHE GemeindeZeitung

Sonderdruck der Bayerischen GemeindeZeitung  
Redaktion: Doris Kirchner  
Fotos: Bayerische GemeindeZeitung  
Bereichsleitung Anzeigen: Constanze von Hassel  
Bereichsleitung Veranstaltungen: Theresa von Hassel  
Verantwortlich: Anne-Marie von Hassel  
Verlag Bayerische Kommunalpresse GmbH  
Postfach 825, 82533 Geretsried  
Telefon 08171 / 9307-11, -12, -13  
Telefax 08171 / 805 14  
www.gemeindezeitung.de • info@gemeindezeitung.de  
Druck: Creo-Druck, Gutenbergstr. 1, 96050 Bamberg



foniedienste beinhaltet, ist hierbei obligatorisch.

#### GLASFASERVERLEGUNG IN VORHANDENEN ROHREN

Die Methoden kennen hierbei keine Grenzen. Glasfaserverlegung in vorhandenen Peripherien wie z.B. in Kanalrohren, Gasleitungen oder gar in Wasserleitungen bieten hierbei enorme Kostenvorteile durch Syner-

gieeffekte gegenüber der konventionellen Bauweise.

#### VORTEILE DER GLASFASER

- Extrem hohe Bandbreiten
- Hohe Zuverlässigkeit
- Große Skalierbarkeit
- Zukunftssicher

Die Anbindung kompletter ländlicher Gebiete wird über modulare Richtfunksysteme

des Weltmarktführers NEC realisiert. Hier werden inzwischen Bandbreiten von 2 - 4 GBit/s je Richtfunkstrecke mit Entfernungen von bis zu 20 km erreicht. Somit können in bevölkerungsärmeren Gebieten teure Tiefbaukosten für Glasfaser reduziert und die letzte Etappe über diese Technik effizient überbrückt werden. Auch Standortvernetzungen werden hier in den Fokus der Richtfunktechnik gestellt.

#### VORTEILE VON RICHTFUNK

- Keine Lizenzgebühren für Kommunen
- Hohe Bandbreiten mit niedrigen Latenzzeiten
- Hohe Zuverlässigkeit (99,995% im Jahresmittel)
- Vergleichsweise geringe Kosten gegenüber SDSL
- Schnelle Realisierung möglich

Bandbreiten von 10 GBit/s bis 100 GBit/s werden noch in diesem Jahrzehnt notwendig sein, um dem enormen Zuwachs an Breitbandbedarf gerecht zu werden. „Somit kann eine nachhaltige und zukunftssichere Lösung nur in der Glasfaser- und Richtfunk-Technologie liegen“, so Banderas.

# M ein neuer Heimvorteil

Auch auf dem Land mit Highspeed  
im Internet unterwegs.  
[www.m-net.de/breitbandausbau](http://www.m-net.de/breitbandausbau)

**Aus Bayern  
– für Bayern**

**m.net**  
Mein Netz

